

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### von Weizsäcker

Mir fällt die ehrenvolle Aufgabe zu, Sie alle herzlich zu begrüßen und dies mit einem dreifachen Dank zu beginnen. Der erste Dank gilt dem Begründer des Bergedorfer Gesprächskreises, Kurt Körber, und denen, die in seinem Sinn die Stiftung weiterführen und uns allen die Möglichkeit geben, in diesem Forum unsere Gedanken auszutauschen.

Es ist eine einzigartige Einrichtung, in der man ebenso sachverständig wie vertrauensvoll und hart miteinander streiten und auf diese Weise einander auch näher kommen kann. Wenn man sich die Geschichte Europas in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts später einmal ansehen wird, dann dürfte ein neugieriger Historiker nicht darum herumkommen, sich auch an den Erkenntnissen der diskreten, aber doch aussagekräftigen Protokolle von Bergedorf zu orientieren.

Der zweite Dank gilt den Referenten, die uns eine Einführung geben werden. Wenn eine deutsche Stiftung auf britischem Boden zu einem internationalen Gespräch einlädt, dann stehen zwar nicht die britisch-deutschen Beziehungen im engeren Sinn zur Diskussion; dennoch werden die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern und ihre unterschiedlichen politischen Anschauungen sicher eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Ich las kürzlich in einer deutschen Zeitschrift die Äußerung eines Angelsachsen, der die Meinung vertrat, die Engländer würden in deutschen Augen nicht zu Unrecht als grundsätzlich antideutsch gelten. Er fügte allerdings gleich hinzu, die Deutschen würden dabei geflissentlich übersehen, daß die Engländer genauso grundsätzlich antifranzösisch seien.

Mein dritter Dank richtet sich an Lord Dahrendorf, der uns zum einen die Möglichkeit verschafft hat, in diesem Auditorium zu tagen, und der zum anderen die Leitung des Gesprächs übernommen hat, indem wir uns der Frage nach der Verfassung Europas zuwenden wollen, in der Formulierung ein Thema, zu dem Deutsche und Engländer sehr unterschiedliche Auffassungen haben: Während die Engländer kaum wissen, was eine Verfassung ist, scheint den Deutschen mitunter vor lauter Verfassungsglauben die Politik abhanden zu kommen. Wir werden sehen, wohin uns Lord Dahrendorf bringen wird vielleicht am Ende das zu glauben, was er jetzt schon weiß.

## The Lord Dahrendorf

Wir beginnen unser Gespräch mit drei Referaten. Zunächst Timothy Garton Ash; dann folgen Jean-Claude Casanova und Wolfgang Schäuble.

### Garton Ash

Auch ich darf Sie herzlich willkommen heißen - nicht nur in Oxford, England, sondern auch in Oxford, Europa. Zunächst möchte ich kurz darauf eingehen, was Herr von Weizsäcker einleitend gesagt hat. Einige Leute haben gemeint, es sei doch etwas merkwürdig oder zumindest pikant, über die Verfassung Europas ausgerechnet in Britannien zu diskutieren. Nun trägt das Bild, das man sich in Britannien von Europa macht, gewiß manche karikaturhaften Züge, insbesondere in den Medien. Genauso wird jedoch die britische Haltung zu Europa auf dem Kontinent karikiert, auch in den anspruchsvollen Medien, die Britannien als schlechthin "antieuropäisch" darstellen und unterstellen, es sei lediglich an einer Freihandelszone interessiert.

Unwissenheit und Vorurteile spielen sicherlich eine große Rolle in der britischen Europadebatte. Doch wie Jürgen Wahl kürzlich in einem Artikel des Rheinischen Merkur bemerkt hat, werden hier sogar auch einige wichtige Fragen gestellt, vielleicht sogar klarer als anderswo.

Skepsis ist, meine ich, eine intellektuelle Tugend. Ob das auch für die "Euro-Skepsis" gilt, ist eine andere Frage. Doch selbst die Euro-Skepsis kommt in England in verschiedenen Varianten vor, von denen ich hier zwei intelligente Arten unterscheide. Die eine nenne ich die "Außenseiterversion", die sehr beredt von meinem Freund und Kollegen Charles Moore vertreten wird. Diese Schule argumentiert, Britannien sei eben anders. Europa mag ja eine gute Sache sein, aber nicht für uns. Die Erfahrung der Unabhängigkeit hat uns, wie Charles Moore kürzlich schrieb, Segnungen beschert, die in der Geschichte selten sind: starke, von Kontinuität geprägte freie Institutionen, insbesondere eine parlamentarische Regierungsform. Die europäische politische Integration macht Britannien deshalb, so fährt Charles Moore fort, "unbritisch" in einem Sinne, wie Belgien oder Holland nicht "unbelgisch" oder "unholländisch" werden. Moore folgert daraus - und das ist der entscheidende Punkt;-, daß er eine europäische Regierung nicht grundsätzlich ablehnen würde; er ist nur dagegen, daß Großbritannien sich daran beteiligt.

Es gibt noch eine andere Version der britischen Skepsis gegenüber Europa. Dies ist die britische Pro-Europa-Version. Diese Schule sieht, bei allen Unterschieden im einzelnen, die Zukunft Britanniens untrennbar mit Europa verbunden. Man ist dabei an Europa um seiner selbst willen interessiert, geht aber an dieses Thema eher empirisch, pragmatisch, skeptisch heran - mit einem Wort: auf sehr britische Art. Von daher stellt diese Schule einige drängende Fragen zu den gegenwärtigen Entwicklungen. Bedauerlicherweise wird für viele kontinentale Betrachter die Sicht dieser Schule von der der ausgesprochen radikalen "Euro-Skeptiker" manchmal überschattet, insbesondere von deren weniger intelligenten Ausformungen.

Ich will Ihnen keine Vorschau auf die Regierungskonferenz 1996 liefern und nicht ausführlich über die postmoderne Architektur der Europäischen Union nach Maastricht referieren. Davon werden wir in den vor uns liegenden zwei Jahren noch viel hören, beginnend mit einer "Reflexionsgruppe" im Juni. Ich denke, daß unsere "Reflexionsgruppe" hier Vorüberlegungen zur Verfassung Europas anstellt. Ich möchte daher einige grundlegende Fragen zu Europa stellen, die sich auf das Ende des kalten Krieges und das Ende dessen beziehen, was Eric Hobsbawm das "kurze 20. Jahrhundert" genannt hat. Hoffentlich klingen meine Ausführungen nicht zu historisch und zu akademisch. Aber wir sind in Oxford, und ich bin sicher, daß wir nur allzu bald zur sogenannten realen Welt von GASP, WEU, OSZE und dergleichen zurückkehren werden.

Das Wort "constitution" hat im Englischen mindestens vier Bedeutungen. Erstens die inhaltliche Zusammensetzung; woraus etwas besteht, seine konstituierenden Teile. Zweitens die grundlegenden politischen Prinzipien, üblicherweise die eines Staates und gewöhnlich, außer in Britannien, als Verfassung in einem rechtlich bindenden Dokument niedergelegt. Drittens der Akt oder der Prozeß, etwas zusammenzusetzen, zu konstituieren. Viertens ganz allgemein die gesundheitliche Verfassung, das heißt, eine starke oder schwache Konstitution zu haben. Im Deutschen wird diese Bedeutungsebene besonders deutlich: unsere "Kondition", die "Verfassung", in der wir uns befinden - "The State We 're In", um den Bestseller von Will Hutton zu zitieren.

Die erste Bedeutung ist aus meiner Sicht die grundlegendste und interessanteste, nämlich die Frage nach der Verfassung im Sinne der inhaltlichen Zusammensetzung: "Was ist Europa?" Dazu zitiere ich

gern aus Arnold Toynbees "The Study of History" (London 1934). Unter Europa findet man im Stichwortverzeichnis die Eintragung (1) "als Schlachtfeld", (2) "als ein unverständliches Gebiet der historischen Forschung". Er liefert dafür gewichtige Argumente, die ich hier nur streifen kann - und stellt auch die Frage nach der äußeren Begrenzung Europas.

Für lange Epochen seiner Geschichte ist Europa nach drei Richtungen offen gewesen: nach Asien, über das Mittelmeer und über den Atlantik. Ich muß die Frage übergehen, ob Europa wirklich eine in sich zusammenhängende Einheit bildet, besonders am Ende des 20. Jahrhunderts. Zunächst im Hinblick auf die innere Zusammensetzung, das heißt hinsichtlich seiner Bestandteile - Einzelpersonen, Regionen, Klassen, Gesellschaften, Nationen und Staaten sowie Nationen und Staaten in den vielen in Europa bestehenden Kombinationen.

Man spricht von Nationalstaaten, aber eigentlich haben wir es mit verschiedenen Varianten zu tun: mit dem ethnischen Nationalstaat; mit der französischen Staatsnation; mit einer Nation, die mehrere Völker umfaßt, was etwa für Großbritannien gilt; und mit ethnischen Volksgruppen, die auf mehrere Staaten verteilt sind, wie dies in Osteuropa häufig der Fall ist.

Die meisten west-, nord- und einige der südeuropäischen Nationen und Staaten sind allerdings jetzt neu organisiert - eben als Europa. Dies unterscheidet sich von allem, was es bisher in Europa gegeben hat. Auf keinem anderen Kontinent gibt es eine vergleichbare Einteilung. Sein Wesen ist aber schwer zu bestimmen. Das Verfassungsgericht in Karlsruhe hat es versucht, indem es die Europäische Union als "Staatenverbund" bezeichnet hat, was schwer ins Englische zu übersetzen ist. Im Englischen würde ich es als "das Ding" ("this thing") bezeichnen, eine beispiellose Mixtur aus supranationalen und intergouvernementalen Elementen, aus wirtschaftlicher und rechtlicher Integration und politischer Zusammenarbeit. Dieses Ding oder Gebilde entwickelte sich während und als Teil des kalten Krieges, gemeinsam mit der NATO und ähnlich wie die NATO - als westlicher Teil der europäischen Ordnung, die wir kurz "Jalta" genannt haben.

Die östliche Hälfte dieser europäischen Ordnung ist nun weggefallen. Unser Europa, das Europa der EU oder, wie ich es nennen würde, Europa 1 mit seinen etwa 360 Millionen Menschen und 15 Staaten, sieht sich mit dem anderen Europa konfrontiert, in dem nahezu ebenso viele Menschen leben und wo es noch mehr Staaten gibt. Dieses andere Europa, das ich Europa 2 nennen würde, läßt sich ganz grob in Europa 2a und 2b unterteilen. Europa 2a hat um die 120 Millionen Einwohner und über 15 Staaten, wobei ich die Türkei nicht mit einbeziehe. Viele dieser Staaten sind klein - die meisten haben eine geringere Bevölkerungszahl als London. Doch sie wollen sich mehr oder weniger Europa 1 anschließen, und zwar, was entscheidend ist, der EU und der NATO. Ihr Anspruch dazugehören, wird, zumindest im Grundsatz, in Europa 1 mehr oder weniger anerkannt. Sie sind, um einen entsprechenden Begriff zu prägen, "europapabile".

Darüber hinaus gibt es Europa 2b mit mehr als 200 Millionen Menschen und drei oder vier großen Staaten: Rußland, der Ukraine, aber auch Weißrußland und - obwohl da die Meinungen auseinandergehen - Serbien. Diese Staaten sind selbst unschlüssig, ob sie sich Europa 1 anschließen wollen oder nicht. Was aber wichtiger ist: Ihr Anspruch, zu Europa, also zu Europa 1 zu gehören, wird von diesem nicht anerkannt, beziehungsweise ist dort sehr umstritten. Die zentrale Frage, was die Zusammensetzung Europas angeht, ist nach meiner Ansicht, ob und wie Europa 1 zumindest Europa 2a nach und nach in die Gemeinschaft einbeziehen und dabei selbst funktionsfähig bleiben kann und wie dieser Prozeß die Beziehungen zu Europa 2b berührt.

Diese schematische, empirische Darstellung ist natürlich ganz und gar unvollständig, weil Europa auch der Stoff ist, aus dem Träume gemacht sind. Und diese empirische Beschreibung ignoriert die Träume von Europa und läßt vieles außer acht: Europa als Idee und Ideal. Die Entwürfe für ein vereintes Europa, angefangen beim Herzog von Sully und William Penn bis hin zu Werner Weidenfeld und Andrew Duff; die Zielvorstellung Europa, Europa als Entwurf, als Prozeß, als Fortschritt. Ja sogar den dialektischen Idealismus, wie er im Titel eines früheren Bergedorfer Gesprächskreises zum Ausdruck kommt, der 1984 in Gegenwart des Papstes stattfand: "Europa der Gegensätze auf dem Wege zu sich selbst." "Ich möchte gerne wissen, wie das gerade ins Englische übersetzt worden ist. "The Europe of contradictions on the way to itself" ist auf englisch ein ziemlich sinnloser Satz. Und doch sind diese Träume und Ideale ein lebenswichtiger Bestandteil Europas.

Damit komme ich zur zweiten Bedeutung des Begriffs Verfassung. Ist es möglich, sinnvoll, wünschenswert, die grundlegenden Prinzipien dieses Gebildes "Europa" schriftlich zu fixieren, wie es das Europäische Parlament vor kurzem versucht hat? Wie würde eine solche Verfassung aussehen? Es müßte zunächst eine Präambel geben, in der ausgeführt wird, wer sich zu welchem Zweck miteinander verbindet. "We, the people ...", so beginnt die berühmteste aller Verfassungen. Nur, es gibt kein europäisches Volk, keinen europäischen "demos". Wie also würde man anfangen? "Wir, die

Politiker ... "? "Wir, die Funktionäre ... "? "Wir, die Eliten ... "? Oder vielleicht: "Wir, die Mitgliedsstaaten ... "? Denn sofern die EU eine Verfassung hat, ergibt sich diese aus den Verträgen, die von Regierungen der Mitgliedsstaaten ausgehandelt, von deren Parlamenten ratifiziert und von den Staatsoberhäuptern unterzeichnet wurden sowie auch aus der überlieferten politischen und administrativen Praxis.

Was ist Ziel dieses Verbundes? Wenn wir uns die Präambel jener Verträge ansehen, finden wir dort eine ganze Reihe guter Ziele aufgelistet, beginnend mit dem Wunsch, immer enger zusammenzurücken. Ich möchte Ihnen meine eigene Liste sechs denkbarer guter Ziele nennen.

Erstens, den Frieden zwischen den Staaten und Völkern Europas zu bewahren (man denke an Arnold Toynbees Stichwortverzeichnis). Es ist natürlich eine wichtige historische Frage, inwieweit die EG oder aber die NATO und der kalte Krieg den Frieden erhalten haben. Gleichwohl ist klar, daß die Institutionen und Gepflogenheiten einer steten Zusammenarbeit und friedlichen Konfliktlösung in der Europäischen Gemeinschaft wesentlich zu diesem Ziel beigetragen haben, wie es auch der ursprünglichen Intention der Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft entspricht.

Das zweite gute Ziel besteht in der Sicherung der bürgerlichen Grundrechte, wenn wir davon ausgehen, daß Menschenwürde und Menschenrechte grundlegende europäische Werte darstellen - obgleich sie nirgends offenkundiger verletzt worden sind als in diesem Jahrhundert in Europa. Außerdem wäre das ein stützender Rahmen für noch fragile Demokratien und für das Rechtsstaatsprinzip.

Drittens - dies ist vertrauter - Wohlstand, wirtschaftliche Leistung und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Viertens die Verteilung des Wohlstands - sowohl horizontal, zwischen reicheren und ärmeren Staaten, als auch vertikal, nach sozialen Gesichtspunkten.

Fünftens die Europäische Union als Weltmacht. Dies ist im übrigen meines Erachtens ein weit verbreiteter Hintergedanke, besonders unter den Führungsschichten der früheren Großmächte wie Frankreich, Großbritannien - und auch Deutschland.

Schließlich, sechstens, ein Ziel, das in gewisser Weise eine Kategorie für sich darstellt: die aktive Zustimmung der Mehrheit unserer Bürger zu erlangen beziehungsweise wiederzugewinnen - für das, was die politischen Führer im Namen Europas zu tun versuchen.

Die Antwort auf die Frage, welche Veränderungen bei den gegenwärtigen Institutionen und Verfahrensweisen nötig sind und - in bezug auf Verfassungsfragen -wer, welche Institution, auf welcher Ebene (ob europäisch, national, regional oder lokal) was tun sollte, hängt davon ab, welche Prioritäten man setzt und welche Aufgaben man für die Institutionen vorsieht.

Ich habe die Liste nach meinen eigenen Prioritäten geordnet. Mit anderen Worten: Das erste Ziel, die Erhaltung des Friedens, ist von überragender Bedeutung. Das zweite Ziel, die Sicherung der Rechte, scheint mir ebenfalls sehr wichtig, kommt aber bei dem, was die EU gegenwärtig tut, auffällig zu kurz. Es ist schon bemerkenswert, daß die Bürgerrechte zunächst in den einzelnen Ländern, dann durch den Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte sowie im Europarat, jedoch nicht durch die EU selbst gesichert werden.

Das dritte und das vierte Ziel werfen die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Wirtschaftlichen und dem Sozialen auf: Widersprechen sie einander, oder ergänzen sie sich?

Der fünfte Punkt, Europa als Machtfaktor, kommt für mich persönlich nur insoweit in Betracht, als er für die ersten vier Ziele notwendig ist, insbesondere auch in Beziehung zum anderen Europa.

Sie werden bemerkt haben - und dies mag Sie daran erinnern, daß Sie in England sind;-, daß das Ziel der europäischen Einheit als solche nicht in meiner Liste enthalten ist. Ich entschuldige mich dafür nicht. Zu einer Zeit, als Deutschland geteilt war, haben viele Menschen in Deutschland - einige von ihnen sitzen an diesem Tisch - argumentiert, der Kern der deutschen Frage sei nicht die Einheit, sondern die Freiheit. Es galt, die Freiheit für die Menschen im Westen zu bewahren und sie für die Menschen im Osten zu erlangen. Die Einheit wurde als ein Mittel für dieses Ziel angesehen, nicht als Ziel an sich. Wieviel mehr trifft das auf Europa zu, das niemals vereinigt war und das auch kein vergleichbares Ganzes darstellt wie Deutschland. Deshalb glaube ich nicht, daß es antieuropäisch oder uneuropäisch ist, die europäische Einheit als Mittel zur Sicherung von Frieden und Freiheit in einem größeren Europa und nicht als Selbstzweck zu betrachten.

Damit komme ich zur dritten Bedeutung des Wortes Verfassung, das heißt zum Prozeß der Verfassung, also der Konstituierung. Eine der Lektionen des kurzen 20. Jahrhunderts ist sicherlich,

daß die Ziele nicht von den Mitteln getrennt werden können, durch die man jene erreichen will. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf drei Punkte hinweisen, wobei sich der dritte besonders an Herrn Schäuble richtet.

Der erste Punkt bezieht sich auf mein sechstes Ziel, die Wiedergewinnung der aktiven Zustimmung der Bürger für das, was unsere politischen Führer tun. Es gibt viele Dinge, die man hier diskutieren könnte, zum Beispiel den Nutzen, wenn nicht einer geschriebenen Verfassung selber, so doch eines Versuchs, etwas Allgemeinverständliches zu Papier zu bringen darüber, wer was und warum in der Europäischen Union tut und worin die Rechte der europäischen Bürger bestehen. Man könnte auch über die berühmte "Transparenz" sprechen, zum Beispiel darüber, ob die Sitzungen des Ministerrats nicht im Fernsehen übertragen werden sollen. Aber welche Wirkung hätte das auf die öffentliche Meinung? Auch über eine größere Rolle der nationalen Parlamente muß ernsthaft nachgedacht werden.

Des weiteren gehört dazu, was unser großer Verfassungstheoretiker Walter Bagehot den "würdigen" Teil der Verfassung im Gegensatz zum "effizienten" Teil genannt hat, sofern man bei den Institutionen der EU überhaupt von Effizienz sprechen kann. "Würdige" Teile der Verfassung sind für Bagehot Institutionen wie unsere Monarchie - das mag wie ein schlechter Scherz klingen, wenn man an die gegenwärtigen Probleme unserer Königsfamilie denkt;- , doch davon besitzt Europa nicht viele. Es hat sehr wenige gemeinsame Symbole, wenige Bereiche mystischer oder gefühlsmäßiger Identifikationen. Vielleicht könnten wir mehr finden.

Dann: Wie wäre es mit einer wirklich radikalen Idee? Man könnte die Menschen fragen, was sie sich von Europa wünschen. Man könnte sie in einem gewissen Sinne an der Verfassungsgebung teilnehmen lassen.

### **The Lord Dahrendorf**

Ihre Vorstellung, die City of London könnte an einer Währungsunion interessiert sein, hat mich doch etwas verblüfft. Man könnte ja auch umgekehrt argumentieren: Wovon soll die City leben, wenn es nur noch eine Währung gibt?

### **Casanova**

Das Wort Verfassung hat im Französischen wie im Englischen wenigstens zwei Bedeutungen. Es kann sich um ein geschriebenes Dokument mit den Regeln handeln, nach denen eine politische Körperschaft regiert wird. Im weiteren Sinn bezeichnet Verfassung jedoch den Akt oder den Prozeß, durch den besteht, was vorher nicht existierte, durch den zusammengefügt wird, was bislang versprengt war.

In der ersten Bedeutung könnte man die Gesamtheit der ratifizierten Verträge, ergänzt um den, der am 7. Februar 1992 in Maastricht unterzeichnet wurde, als Verfassung der Europäischen Union betrachten. Vernünftigerweise sollten wir uns an diese Vorlage halten. Selbstverständlich gibt es den Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union, über den am 10. Februar 1994 mit 155 Stimmen gegen 87 bei 47 Enthaltungen im Europäischen Parlament abgestimmt wurde. Er folgte auf einen Vertragsentwurf, durch den die Europäische Union erst entstand (das sogenannte Spinelli-Projekt), über den eben die Versammlung im Februar 1984 abstimmte.

Beide sind beachtenswerte Texte. In ihnen wird verfügt, was in den bestehenden Verträgen bereits festgelegt wurde oder in künftigen Verträgen verabschiedet wird. Sie geben der Europadebatte neue Nahrung - speisen den Eifer der einen wie die Befürchtungen der anderen. Doch ist es wenig wahrscheinlich, daß die europäischen Staaten es in näherer Zukunft allein einem Parlament überlassen werden, eine europäische Charta zu verfassen, selbst wenn dieses Parlament aus einer allgemeinen Wahl hervorgegangen wäre. Es ist noch nicht einmal sicher, daß dies wünschenswert wäre. Halten wir uns in diesem Punkt lieber an die britische Empirie; denn das Königreich hat ohne geschriebene Verfassung existiert und dabei prosperiert. Halten wir uns an die deutsche Philosophie, wonach die Existenz der Essenz vorangeht.

Juristisch wird sich Europa durch Verträge und Vertragsanpassungen konstituieren. Die Öffentlichkeit und Wahlen bestimmen diese Entwicklung in unseren Demokratien, vielleicht auch, wie die europäischen Eliten über die Geschichte und die Zukunft unseres Kontinents urteilen -bereit, die öffentliche Meinung zu antizipieren und zu leiten, so wie Winston Churchill es am 19. September 1946 in Zürich tat. Ich zitiere: "Warum sollten wir nicht eine europäische Union schaffen, durch die wir den verstreuten Völkern dieses großen Kontinents das Gefühl eines erweiterten Patriotismus und einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft geben könnten? Damit so etwas möglich wird, müßten Millionen

von Familien mit unterschiedlichen Sprachen sich gemeinsam und ganz bewußt dazu bekennen. Wir brauchten, wie Gladstone vor langer Zeit gesagt hat, „ein heiliges Amnestiegesetz“. Dazu müßten wir alle uns von den Schrecken der Vergangenheit abkehren und in die Zukunft blicken. Wir können es uns nicht erlauben, den Haß und die Rache, die auf den Gewalttaten von gestern gründen, jahrelang mitzuschleppen.“

Fünfzig Jahre sind seit dieser Rede für die vereinigten Staaten von Europa vergangen. Der große Mann meinte, daß Großbritannien an der Spitze des Commonwealth die Patenschaft für das neue Europa übernehmen und eine Rolle bei der Einteilung der Welt spielen sollte. Das britische Weltreich gibt es nicht mehr. Soll ich es wagen, unsere britischen Freunde zu fragen, welche geheimnisvollen Gründe es dem Paten von gestern verbieten, heute ein vollwertiger Partner zu sein?

Da ich jedoch einige Bemerkungen zur Zukunft Europas machen soll, schulde ich meinen Zuhörern vorher ein Geständnis. Unter dem Schutz Winston Churchills kann ich zugeben, daß ich ein überzeugter Anhänger des europäischen Föderalismus bin. Meinen Überzeugungen liegen drei Feststellungen zugrunde, die evident erscheinen mögen, aber auch als Postulate oder Vorurteile angesehen werden könnten.

Die erste Bemerkung ist historischer Art. Über die Einteilung in Nationen, Staaten und festumrissene Gebiete hinaus existiert in Europa eine tiefe Einheit. Dieses Erbe des antiken Griechenlands, Roms und des Christentums macht die Europäer einander verwandt und unterscheidet sie von den asiatischen, afrikanischen, muslimischen, buddhistischen oder konfuzianischen Völkern.

Die zweite Feststellung ist geographischer Art. Der Kulturraum Europa ist größer als unser Kontinent. Die europäischen Völker haben sich bis an die Pazifikküste beider Amerikas und bis an Rußlands Grenze zum selben Ozean ausgebreitet. Rechnet man den australischen Kontinent hinzu, so umreißt man unsere Zivilisation. Eine solche Weite verbietet es, diesem Raum eine politische Form zu geben. Die Vereinigten Staaten und Westeuropa sind durch die NATO verbunden und der gesamteuropäische und atlantische Raum durch die KSZE. Diese Organisationen sind auf unterschiedlichen Stufen nützlich; sie dienen jedoch nicht der Vereinigung.

Solange es den Kommunismus gab, konnte man auf dem europäischen Kontinent zwischen einem freien und einem unterjochten Europa unterscheiden. Die Freiheit war gleichermaßen Prinzip und Grenze. Seit dem Ende des Kommunismus stellt sich die Frage nach der Ostgrenze, wenn man die künftige Europäische Union begrenzen will. Die Ziele dieser Union müssen neu festgelegt werden.

Meine dritte Gewißheit ist philosophischer Art. Die nationale Souveränität sollte man meines Erachtens nicht länger als Absolutum betrachten. Die europäischen Staaten müssen einen Teil ihrer Souveränität auf die Union übertragen. Damit handeln sie zum Wohle der Gesamtheit. Dazu muß festgelegt werden, in welchem Bereich solche Transfers zustande kommen können, in welchem Maße, nach welchen Modalitäten, zugunsten welcher gemeinsamen Institution und nach welchen Regeln diese entscheiden soll. Eine Diskussion über Europa ist jedoch nicht möglich, wenn man den Nationalstaat, wie er zwischen dem 13. und dem 19. Jahrhundert entstand, für unantastbar und heilbringend für die europäische Politik hält. Die Notwendigkeiten, die zu seiner Entstehung führten, bestehen so nicht mehr, und seine Vorzüge werden vielleicht längst durch gleich große oder größere Nachteile aufgewogen.

Verzichtet man auf das Dogma der Souveränität, so ergeben sich zwei Konsequenzen: Die Prinzipien des Einheitsstaates und der Nichteinmischung werden ebenfalls in Frage gestellt. Die Staaten sollten den Gemeinschaften, aus denen sie sich zusammensetzen, eine größere Autonomie zugestehen. Es sollte sie etwas angehen, was beim Nachbarn geschieht, wenn Ungerechtigkeiten vorkommen - so als ob es ein natürliches Recht gibt, das über dem Recht der Nationen steht.

Gibt man die Souveränität in einem föderalen System auf, dann verringert sich das Risiko, Minderheiten zu unterdrücken oder sich nicht einzumischen beziehungsweise willkürlich einzugreifen.

Nach diesen einleitenden Feststellungen nun zu den politischen Hauptfragen, die es zu lösen gilt. Die erste betrifft die Grenze Europas. Was Rußland angeht, ist die Sache klar. Das Wort General de Gaulles von einem "Europa vom Atlantik zum Ural" machte niemals Sinn. Rußland reicht bis Wladiwostok. Warum sollte sich der Teil jenseits des Ural, in dem weitgehend Slawen leben, abspalten? Das Land ist europäisch durch sein Volk und seine Kultur, asiatisch nur in einem Teil seines Gebiets. Es ist jedoch zu groß und zu mächtig, um Teil der Europäischen Union zu werden. Die würde dann entstellt, aus dem Gleichgewicht gebracht und schließlich zerfallen. Man kann also nur wünschen, daß sich im Osten eine von Slawen beherrschte Föderation bildet. Geschichte und Politik würden zeigen, welche Länder Zentralasiens und welche westlichen Märkte sich zusammenschließen. Eine solche gesamteuropäische Dualität - mit der EU im Westen und der

slawischen Föderation im Osten -garantierte Rußland die Rolle einer Weltmacht und ein besonderes Gewicht in Asien.

Was die Türkei angeht, ist es an der Zeit, daß die europäischen Politiker endlich öffentlich zugeben, was sie im privaten Kreis längst einräumen: Die Türkei gehört nicht zu Europa, weder durch ihre Religion, noch von ihrer Geschichte, Geographie (oder nur zu einem sehr kleinen Teil), Demographie oder inneren Politik her. In fünfzig Jahren wird sie mehr als 100 Millionen Einwohner haben. Daß sie ein Handelspartner Europas, ein privilegierter Alliierter innerhalb der NATO, ein politischer Verbündeter wird, erscheint wünschenswert. Doch die Türken sind zu verschieden von uns und zu zahlreich, um ganz und gar Europäer zu werden.

Von daher erscheint auch ein künftiger Beitritt Maltas oder Zyperns unsinnig. Zyperns Lage ist instabil; es schürt den Zwist zwischen Griechenland und der Türkei. Malta ist ein Kleinstaat, der die Funktionsfähigkeit der Union komplizieren würde. Für beide Länder müßte die volle Handels- und Wirtschaftspartnerschaft ohne institutionelle Beteiligung vollauf genügen (wie für das Fürstentum Andorra oder den Vatikan).

Drei Wellen der Erweiterung sind hingegen zu erwägen. Die EFTA-Länder sind gerade beigetreten. Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei sowie den baltischen Ländern gilt es, den Weg zu ebnen. Das wird Zeit brauchen, während der sich auch die Schweizer Eidgenossenschaft der Union anschließen wird, deren Vorbild sie schließlich ist. Die Balkanstaaten werden ihrerseits kommen, wenn sie erst friedlich und demokratisch geworden sind.

Das drängendste Problem sind die Visegrád-Länder und das Baltikum. Diese Länder wollen der Europäischen Union beitreten, weil sie europäisch sind, weil sie unsere politischen Ideale und unsere wirtschaftliche Entwicklung teilen möchten. Vor allem aufgrund ihrer Vergangenheit und ihrer geographischen Lage haben sie ein legitimes Sicherheitsbedürfnis. Die Frage ist, wie dieses drängende Sicherheitsbedürfnis mit einem langsamen Beitrittsprozeß in Einklang zu bringen ist.

Beim letzten europäischen Gipfel wurde prinzipiell festgelegt, daß diese Länder Mitglied der Union werden sollen. Jetzt gilt es, das Problem ihrer Sicherheit zu lösen. Eine politische Frage, die wir diskutieren könnten, ohne angesichts des komplexen Problems der Verhandlungen mit Rußland das Ziel aus den Augen zu verlieren. Diese Länder verlangen von Europa und den Vereinigten Staaten Garantien. Dabei ist darüber zu diskutieren, in welcher Form solche Garantien gewährt werden und nach welchen Verhandlungen mit Rußland, die parallel zu führen sind. Dabei sollten die vorhersehbaren Schwierigkeiten (NATO-Erweiterung, Rolle der WEU, russische Empfindlichkeiten) nicht als Alibi zum Nichtstun dienen.

Die Historiker belehren uns, daß unsere britischen Freunde Washington 1947 zur großen amerikanischen Politik inspiriert haben. Jetzt gilt es, ebensoviel Phantasie und Durchsetzungsvermögen zu beweisen und die Vereinigten Staaten wieder zu einer großen Politik zu bewegen.

Die zweite Frage betrifft die Ziele der europäischen Vereinigung. In den fünfziger und sechziger Jahren wurden drei Gründe genannt: der Friede zwischen den Staaten Europas, die wirtschaftliche Entwicklung durch eine Öffnung der Märkte und die Verteidigung gegen den Kommunismus.

Der Kommunismus existiert nicht mehr. Die Gründe für nationale Konflikte verwischen. Europa ist wieder aufgebaut und reich geworden. Nichts deutet daraufhin, daß Fortschritte bei der Vereinigung notwendig sind, um den wirtschaftlichen Fortschritt zu gewährleisten (außer unter protektionistischem Blickwinkel) und den Frieden in Europa zu erhalten.

Gleichwohl läßt sich zugunsten einer Vereinigung folgendes vorbringen: Auch in dieser neuen Phase der Geschichte ist die Idee der Gründerväter Europas nicht abzulehnen, auf wirtschaftlichem Weg eine politische Macht zu schaffen.

Die weltwirtschaftliche Rolle Europas rechtfertigt die politische Macht: Besser als die Einzelstaaten trägt die Europäische Union zur Organisation des Welthandels und des internationalen Währungssystems bei. Sie ist ebenfalls gerechtfertigt durch die politische Rolle, die sie in der Welt spielen sollte. Sie trägt zum Gleichgewicht der Welt ebenso bei wie zur Erhaltung des Friedens an den Rändern Europas (auf dem Balkan, im Mittleren Osten, in Afrika und anderswo).

Die Nationalstaaten Europas bildeten sich, weil sie Aufgaben übernahmen, die der Feudalismus nicht erfüllen konnte. Die zentrale Frage ist nunmehr, ob es politische Aufgaben gibt, die die Europäische Union übernehmen könnte und die die Nationalstaaten nicht leisten. Wenn andere als Europa (die Vereinigten Staaten, die UNO) diese besser als ein geeintes Europa erfüllen, wenn die moderne Welt - definiert durch den Weltmarkt und die Demokratie - die inneren und äußeren Gefahren beseitigt, die

eine besondere politische Organisation rechtfertigen würden, wenn es kein politisches Argument für eine Vereinigung Europas gibt, so ist diese nicht notwendig und kann auch nicht wünschenswert sein. Dann wäre sie nämlich eine psychologische Kompensation für die verlorene Größe der europäischen Staaten, oder sie wäre Ausdruck des Willens, auf Weltniveau eine Rivalität wieder aufzubauen, die sich innerhalb Europas bereits als verhängnisvoll erwiesen hat.

Die zentrale Frage ist: Nützt es den europäischen Staaten und der Welt, wenn eine europäische Macht entsteht? Dazu sollten wir uns zwei Punkte in Erinnerung rufen: Erstens die Militärtechnik und zweitens die demographische Entwicklung.

Die Europäer sicherten sich die militärische Überlegenheit, indem sie im 15. und 16. Jahrhundert bestimmte Techniken beherrschten. So gewannen sie weltweite Überlegenheit. Das erlaubte ihnen im 20. Jahrhundert, sich gegenseitig zu vernichten. Gleichzeitig ging diese Überlegenheit auf die Vereinigten Staaten und auf Rußland über. Wie werden die Militärtechniken im 21. Jahrhundert in der Welt verteilt sein? Künftige politische Formen müssen darauf antworten, es sei denn, wir gelangen durch den Weltmarkt und die Demokratie zu einem universellen Frieden.

Der zweite Punkt betrifft die Demographie. Im Jahre 1900 stellte Europa im weitesten Sinn (inklusive des asiatischen Teils Rußlands) 25,5 Prozent der Weltbevölkerung. Europa (ohne Rußland, die Ukraine, Weißrußland und den asiatischen Teil Rußlands) 17,8 Prozent und Westeuropa (die fünfzehn plus Norwegen und die Schweiz) 13,7 Prozent.

In dreißig Jahren wird Europa im weitesten Sinn 8,7 Prozent der Weltbevölkerung umfassen, Europa im engeren Sinn, ohne Rußland 6,3 Prozent und Westeuropa 4,5 Prozent.

In dreißig Jahren könnten in einer Europäischen Union zwischen 4,5 Prozent und 6,3 Prozent der Weltbevölkerung leben. Ich möchte nur daran erinnern, daß das Deutsche Reich 1900 für sich genommen 3,5 Prozent der Weltbevölkerung ausmachte. Das heutige Deutschland wird 2025 nur noch 0,8 Prozent und Frankreich 0,6 Prozent der Weltbevölkerung darstellen.

Wenn sich Europa in historischer Perspektive bis zur Grenze der Ukraine erweitert und beharrlich zu einer politischen Einheit geformt wird, dann sind eine Reihe von Problemen zu lösen, die ich hier nur erwähnen möchte.

## Schäuble

I.

"Ein ( ... ) irreguläre(r) und einem Monstrum ähnliche(r) Körper ( ... ), der sich im Laufe der Zeit durch fahrlässige Gefälligkeit der Kaiser, durch den Ehrgeiz der Fürsten und durch die Machenschaften der Geistlichen aus einer regulären Monarchie zu einer so disharmonischen Staatsform entwickelt hat, daß es nicht mehr eine beschränkte Monarchie, wenngleich der äußere Schein dafür spricht, aber noch nicht die einer Föderation mehrerer Staaten ist, vielmehr ein Mittelding zwischen beiden - dieser Zustand ist die dauernde Quelle für die tödliche Krankheit und die inneren Umwälzungen des Reiches." Samuel Pufendorfs schonungslose Analyse der Verfassung des Heiligen Römischen Reiches unter dem Titel "De Statu Imperii Germanici" mußte 1667 unter Pseudonym erscheinen. Der Schock der Öffentlichkeit war groß.

Die Publizisten, die anno 1992 Pufendorfs Formel vom "monstro simile" nach der Lektüre des Vertrages von Maastricht auf den Verfassungszustand der Europäischen Union übertrugen, brauchten sich nicht hinter einem Pseudonym zu verstecken, sie konnten des Beifalls europamüder Zeitgenossen gewiß sein.

Ähnlich wie Pufendorf vor mehr als 300 Jahren haben seine Professorenkollegen von heute Schwierigkeiten, wenn es darum geht, die Rechtsnatur der Europäischen Union zu bestimmen: Bundesstaat, Staatenbund oder doch etwas ganz anderes, eine Organisation sui generis?

Bei näherem Hinsehen hält der Vergleich der Verfassungen von Heiligem Römischem Reich und Europäischer Union indes nicht stand. Das Alte Reich war monströs und festgefügt, seine Institutionen schwerfällig und unbeweglich, die Garantiemächte Schweden und Frankreich sorgten dafür, daß es zu keinen Veränderungen des internationalen Friedenswerks kam, Modernisierung war ausgeschlossen.

Demgegenüber ist das europäische Einigungswerk auf Veränderung angelegt. Das war von Anfang an so. Mit sechs Gründungsmitgliedern begonnen, war Ziel immer die Einigung des ganzen Kontinents. Die wirtschaftliche Gemeinschaft war nie Ziel, sondern eher pragmatisches Beginnen und Instrument, um das Ziel der politischen Einheit zu erreichen.



Widerstände gegen Veränderungen, also Beharrungskräfte, sind in prosperierenden Gesellschaften eher größer, und auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist die Besitzstandswahrung besonders ausgeprägt. So trägt die europäische Einigungsgeschichte in vierzig Jahren in ihren Erfolgen zugleich die Gründe für ihre Schwierigkeiten zu einem großen Teil mit sich; sie ist zu einer Geschichte voller Mühsal geworden und in vielen Phasen eher durch bürokratische Hypertrophie als durch politische Dynamik gekennzeichnet.

Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes ist die Veränderungsdynamik größer geworden. Das Ende der Geschichte ist eben nicht erreicht und der Krieg mitten in Europa wieder möglich geworden. Der Club of Rome hat schon 1991 Wanderungsbewegungen als eine Gefahr für die Stabilität west- und nordeuropäischer Demokratien beschrieben.

Innere und äußere Sicherheit sind nicht mehr eindeutig zu unterscheiden. Fundamentalismus, Nuklearterrorismus, organisierte Kriminalität sind Stichworte, die sich herkömmlicher Einteilung entziehen. Kein Staat kann für sich allein Frieden und Freiheit gewährleisten. Deshalb muß die politische Dimension der europäischen Einigung verstärkt und in den Vordergrund gerückt werden. Und die Hoffnung, daß wirtschaftliche Integration die politische quasi automatisch nach sich ziehe, hat sich seit der Messina-Konferenz, als nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung der Grundstein für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gelegt wurde, im Grunde bis heute noch nicht erfüllt.

## II.

Bei dem erreichten Integrationsgrad braucht im übrigen auch die wirtschaftliche Einigung selbst die politische Dimension. Binnenmarkt, erst recht Währungsunion schaffen einen Harmonisierungsbedarf im Alltag, der ohne politische Integration nicht zu erfüllen ist. Deshalb sehe ich - anders als Herr Garton Ash;- , daß der erreichte Integrationsstand noch nicht irreversibel ist. Mit anderen Worten: Ohne eine politische Einigung wird auch die erreichte wirtschaftliche Union nicht dauerhaft gesichert, wird sie zentrifugalen Kräften nicht standhalten. Die Weiterführung der wirtschaftlichen Integration ist im Maastricht-Vertrag vereinbart.

Daran ist festzuhalten: Die Währungsunion ist bei Wahrung der vereinbarten Stabilitätskriterien so zeitig wie möglich zu verwirklichen. Ich beteilige mich ungern an Diskussionen, mit denen wir das, was vertraglich vereinbart und ratifiziert wurde, schon wieder in Frage stellen, ehe es vollzogen ist. Ich denke, die Währungsunion wird dazu beitragen, die wirtschaftliche Integration unumkehrbar zu machen. Sie wird den Stabilitätsdruck bereits im Vorfeld für alle Mitgliedsstaaten erhöhen, wie schon die Erfolge mit dem Europäischen Währungssystem belegen, und im übrigen durch mehr Wettbewerb und Austausch Innovationen erzwingen, was nicht zuletzt uns Deutschen helfen kann.

Das in Maastricht noch nicht erreichte Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher und politischer Integration muß hergestellt werden - was für mich, Herr Casanova, nicht eine zusätzliche Bedingung für die Währungsunion ist, aber ein Wunsch unabhängig davon.

Das ist die Aufgabe der Regierungskonferenz 1996 und des europäischen Diskussionsprozesses, der jetzt gar nicht intensiv und, wo nötig, streitig genug geführt werden kann, selbst wenn dies nicht immer nach den strengen Regeln der Diplomatie geschieht. Dabei geht es um die Erweiterung der Europäischen Union und ihre Vertiefung. Manche machen daraus einen Streit um die Reihenfolge, wenn sie nicht gar das eine als Alternative zum anderen wollen. Ich halte das für falsch.

Unter Vertiefung der Europäischen Union wird verstanden: die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, verbesserte Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz und die institutionellen Reformen. Schon die Osterweiterung der Europäischen Union ist aber ein besonderer Fall der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, was den Gegensatz zwischen beiden relativiert. Ginge es nur um wirtschaftliche Integration, wäre der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten - jedenfalls aus westeuropäischer Sicht - nicht so dringlich; aber weil es um Sicherheit und Stabilität geht, ist er vorrangig.

Die großen Fragen europäischer Sicherheit lassen sich nicht nach regionalen Zuständigkeiten aufgliedern. Osterweiterung ist ebensowenig eine ausschließlich deutsche Aufgabe wie das Mittelmeer domaine reserve Frankreichs. Auf dem Europäischen Rat in Essen wurde dies ausdrücklich hervorgehoben. Erneuerung der EU-Mittelmeerpolitik zählt neben der dort beschlossenen Strategie zur Heranführung der Staaten Mittel- und Osteuropas zu den vorrangigen europapolitischen Aufgaben der kommenden Jahre.

## III.

Kern des europäischen Einigungsprozesses war immer die Sicherung von Frieden und Freiheit. Ein Rückfall in nationalstaatliche Kategorien von Außen- und Sicherheitspolitik kann das nicht mehr gewährleisten. Deshalb sind Vorstellungen von Groß- oder Vormacht für unseren Kontinent ebenso altes Denken wie das von balance of power. Die Zukunft des Kontinents erfordert integriertes Sicherheitsdenken und integrierte Sicherheitsstrukturen genauso wie auch atlantische Partnerschaft, weil die eurasische Landmasse ohne das Widerlagerjenseits des Atlantiks nicht balanciert werden kann.

Vertiefung der Außen- und Sicherheitspolitik - das schließt den Ausbau der bewährten Bündnisse von NATO und WEU ein. Wir werden nur dann eine europäische Sicherheitspolitik im Rahmen der Union - Eurokorps, WEU - haben, wenn die Europäische Union der europäische Pfeiler der NATO wird. Wenn die europäische Einigung zu einer politischen Union führen soll, dann darf es auf Dauer keine heterogenen Mitgliedschaften in Europäischer Union und NATO geben. Man wird den neu hinzugekommenen Staaten jedoch Zeit lassen müssen und für eine Übergangszeit abgestufte Formen der Zusammenarbeit akzeptieren. Aber am Ziel der Identität der Mitgliedschaften sollten wir Zweifel nicht entstehen lassen.

Weil die klassische Trennung zwischen Außen- und Innenpolitik sich nicht mehr vornehmen läßt, muß mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik notwendigerweise auch eine Verstärkung der gemeinsamen Politik der inneren Sicherheit einhergehen.

Wir leben in einer Welt, in der ökologische wie ökonomische, innere wie äußere Grenzen immer weniger vorhanden sind. Wenn es uns nicht gelingt, durch eine bessere Politik der inneren Sicherheit den Menschen die Überzeugung zu nehmen, daß Abschaffung von Grenzen in Europa ein Defizit an Sicherheit mit sich bringt, dann kann die Bereitschaft der Menschen zur europäischen Einigung irreversibel Schaden nehmen. Die Vereinbarungen über eine Konvention über die europäische Polizeibehörde EUROPOL, die hoffentlich noch unter französischer Präsidentschaft abgeschlossen werden kann, sind deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Garantien für die innere Sicherheit nach der Aufhebung der Binnengrenzen stellt das Durchführungsübereinkommen zum Schengener Abkommen dar, das Ende März in Vollzug tritt.

Wir wollen darüber hinaus das Wachstum festigen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft verbessern, weil wir wissen, daß dies der einzige Weg ist, die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen und für Beschäftigung zu sorgen. Ich denke, dies wird auch der einzige Weg sein, der Rückkehr zu protektionistischen Bestrebungen zu widerstehen; die Versuchung dazu wird in dem einen oder anderen Land wachsen. Wir sollten rechtzeitig Vorkehrungen dagegen treffen.

IV.

Vertiefen heißt schließlich: Wir müssen auf dem Weg zur institutionellen Reform weiter vorangehen. Was wir dabei vor allem brauchen, ist Entscheidungsfähigkeit durch Mehrheitsentscheidungen. Gerade eine Gemeinschaft, die sich erweitert, muß sich auf dieses Prinzip festlegen. Andernfalls sind Aktionsfähigkeit und Berechenbarkeit durch die Blockadehaltung auch nur eines Mitglieds gefährdet. Der heutige Zustand, daß wir in wesentlichen Bereichen noch die Möglichkeit des Vetos haben, verführt einzelne Mitglieder, sich stärker von nationalen Egoismen leiten zu lassen, als dies für die Union als Ganzes gut sein kann. Um Haaresbreite wäre der Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands am Feilschen um das spanische Fischkontingent in der Irischen See gescheitert. Ich bin gespannt, wie langwierig und teuer es wird, wenn Europaoptimisten davon zu träumen wagen, daß die Osterweiterung im Einstimmigkeitsprinzip durchzusetzen ist. Das Vetorecht ist eine Versuchung zur Unvernunft für jedes einzelne Mitglied der Union.

Das demokratische Mehrheitsprinzip setzt allerdings ein Bewußtsein der Gemeinschaft und der Gleichheit voraus. Diese Identifikation besteht für die Menschen mit der europäischen Ebene noch nicht hinlänglich. Deshalb müssen Mehrheiten in Europa im Zweifel immer doppelte Mehrheiten sein, nämlich die Mehrheit der vertretenen Bevölkerung insgesamt und die Mehrheit der Mitgliedsstaaten. Mehrheiten sollten auch für lange Zeit deutlich größer als 50 Prozent sein, weil der Zwang zu größeren Mehrheiten ein höheres Maß an Konsens fordert und fördert, auf den Europa angewiesen bleibt und der erst noch weiter entwickelt werden muß. Umgekehrt fördert ja, wie alle Erfahrungen zeigen, die bloße Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen immer auch die Bereitschaft zum Konsens.

An diesem Punkt setzt die Souveränitätsdebatte ein oder der Streit um Föderalismus, unter dem unsere Partner ja etwas ganz anderes als wir in Deutschland verstehen. Ich halte die Alternative in dieser Diskussion für falsch. Kein Staat in Europa kann für sich allein noch die klassischen

Souveränitätsaufgaben erfüllen: Bewahrung von Sicherheit nach innen und außen. Also ist Souveränität der Nationalstaaten spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs längst eingeschränkt. Umgekehrt bleibt Europa auf die Bindung der Europäer an ihren Nationalstaat angewiesen; denn Identität mit Europa wird über Nationalstaaten vermittelt. Diese Auffassung, die Lord Dahrendorf 1991 in seinem Buch "Briefwechsel mit einem Polen" dargelegt hat, teile ich.

V.

Ohne die Abgabe von Souveränität ist die europäische Einigung nicht denkbar. Zweifelsohne hat die EU bereits heute Züge staatlicher Qualität: Sie ist anerkanntes Völkerrechtssubjekt, schließt internationale Verträge; bei ihr sind Botschafter fast aller Staaten der Welt akkreditiert, und sie verfügt über unabhängige Organe. Ich halte dies also für eine Scheinalternative.

Nationalstaaten werden auch in Zukunft nicht entbehrlich werden. Den europäischen Superstaat, den viele Kritiker des Vertrages von Maastricht als Schreckgespenst an die Wand malen, wird es nicht geben. Die Festlegung auf das Subsidiaritätsprinzip im Vertrag sorgt für eine föderale Balance, die die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft auf den ihr zugewiesenen Bereichen sicherstellt, und sie sichert dabei gleichzeitig die Mitgliedsstaaten gegen einen fortwirkenden Zentralisierungssog.

Nach Artikel 11 Abs. 1 EUV ist die Union zur Achtung der nationalen Identität verpflichtet. Auch dem seinem Wesen nach unabhängigen Europäischen Gerichtshof wird das Signal, daß es nicht um eine zentral ausgerichtete Gemeinschaft geht, auf Dauer nicht verborgen bleiben. Vor dem Erlaß von Rechtsakten sind die Gemeinschaftsorgane dazu verpflichtet, deren Notwendigkeit unter dem Gesichtspunkt des Subsidiaritätsprinzips zu begründen. Die Beweislast wird damit umgekehrt.

### **The Lord Dahrendorf**

Ich möchte zunächst Herrn Maclay bitten, uns zu sagen, wie sich dies alles aus der Sicht des britischen Außenministeriums ausnimmt. Dann sollten Herr Vernet, Herr Sommer und Herr Moore folgen; denn ich halte es für nützlich, wenn wir auf diese Weise eine Vorstellung von der öffentlichen Diskussion über diese Fragen in den verschiedenen Ländern bekommen. Anschließend könnten sich Herr Gasteyger, Herr Hellström und andere jeweils aus ihrer Perspektive dazu äußern.

Es wäre sicher nicht gut, wenn hiervon Anfang an der Eindruck bestünde, es gäbe jeweils eine deutsche und eine französische Sicht der Dinge, aber 15 englische Standpunkte zum Thema. Möglicherweise gibt es ja auch mehrere französische oder deutsche Sichtweisen, die wir in die Diskussion mit einbeziehen sollten. Auch wenn diese hier am Tisch nicht repräsentiert sind, sollten die anwesenden Vertreter dieser Länder uns doch über sie berichten, damit wir einen Eindruck vom Stand der Diskussion bei ihnen bekommen.

### **Maclay**

Sie haben mich freundlicherweise mit dem Attribut des Foreign and Commonwealth Office versehen, dem immer etwas Großartiges anhaftet. In der innenpolitischen englischen Diskussion gibt es die Schwierigkeit, daß die Politikbereiche häufig gesichtslosen Institutionen zugeschrieben werden. Dies gilt insbesondere für das Foreign Office. Zur Zeit ist meine politische Kennzeichnung die eines Beraters von Douglas Hurd. Deshalb hat das, was ich sage, mehr mit der Sicht der Regierung zu tun, als mit der Ansicht eines Staatsbeamten.

Vor Jahren stand in der "Times" ein berühmt gewordener Artikel mit der reißerischen Überschrift: "Wir sind jetzt alle Falkländer." Dies drückte eine Art von Chauvinismus und Nationalismus aus, wie wir sie jetzt auch in der Europadebatte erleben. Doch die Schlagzeile war deshalb besonders interessant, weil sie auch die Sicht derer einbezog, die keine Chauvinisten oder Nationalisten waren. Der Falklandkrieg stellte Fragen in bezug auf Selbstbestimmung und über den Einsatz von Gewalt, die tiefer reichten. Eine ähnliche Wirkung hat gegenwärtig die Debatte um Maastricht in England gehabt.

Ich würde sagen, wir sind jetzt alle Skeptiker im ursprünglichen Sinne dieses Wortes. Wir sehen heute ein Europa, das in vieler Hinsicht nicht wettbewerbsfähig, überreguliert, überbürokratisiert und durch Korruption befleckt ist. Doch wenn wir diese Dinge offen beim Namen nennen, heißt das nicht, daß wir der Überzeugung wären, Europa hätte Großbritannien nichts zu bieten, oder wir Briten hätten Europa nichts zu bieten. Mein Eindruck ist, daß unsere deutschen Freunde und die Kollegen aus anderen Ländern nur darauf sehen, wie wir uns in der britischen Presse über die Frage unserer Identität in Europa ständig selbst zerfleischen. Aber das Medienbild hat nicht viel mit dem zu tun, was die meisten Engländer und vor allem die meisten Politiker darüber denken.

Es gibt mit dem Europa von Maastricht ein Problem, das in die Regierungskonferenz hinüberleitet. Die Schwierigkeit mit dem Prozeß, den Timothy Garton Ash zutreffend beschrieben hat, ist größer als mit der Substanz. Die Substanz des Europas von Maastricht sagt den Engländern durchaus zu. Es ist ein ausgewogenes Programm - von Gemeinschaftskompetenz und intergouvernementalen Mechanismen. Aber die politische Debatte in diesem Lande ist überschattet von einer Sorge, was die politische Wirkung von Maastricht angeht. Was wir feststellen, ist eine gewisse Entfremdung zwischen der herrschenden politischen Klasse, insbesondere der Bürokratie, auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen Seite, die einige Entwicklungen verdauen muß, die sie nie verstanden hat.

Was die Zukunft angeht, so werden die Briten für die nächste Stufe der Diskussion sicher darauf bestehen, daß als Ergebnis der kommenden Regierungskonferenz ein Europa entsteht, das sich verkaufen läßt, zumal die unfreundlichen Dinge, die ich über das sich entwickelnde Europa gesagt habe, Fragen betreffen, die die Leute überall in Europa stellen. So wie bei uns über die Wettbewerbsfähigkeit gesprochen wird oder wie man Europa den Menschen näherbringen kann, findet sich die Diskussion auch in Deutschland, wo der "Spiegel"; in einer Meinungsumfrage auf nahezu die gleichen Besorgnisse gestoßen ist, wie sie die "Financial Times" festgestellt hat. Die französische Debatte weist ganz ähnliche Kennzeichen auf.

Wenn Sie sich ansehen, wie wir an die Dinge herangehen, dann erwarten Sie bitte nicht, daß wir unsere Geschichte, unsere Geographie oder die Wirtschaft dabei verleugnen. Die Geschichte dieses Landes ist in der Tat die eines recht komplizierten Nationalstaates. Als Schotte fühle ich nicht wie ein Brite, wenn ich mir beispielsweise ein Rugbyländerspiel zwischen England und Schottland ansehe. Der britische Nationalstaat ist schon ein eigen Ding, und Sie sollten nicht erwarten, daß wir unseren Nationalstaat genauso sehen, wie das die Deutschen oder die Franzosen tun. Wir werden auch unsere Geographie nicht verleugnen. So wie Herr Schäuble die Frage der Grenzen sieht, läßt sich das sicher nicht auf die politische Situation in Großbritannien übertragen. Wir verstehen uns als Inselvolk, wenn auch nicht als das Volk der Falklandinseln, aber als ein Volk, das seine innere Sicherheit durch Grenzen kontrollieren kann, wie dies die Deutschen, Franzosen oder Spanier so nicht können.

Bei der Wirtschaft haben wir das Problem - so verlockend das Europa von Maastricht auch ist;- daß wir uns aus der Diskussion um die Stufe drei der Wirtschafts- und Währungsunion ausgeklinkt haben. Vielleicht befinden wir uns auf einem sehr hohen Niveau des Agnostizismus, aber letztlich ist noch keine Entscheidung getroffen, und es wird auch im Laufe dieser Legislaturperiode keine gefällt werden.

Die gegenwärtige praktische Erfahrung englischer Geschäftsleute, die sie auch in das politische Spektrum mit einbringen - insbesondere durch die Konservative Partei, der ich verbunden bin;- ist, daß der Wechselkursmechanismus für Großbritannien ein Fehlschlag war. Dies stellt einen Wendepunkt in der Einstellung zu Europa bei uns dar. Es gibt ein starkes und überzeugendes Argument dafür, daß der derzeitige wirtschaftliche Aufschwung in Großbritannien von eben dem Zeitpunkt an datiert, als wir das Europäische Währungssystem verlassen haben. Ich weiß nicht, ob dieses Argument letztlich zutrifft, aber es ist eine politische Tatsache, daß jene Gruppe, die die Spitze der englischen Pro-Europäer ausmacht, nämlich die Wirtschaft, in den vergangenen zwei, drei Jahren von Zweifeln geradezu gelähmt war. Wir brauchen Zeit, damit sich die Diskussion bei uns wieder beruhigt.

Herr Schäuble hat einen Vorschlag unterbreitet, mit dem er für den großen Sprung nach vorn, für Idealismus, Entschlußkraft und ehrgeizige Ziele für die nächste Regierungskonferenz plädiert. Die typisch englische Antwort darauf ist: Sollten wir nicht etwas pragmatischer vorgehen und unsere Erwartungen nicht zu hoch schrauben? Das gilt um so mehr für den Prozeß, durch den Europa entstehen soll, so wie die Referenten ihn beschrieben haben. Dieses Herangehen über das größte gemeinsame Vielfache stößt von britischer Seite auf Widerstand.

Die Beneluxländer und Italien haben genau wie die Franzosen und die Deutschen zu Beginn der europäischen Integration ihre eigenen Vorstellungen beigetragen. Waren die Deutschen mehr an politischen und die Franzosen mehr an wirtschaftlichen Fortschritten interessiert, dann war die britische Haltung: Wir können weder das eine noch das andere. Die französisch-deutsche Antwort darauf lautete: Dann laßt uns beides tun. Dieses Verfahren des "größten gemeinsamen Vielfachen" ist den Engländern sehr fremd.

Wir hoffen, daß gegen Ende der 90er Jahre weniger das größte gemeinsame Vielfache als der kleinste gemeinsame Nenner wirksam wird, wenn es darum geht, die nächste Stufe zu erreichen. Es gibt in Europa, nicht nur in Großbritannien, ein großes Verlangen nach bescheidenen Erfolgen, die Europa an der Basis, in der Bevölkerung, und nicht nur bei der Führungsschicht populärer machen könnten.

Schließlich noch eine Bemerkung zur Frage der Verfassung, eingedenk der vier Bedeutungen des Wortes, die Tim Garton Ash unterschieden hat. In der politischen Diskussion, die bei uns gegenwärtig zwischen Ministerien und Parteien geführt wird, sympathisieren viele mit der eher deutschen Vorstellung, daß es keine förmliche Verfassung geben sollte, sondern einen Katalog von Kompetenzen, dessen Vorschläge Europa so definieren, daß die Menschen weniger eingeschüchtert sind und sie wissen, was dazu gehört und was nicht.

Im Sinne der Subsidiaritätstheorie ist das ein recht attraktiver Ansatz. Wenn wir so verfahren könnten, daß in den Grauzonen die Kompetenzen auf das Zentrum übertragen werden und nicht bei den Staaten verbleiben und wenn diese Kompetenzen gewissermaßen kostenneutral sind, wäre dies für die britische Regierung eine sehr attraktive Idee. Was ich fürchte - und das macht nicht nur die Konservative Partei oder die britische Innenpolitik besorgt;- ist, daß wir angesichts der Dynamik, die der Prozeß erlebt, eine Stufe erreicht haben, wo jede Verhandlung darauf abzielt, Europa noch etwas perfekter zu machen. Meine Sorge ist, daß Europa in Schwierigkeiten gerät, wenn wir nicht fähig sind, die Sache ausgewogener anzugehen, das heißt zu sagen: Dies wollen wir und das nicht, und laßt uns das verkaufen, anstatt auf dem Weg zu einem noch stärker vereinigten Europa von einer Stufe zur nächsten zu gehen.

### **Vernet**

Jean-Claude Casanova hat in seinem Referat den französischen Standpunkt, oder besser gesagt, einen französischen Standpunkt dargestellt. Ich will den heutigen Diskussionsstand kurz erläutern, wobei wir zwei Elemente im Hintergrund nicht aus den Augen verlieren sollten.

Da ist erstens das Referendum über Maastricht und die Ratifizierung mit einer sehr knappen Mehrheit. Einen beträchtlichen Teil der französischen Öffentlichkeit kann man also zu den Euro-Skeptikern rechnen; zumindest sind sie skeptisch gegenüber dem Europa von Maastricht. Dieser Skeptizismus zeigte sich noch im letzten Jahr anlässlich der Europawahlen. Parteien oder Kandidaten, die sich auf die eine oder andere Art zweifelnd oder ablehnend über Maastricht äußerten, waren fast in der Mehrheit.

Der zweite Punkt betrifft den Wahlkampf um die Präsidentschaft. Europa spielt direkt keine große Rolle in der Diskussion, sondern nur eine Nebenrolle: Wenn von Arbeitslosigkeit oder Wirtschaftspolitik die Rede ist, kommen Elemente der Europapolitik ins Spiel, aber ein zentrales Wahlkampfthema ist die Europadiskussion keineswegs. Dabei haben einige Kandidaten das Thema durchaus aufgegriffen. Noch vor zwei Tagen hielt Jacques Chirac ein langes Referat über die Außenpolitik, in dem Europa beträchtlichen Raum einnahm.

Vielleicht sollten wir uns zuerst die Punkte ansehen, in denen sich die wichtigsten Kandidaten und damit auch der künftige Präsident Frankreichs - wer immer er sein wird - weitgehend einig sind. Eine Osterweiterung gilt in jedem Fall als notwendig -wenn auch mit Nuancen. Lange Zeit wurde sie kontrovers diskutiert; im Prinzip ist sie meines Erachtens jedoch nicht mehr strittig.

Zweitens wird die deutsch-französische Zusammenarbeit - auch als Treibkraft für eine europäische Integration - als wichtig angesehen.

Zum dritten darf die Rolle der Kommission nicht größer werden, als sie derzeit ist. Die neue Politik muß auf der Basis einer Zusammenarbeit zwischen den Regierungen geführt werden. Dies gilt besonders für den zweiten und den dritten Pfeiler des Maastrichter Vertrages.

Der vierte Punkt betrifft das Europäische Parlament. Außer in einigen sehr kleinen Kreisen werden Legitimität und Effizienz des Europäischen Parlaments in Frankreich ausgesprochen skeptisch betrachtet. Bei der Diskussion um eine Stärkung der Demokratie in der Europäischen Union wird in Frankreich eher an eine größere Rolle der nationalen Parlamente bei der Entscheidungsfindung gedacht als an eine Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments.

Ein letzter Punkt, über den außer bei einigen entschlossenen Pro-Europäern Konsens besteht: In besonders wichtigen Bereichen soll vom Prinzip der Einstimmigkeit nicht abgewichen werden.

In Führungskreisen, in der Regierung, wurde in den letzten Monaten auch über die Regierungskonferenz 1996 diskutiert. Was darf, was soll man erwarten? Grob gesehen wurden drei verschiedene Haltungen deutlich. Die erste, die vor allem Staatspräsident Mitterrand vertritt, sieht die Konferenz 1996 als eine Gelegenheit zur Bilanz: Inwieweit wird der Maastrichter Vertrag in die Praxis umgesetzt? Für andere bietet die Regierungskonferenz die Möglichkeit, die Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union zu verbessern, ohne daß man davon allzuviel erwarten dürfe. Eine dritte Gruppe sieht in der Konferenz die Chance, die Institutionen grundlegend zu reformieren, um für

die Erweiterung gewappnet zu sein und um den tatsächlichen oder scheinbaren Widerspruch zwischen Vertiefung und Erweiterung aufzulösen. Einige Regierungsmitglieder, die besonders entschlossene Anhänger der europäischen Integration sind, sprachen in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit eines neuen Gründungsaktes der Europäischen Union.

Noch einige Bemerkungen zu den Unterschieden oder Nuancen zwischen den drei Hauptkandidaten, die, auch wenn sie nicht im ersten Anlauf gewählt werden, zumindest den zweiten Wahlgang am 7. Mai erreichen könnten: Balladur, Chirac und Jospin. Der sozialistische Kandidat Lionel Jospin hat einige Ideen zu Europa vorgetragen, die aber nicht sehr originell sind. Um dem Dilemma zwischen Föderalismus und Europa der Vaterländer zu entkommen, machte er sich die Formel von Jacques Delors von einer "Föderation der Nationalstaaten" zu eigen. Außerdem beharrt der sozialistische Kandidat auf einem sozialen Europa und spricht sich für die Währungsunion aus.

Die Kandidaten der Mitte oder der Neogaullisten treffen sich in gewissen Punkten, in Nuancen unterscheiden sie sich jedoch. Edouard Balladur ist bekanntermaßen recht entschieden für die Währungsunion von 1997 an, aus welchen Gründen auch immer. Jedenfalls hat sich der Ministerpräsident mehrfach klar dafür ausgesprochen, die kürzeste Frist einzuhalten, die im Vertrag von Maastricht vorgesehen ist. Auf der anderen Seite sprach er von einem Europa der konzentrischen Kreise, das er in verschiedenen Varianten vorstellte. Zum einen sollte die Europäische Union, wie sie heute besteht, mit fünfzehn Mitgliedern also, den engsten Kreis bilden. Der zweite Kreis umfaßt dann Staaten, die Kandidaten für einen Beitritt sind, im wesentlichen die Länder Mitteleuropas, wie wir in Frankreich sagen (was sich nicht unbedingt mit dem deckt, was in Deutschland Mitteleuropa genannt wird), die Visegrád-Gruppe plus vielleicht Slowenien, ebenso die baltischen Staaten - doch da begeben wir uns bereits in eine Grauzone;-, außerdem Malta und Zypern. Den dritten Kreis bilden die europäischen Länder, die auf mittlere oder längere Sicht nicht Mitglied der Europäischen Union werden, die jedoch Teil Europas sind und mit denen Partnerschaftsverträge abgeschlossen werden könnten: die Ukraine, Rußland und Weißrußland.

Bei anderer Gelegenheit stellte Balladur seine drei konzentrischen Kreise etwas anders dar. Der weiteste Kreis umfaßte danach die möglichen Kandidaten, der mittlere bestand aus den derzeit fünfzehn Mitgliedern der Europäischen Union und der engste Kreis aus den Mitgliedsstaaten, die in manchen Bereichen weitergehen wollen.

Als Timothy Garton Ash die deutsche Haltung mit der britischen verglich - der eine harte Kern gegenüber den mehreren harten Kernen;- , entsprach das weitgehend den Äußerungen Balladurs, wobei Balladur der britischen Position näher zu sein scheint als der deutschen. Ein harter Kern also, mit variablen Umrisen, in unterschiedlicher Zusammensetzung, je nachdem, in welchem Bereich die Zusammenarbeit stattfindet: bei der gemeinsamen Währung, der gemeinsamen Verteidigungspolitik oder beim Europa von Schengen zum Beispiel. Da bleibt natürlich zu fragen, was mit Ländern geschieht, die sämtlichen dieser Kreise angehören. Manche Länder, wie Frankreich oder Deutschland, finden sich vermutlich bei der Währung, der Verteidigung und der inneren Sicherheit zusammen.

Sollen diese Staaten dann durch besondere institutionelle Bande verknüpft sein? Könnte es mit anderen Worten "den harten Kern eines harten Kerns" geben? Auf diese Frage hat der Ministerpräsident bislang keine Antwort gegeben.

Jacques Chirac hingegen spricht nicht von konzentrischen Kreisen, sondern von unterschiedlichen Familien, aus denen sich Europa zusammensetzt. Auch er tritt also für ein Europa mit variablen Konturen ein. Ebenso hat er sich für die gemeinsame Währung ausgesprochen, wobei er eher für 1999 plädiert und die Schwierigkeiten stärker betont. Außerdem fügte er den Maastricht-Kriterien ein neues hinzu: die Arbeitslosenrate. Zu Beginn seines Wahlkampfes sprach er sich dafür aus, erneut ein Referendum über die Einführung der Einheitswährung abzuhalten. Davon kam er aber schnell wieder ab. Vielleicht hat man ihn darauf aufmerksam gemacht, daß es schwierig sein dürfte, ein Referendum abzuhalten zu einem Thema, über das soeben per Referendum abgestimmt worden ist. Ein solches Referendum könnte nach der Regierungskonferenz 1996 jedoch dann überzeugend sein, wenn es dabei um die Verabschiedung eines neuen Vertrages geht, also darum, neue Vereinbarungen zu ratifizieren.

Doch wie immer die Präsidentschaftswahl ausgeht, ich meine, wir bewegen uns in Frankreich auf eine Europapolitik zu, die, wenn nicht undurchsichtig, so doch ambivalent bleibt, Ganz gleich, wer Präsident wird, er wird nicht nur in eine Richtung gehen können, weil er gleichermaßen auf die Anhänger einer europäischen Integration wie auf die Euro-Skeptiker Rücksicht nehmen muß, die es in allen Parteien und in allen politischen Lagern gibt.

Tim Garton Ash hat uns daran erinnert, daß das Wort Verfassung im Englischen mehrere Bedeutungen hat, was übrigens auch im Deutschen der Fall ist. Insofern möchte ich erstens etwas zur Gemütsverfassung der Deutschen in bezug auf Europa sagen, zweitens den Zustand Europas ansprechen, wie ihn die Deutschen gegenwärtig sehen, und drittens die verfassungsmäßige Struktur der Institutionen und der Prinzipien des europäischen Prozesses behandeln.

Die Gemütsverfassung der Deutschen in bezug auf Europa erscheint heute weit besser, als sie es noch vor zwei Jahren war. Damals gab es auch bei uns sehr viel Euro-Skepsis. Die Bundesländer fürchteten um die Beschneidung ihrer Rechte, und in der Bevölkerung gab es die Besorgnis, daß uns im Zuge der Währungsunion die stabile D-Mark abhanden kommen könnte. Außerdem herrschte die Neigung vor, viele Tatbestände, die in Wahrheit durch die Rezession verursacht waren, den europäischen Institutionen in Brüssel anzulasten. Das hat sich inzwischen grundlegend verändert. Europa ist bei uns heute kein Thema heißer Diskussion mehr, auch nicht im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996.

Die Gründe dafür sind offenkundig: Nach Überwindung der Rezession muß Brüssel in wirtschaftlicher Hinsicht nicht mehr getadelt werden. Hinzu kommt, daß das Grundgesetz geändert wurde und die Länder mehr Mitwirkungsrechte an der europäischen Politik Bonn zugesprochen erhielten. Drittens hat das Bundesverfassungsgericht den Bundestag ausdrücklich darauf verpflichtet, vor dem Eintritt in eine Europäische Währungsunion darüber noch einmal abzustimmen.

In England liest man dazu, damit wäre die Ablehnung beinahe sicher. Ich glaube jedoch ganz im Gegenteil: Wie die politischen Fronten bei uns heute verlaufen, ist keineswegs mit einer Ablehnung, sondern weit eher mit einer Zustimmung zu rechnen. Überhaupt ist in englischen Zeitungen sehr viel mehr über die Euro-Skepsis der Deutschen zu lesen als in deutschen Zeitungen. Man redet sich in England vielleicht auch etwas ein.

Wie sehen die Deutschen den Zustand Europas? Der Binnenmarkt läuft im dritten Jahr, und selbst die Bundesrepublik hat bereits 85 Prozent der Auflagen erfüllt. Die Europäische Gemeinschaft ist am 1. Januar 1993 mit dem Inkrafttreten von Maastricht zur Europäischen Union geworden. Mit dem 1. Januar 1993 hat auch das Europäische Währungsinstitut in Frankfurt am Main seine Arbeit aufgenommen und befaßt sich mit der Vorbereitung für die Einführung einer europäischen Währung.

Die Assoziationsverträge mit sechs osteuropäischen Ländern sind im vergangenen Jahr in Kraft getreten, die alle eine Beitrittsperspektive enthalten. Ungarn, Polen und Slowenien haben formelle Beitrittsanträge gestellt. Im Eurokorps gewinnt die Europäische Union zunehmend militärisches Profil. Schließlich sind am 1. Januar 1995 Österreich, Finnland und Schweden der Europäischen Union beigetreten, die nunmehr 15 Mitglieder aufweist. Nach vielen Verzögerungen und Verschiebungen ist auch das Schengener Abkommen in Kraft gesetzt worden.

Insgesamt läßt sich also von der Europäischen Union sagen, was Galileo Galilei nach seinem Widerruf von der Erde sagte: Und sie bewegt sich doch. Die meisten Deutschen sehen das genauso. Die bescheidenen Erfolge, die Herr Maclay anmahnt, sind in der Tat eingetreten, und wir haben keinen Grund zu meinen, mit Europa werde es nicht weitergehen.

### **Stürmer**

Wo bleibt das Negative?

### **Sommer**

Das kommt.

Die Frage ist: Wohin bewegt sich dieses Europa? Damit bin ich bei der Regierungskonferenz 1996 und den deutschen Vorstellungen dazu. Die deutlichsten Hinweise zu den deutschen Vorstellungen finden sich im Koalitionspapier von CDU, CSU und FDP, in denen sicher auch einiges an Verhandlungsmasse enthalten ist, so daß am Ende ein Kompromiß stehen wird.

Lassen Sie mich zur weiteren Entwicklung der Europäischen Union drei Modelle kurz skizzieren: Das erste ist das "Albion-Modell". Ich benutze dieses Wort ganz bewußt. Vor gut 20 Jahren gehörte ich zu denen, die sich für den Eintritt Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft stark gemacht haben. Heute frage ich mich zuweilen, fragen viele der damaligen Befürworter, ob sie seinerzeit auf das richtige Pferd gesetzt haben. Eine Art gaullistisches Europa, ein Europe des Patries, das lediglich eine große wirtschaftliche Freihandelszone bildet und politisch nur eine eng begrenzte Zusammenarbeit unabhängiger nationaler Regierungen vorsieht, findet jedenfalls nicht unsere Zustimmung. Und sollte die Regierung des Vereinigten Königreiches die Regierungskonferenz 1996

von vornherein blockieren wollen, wäre zu überlegen, wie man um diese Blockade herumkommt. Vielleicht sollten wir in den Maastrichter Vertrag oder in die Römischen Verträge doch eine Sezessionsklausel einbauen, damit diejenigen, die partout nicht wollen, diejenigen, die weiter voranschreiten möchten, daran nicht hindern können.

Ich habe in letzter Zeit auf verschiedenen internationalen Zusammenkünften immer wieder britische Junior Ministers angetroffen, die mit großer Herablassung und manchmal geradezu mit Harne den Traum der Gründerväter von der europäischen Integration als Hirngespinnst einiger alter Männer abtaten. Wer solche Auffassungen vertritt, darf sich nicht wundern, wenn es einen backlash gibt.

Das zweite Szenario ist das eines Brüsseler Technokraten-Europas, wo in manischer Regelungssucht alles und jedes zentral festgelegt wird und die Nationalstaaten nur noch nachgeordnete Verwaltungseinheiten sind: L'Europe une papeterie. Auch ein solches Europa würde nicht den Beifall unserer Bevölkerung finden. Das hat die Diskussion vor ein, zwei Jahren klar gezeigt.

Die deutschen Vorstellungen - drittens - laufen auf das Modell eines Staatenverbundes hinaus, wie dies im Urteil des Bundesverfassungsgerichts genannt wurde. Dabei würden die alten, stolzen Nationen Europas keineswegs auf ihre Eigenheiten verzichten müssen, ihre Traditionen und Sprachen, ihre verschiedenen Küchen, Kulturen und Literaturen. Wohl aber würden sie sich von nationaler Eigenbrötelei abkehren und einen hohen Grad von wirtschaftlicher und politischer Integration anstreben. Dabei kämen nicht die Vereinigten Staaten von Europa, also kein Einheitsstaat, sondern etwas ganz Neues. Vielleicht auch etwas ganz Altes, vergleichbar mit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, das ja vielfältige Loyalitäten und Souveränitäten kannte, oder ein Commonwealth. Es wäre jedenfalls ein Zwischending zwischen Staatenbund und Bundesstaat, weder ein bürokratischer Moloch, noch ein zentralistisches Monstrum, das den Regionen und Nationen die Luft abdrücken würde. "La Patrie des Patries" wäre mein Schlagwort dafür.

Es ließe sich durchaus eine Souveränität und eine Loyalität entwickeln, die über unsere jeweiligen Vaterländer hinaus unserer gemeinsamen Heimat Europa gelten. Ein solches Modell von Europa dürfte immer noch die Zustimmung der übergroßen Mehrheit aller Deutschen finden. Deshalb ist Europa auch kein Zankapfel im parteipolitischen Streit. Ich nehme an, die Fähigkeit, über die eigene Nation hinaus zu denken, wird die nächsten vier Jahre der deutschen Europapolitik weiter kennzeichnen.

## Moore

Ich glaube nicht, daß sich das, was die Engländer denken, im Laufe der Zeit so sehr verändert hat, obgleich sich bestimmte Gefühle verstärkt haben. Die Menschen in Großbritannien stehen überwiegend positiv zu unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, weil sie im allgemeinen eine Zusammenarbeit mit anderen europäischen Mächten der Nicht-Kooperation vorziehen und weil sie sich ökonomische Vorteile davon versprechen. Als wir der EG beitraten und ein Referendum abhielten, um den Beitritt bestätigen zu lassen, sprach man hauptsächlich über die wirtschaftlichen Vorteile. Der andere Grund, warum wir Mitglied werden wollten, war schlicht die Furcht davor, nicht Mitglied zu sein, eine undeutliche Furcht vor all den Dingen, die England angeblich widerfahren würden, wenn es kein Mitglied wäre. Es wäre isoliert und womöglich verarmt. Diese Furcht und diese Empfindungen sind weiterhin verbreitet. Ihretwegen sind die Briten immer noch eher für die Gemeinschaft als gegen sie eingestellt.

Sie werden merken, wie unterschiedlich diese Einstellung von dem ist, was Herr Sommer und Herr Schäuble ausgeführt haben. In der Tat würde wohl niemand in England - außer vielleicht eine sehr kleine Elite - die deutschen Ansichten darüber teilen, was das Ziel der Europäischen Gemeinschaft sein sollte. Insbesondere kann man sich hier kaum vorstellen, daß der Ruhm Großbritanniens durch dieses System gemehrt werden könnte, wohingegen aus deutscher Sicht völlig klar ist, daß das Ansehen Deutschlands durch die Einbindung in Europa und vielleicht nur dadurch gesteigert werden kann.

Die Einstellungen verhärteten sich in England, wie Herr Maclay sagte, aufgrund der zunehmenden Eingriffe von Brüssel in unser tägliches Leben und besonders aufgrund der verheerenden Erfahrung als Mitglied des Europäischen Währungskursmechanismus, der viele unserer Unternehmen infolge der hohen Zinsen in den Konkurs getrieben hat. Das ist im Gedächtnis geblieben und hat natürlich die Regierungspartei erheblich an Glaubwürdigkeit gekostet. Erst hieß es, der Währungskursmechanismus sei entscheidend, man würde um jeden Preis dabei bleiben - und dann mußte man einen Rückzieher machen.



Ich halte etwa einmal im Monat eine Vorlesung vor Studenten. Dabei habe ich festgestellt, daß die jungen Leute an den Universitäten sehr euro-skeptisch sind, insbesondere die Anhänger der Konservativen. Ich möchte fast sagen, daß ich noch keinen pro-europäischen konservativen Studenten getroffen habe. Ich habe hier in Oxford in den vergangenen drei Monaten zwei Vorlesungen gehalten. Das studentische Publikum war beide Male in seiner überwältigenden Mehrheit vom Thatcher-Standpunkt geprägt und gegen eine weitere europäische Integration.

Was können Politiker dem Volk unter diesen Umständen sagen, ganz abgesehen davon, was sie wirklich glauben? Wenn man unsere Situation verstehen will, muß man wissen, daß der Premierminister zu diesem Thema wahrscheinlich überhaupt keine eigene Meinung hat. Er ist ganz und gar damit beschäftigt, seine extrem gespaltene Partei zusammenzuhalten.

Jeder Politiker der beiden großen Parteien - für Labour gilt das genauso - muß in der Öffentlichkeit eine Sprache sprechen, die das, was in der Europäischen Gemeinschaft geschieht, herunterspielt. Er kann dem Prozeß keinerlei Zielorientierung zugestehen. Er kann nicht zugeben, daß dieser Prozeß auf eine Union, eine Vereinigung oder was auch immer hinauslaufen wird. Wenn er das tut, macht er sich unbeliebt. So hat zum Beispiel unser Finanzminister in der vergangenen Woche im Unterhaus dem Finanzausschuß Rede und Antwort gestanden und gesagt: "Niemand hat eine genaue Vorstellung davon, wie die europäische Zentralbank aussehen wird, wer dafür verantwortlich sein soll und wer die Kompetenzen festlegt." Ich zitiere weiter: "Der Vertrag von Maastricht beinhaltet nicht, daß eine unabhängige Zentralbank nötig ist." (Vielleicht wissen viele von Ihnen nicht, daß unser Finanzminister einmal zugegeben hat, er habe den Maastricht-Vertrag gar nicht gelesen. Hier ist der klare Beweis dafür.) Aber so wird die Argumentation geführt. Politiker müssen sagen, daß sie das alles nicht wollen, selbst wenn sie es in Wahrheit tun und Mr. Eiarke ist für eine einheitliche Währung.

Natürlich sind auch eine ganze Reihe von Politikern dagegen. Zwei Minister haben mir kürzlich gesagt, eine einheitliche Währung in der EU wäre - wie sie sich ausdrückten - das Ende Englands. Sie arbeiten im gleichen Kabinett wie Mr. Eiarke, der sich aktiv für eine einheitliche Währung einsetzt. Die Regierung der Konservativen hat - mit Unterstützung der Labour Party - argumentiert, der Vertrag von Maastricht plädiere anscheinend für die maximale Ausdehnung des Föderalismus. In Wahrheit stelle er den Versuch dar, den Föderalismus zu kontrollieren und weitere Vereinigungsbestrebungen dadurch zu behindern, daß man Mechanismen wie das Subsidiaritätsprinzip einführt.

Wenn man nun Herrn Schäuble zuhört oder den Vertrag von Maastricht liest - was für einen britischen Bürger oder Politiker noch revolutionärer wäre;- , wird man erkennen, daß dies nicht zutrifft, sondern daß es das Ziel der einheitlichen Währung ist, wie Herr Schäuble sagte, die politische Union herbeizuführen. Das steht ausdrücklich so im Vertrag; da gibt es gar keinen Zweifel. Britische Politiker müssen das jedoch anzweifeln, wenn sie im Amt bleiben wollen. Wenn sie das vertreten, was in diesen Verträgen tatsächlich steht, werden sie kaum öffentliche Unterstützung finden.

Wenn wir davon ausgehen, daß dies die Ansicht der überwiegenden Mehrheit in Großbritannien ist - obwohl ich nochmals betonen möchte, daß die meisten Engländer darüber sehr schlecht informiert sind;- , kann man die Diskussion bei uns nicht so führen, wie das hier der Fall ist. Man kann nicht über eine Verfassung für Europa reden, weil allein eine solche Vorstellung von den meisten Menschen in diesem Land abgelehnt wird. Eine Verfassung für Europa impliziert, daß Europa ein Gebilde ist, dem man eine Verfassung geben kann. Es impliziert, wie Timothy Garton Ash sagte, eine Regierungsform, eine politische Realität zu akzeptieren, die von den Menschen hier abgelehnt wird. In diesem Punkt besteht ein scharfer Dissens zwischen deutschen und britischen Vorstellungen, obwohl er sich mehr in der allgemeinen öffentlichen Diskussion findet als zwischen den politischen Führungskräften.

Herr Schäuble fragte, was denn die Alternative sei, wenn wir nicht vorwärts gehen, und er meinte, eine der Alternativen wären nationale Streitereien. Die haben wir aber beim jetzigen Zustand auch schon. Ich habe mit Interesse bemerkt, daß Mr. Major, der immer so herzlich über seine Freundschaft zu Helmut Kohl und unsere enge Beziehung zu Deutschland gesprochen hat, nach unserem Ausstieg aus dem Währungskursmechanismus, stärker über Deutschland verbittert war als jeder andere englische Politiker seit dem Zweiten Weltkrieg. Antideutsche Gefühle haben in diesem Lande eine Stärke erreicht, die ich bisher nicht gekannt habe. (Ich bin zu jung, um mich an die Kriegszeit erinnern zu können.) Auch die antifranzösischen Gefühle haben zugenommen, vor allem durch die Abneigung gegen Jacques Delors und seine Vorstellungen, wobei man Delors mit Frankreich gleichgesetzt hat. Ich glaube also nicht, daß durch die Entwicklung zur europäischen Integration zwischenstaatliche Streitigkeiten verhindert werden können - im Gegenteil, sie werden dadurch eher noch gefördert!

Die eigentliche Schlacht wird aber um die einheitliche Währung geschlagen. Da kann man nicht herumreden, ob man hier und da ein wenig Macht einbüßt oder großartige Vorstellungen von Zielen und Verfassungen entwirft. Hier müssen wir tatsächlich entscheiden, wer letztlich die Kontrolle über unser

Geld hat. Das ist sehr schmerzlich, unangenehm und gefährlich. Es gibt darüber bereits eine erbitterte Auseinandersetzung in Großbritannien, die weitergehen wird, wenn man darauf besteht, daß wir 1999 mit der Währungsunion beginnen. Ich bin überzeugt, daß nicht alle Länder 1999 einsteigen werden, und ich frage mich, was passiert, wenn wir nicht dabei sind, und wie hart wir darum kämpfen sollten.

Was könnte bei dieser ganzen Entwicklung herauskommen? Ich vermute - so sehr ich es persönlich bedaure;- , daß dabei die Eliten gewinnen werden und das Volk verlieren wird. Mit anderen Worten: Es wird schließlich eine einheitliche Währung geben. So oder so werden sich diejenigen englischen Politiker, die das befürworten, gegenüber jenen durchsetzen, die dagegen sind. Und Deutschland wird gegenüber Großbritannien die Oberhand gewinnen, weil Deutschland mächtiger ist, insbesondere wenn es um Geld geht.

### **Gasteyger**

Wenn ich mich hier am Tisch umsehe, so befinde ich mich in zweifacher Hinsicht in einer besonderen Position. Erstens bin ich zweifellos ein Außenseiter, was die Europäische Union angeht, und als ich Ihnen eben zuhörte, Herr Moore, fragte ich mich, ob ich eigentlich nicht eher froh darüber sein sollte, daß mein Land nicht Mitglied der EU ist. Aber Gott sei Dank hat Herr Schäuble mir Hoffnung gemacht, daß die Schweiz schließlich doch noch der EU beitreten wird. Ich denke, Sie haben völlig recht mit dem, was Sie über die kleinen Länder sagten. Herr Hellström mag mir widersprechen, aber mir scheint, der einzige Weg, die Rechte und Verpflichtungen kleiner Länder wirklich zu sichern, besteht für sie im Beitritt zu einer Europäischen Union mit einer guten Verfassung. Für ein großes Land mag das anders sein; aber meiner Ansicht nach bestätigt die Geschichte der Vereinigten Staaten und der Schweiz meine These.

Zum zweiten bin ich insofern in einer einzigartigen Position, als ich offenbar als einziger Churchills Rede in Zürich, die Herr Casanova dankenswerterweise erwähnt hat, persönlich gehört habe. Bei dem, was Sie sagten, Herr Moore, befürchte ich fast, daß einige Tories versucht sein könnten, diese bedeutende Rede Churchills geheimzuhalten, denn sie stimmt offenbar nicht mit ihren eigenen Auffassungen überein. Wenn man sich diese Rede jedoch genauer ansieht, dann stellt man fest, daß Churchill nicht so europäisch war, wie sich das heute anhört. Sie rief ja vor allem Frankreich und Deutschland zur Versöhnung auf, die zu beaufsichtigen Großbritannien in einem gewissen Sinne sich anerbote.

Ich komme damit zu der richtigen Einschätzung von Timothy Garton Ash, daß die Verfassung Europas auch ein Ergebnis der Verfassung der Europäer ist. Wenn wir uns an die verschiedenen Referenden um den Vertrag von Maastricht erinnern, dann gelangen wir zu dem Schluß, daß heute etwa 51 Prozent grundsätzlich die Europäische Union befürworten, während 49 Prozent skeptisch sind, wo es um Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Integration geht. Im Gegensatz zu Herrn Sommer vermute ich, daß die Ergebnisse in vielen Ländern ganz ähnlich wären, würden dort heute entsprechende Referenden abgehalten.

Damit stellt sich die Frage, wie sich diese zwei unterschiedlichen und fast gleich starken Meinungsblöcke im Hinblick auf die Europäische Union versöhnen lassen oder, um Ernest Renan zu zitieren: Wie läßt sich das europäische "pays légal" mit dem europäischen "pays réel" versöhnen? Das zeigt, wie schwierig es geworden ist, über die gegenwärtige Stufe der europäischen Integration hinauszukommen. Es ist nicht "this thing", wie Sie, Herr Garton Ash, es für die Engländer nannten; es ist das, was de Gaulle als "le machin" bezeichnete, auch wenn er damit wohl eher die Vereinten Nationen im Auge hatte.

Das Problem wird noch deutlicher, wenn man sich die Außenpolitik anschaut. Vor allem sollte man sich vor zu vielen Referenden hüten! In einem Land wie der Schweiz, wo Außenpolitik immer mehr Referendumspolitik wird, haben wir nicht nur 15 verschiedene Meinungen zur Europäischen Union, sondern so ungefähr vier Millionen. Das zeigt, wie schwierig es offensichtlich ist, sich darüber zu einigen, welche Art von Außenpolitik man betreiben soll.

Unsere Erfahrungen in der Schweiz haben gezeigt, daß Außenpolitik entweder eine einigende oder eine trennende Wirkung auf ein Land haben kann. Einigend dann, wenn Gefährdungen oder Herausforderungen von außen die Bevölkerung zusammenrücken lassen. Trennend dann, wenn es um die Entscheidung über eine grundlegende außenpolitische Neuorientierung geht, der auch Mythen wie die Neutralität zum Opfer gebracht werden müssen. Im Falle Jugoslawiens ist die Europäische Union, sei sie nun Föderation oder Konföderation, in dem Moment intern unter beträchtlichen Druck geraten, wo sie als Einheit zu einem so heiklen und kontroversen Thema Stellung nehmen mußte. Man wird sehen, wie sie solche Probleme in der Zukunft bewältigen wird.

Es gibt letztlich zwei Möglichkeiten, damit fertig zu werden. Die eine wäre eine Außenpolitik der "variablen Geometrie", die bei Handlungsbedarf wechselnde Koalitionen vorsieht. Das bedeutet, daß, wenn keine Einmütigkeit in der Außenpolitik besteht, eine Koalition mit jenen gebildet wird, die bereit sind zu handeln; dies in der Hoffnung oder Annahme, der stillschweigenden Zustimmung der anderen. Alternativ dazu gibt es das, was ich "sektorelle Neutralität" nennen möchte. Hier liegt sicher einer der entscheidenden Gründe, weshalb noch zerbrechliche Konföderationen, wie den Vereinigten Staaten in ihren Anfangszeiten und die Schweiz seit ihrer Gründung als Bundesstaat, für eine neutrale Außenpolitik optiert haben. Sektorelle Neutralität heißt, daß man für Neutralität dort optiert, wo deutlich wird, daß der zu erwartende Gewinn einer aktiven Außenpolitik in schwierigen Situationen geringer ist als die Kosten einer Spaltung oder Kontroverse unter den Mitgliedsstaaten und damit für Zusammenhalt der Union oder Konföderation. Deshalb scheint es der Überlegung wert, in Fällen, in denen das Verhältnis zwischen äußerem Gewinn und innerer Spaltung oder, umgekehrt, äußerer Abstinenz und innerem Zusammenhalt, ungünstig ist, für eine wenigstens zeit- oder eben teilweise Neutralität zu optieren.

### **Jackson**

Ich möchte einen Begriff aufgreifen, der bereits mehrfach, wenn auch eher flüchtig, erwähnt worden ist, der mir jedoch für die ganze Diskussion von zentraler Bedeutung zu sein scheint, nämlich "Legitimität".

Eine erfolgreiche Verfassung ist eine legitime Verfassung, und der Vorteil, über Legitimität zu sprechen, liegt darin, daß es die Debatte von der ideellen und rechtlichen Sphäre weg hin zur empirischen führt. Gleichwohl ist dies keine ausgesprochen britische Diskussion. Denn sie findet im Schatten eines großen Deutschen statt, Max Webers, dessen Ansatz zur Legitimität wir im Hinterkopf behalten sollten.

Wenn man sich das Europa der vergangenen dreißig Jahre anschaut, dann scheint sich die Europäische Gemeinschaft - die Europäische Union - einer weitgehenden Legitimität erfreut zu haben. Mit anderen Worten: Ihre Entscheidungen wurden entweder akzeptiert oder jedenfalls nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Es gab eine Legitimitätskrise Mitte der 60er Jahre um die Entscheidung de Gaulles, Frankreichs Stuhl leer zu lassen, was zum Luxemburger Kompromiß führte. Es hätte Mitte der 80er Jahre eine Legitimitätskrise über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt geben können, als unsere Regierung ernsthaft die Drohung in Erwägung zog, Zahlungen an den Gemeinschaftshaushalt zurückzuhalten. Ich entsinne mich lebhaft der Reaktion der Konservativen Partei im Parlament, als Frau Thatcher diese Möglichkeit andeutete. Es verbreitete sich sofort das Gefühl, so etwas tun Engländer nicht, und die Regierung nahm unter dem Druck des Parlaments schnell davon Abstand. Ich weiß jedoch nicht, ob sich das wiederholen würde, wenn die Frage erneut aufkäme. Es könnte wiederum eine mit Großbritannien verbundene Legitimitätskrise entstehen, falls die Frage der Grenzkontrollen mit zu viel Druck verfolgt wird. Die britische Regierung hat das bereits angedeutet.

Doch bis jetzt ist die Legitimität von Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union noch nicht nennenswert in Frage gestellt worden. Man sollte aber festhalten, daß in vielen Fällen die Durchsetzung europäischer Entscheidungen nicht erzwungen wurde. Das stellt die Legitimität nicht direkt in Frage, aber in gewisser Weise bedeutet es, die Augen vor Mißbrauch zu verschließen. Ich denke beispielsweise daran, daß die Milchquote in Italien überhaupt nicht befolgt wird. Und es gibt viele andere Beispiele, besonders in Südeuropa, wo Gemeinschaftsentscheidungen einfach nicht umgesetzt werden. Letztlich stellt das schon die Legitimität dieser Entscheidungen in Frage.

Ich frage mich daher, wie dieses große Projekt bislang mit einer fragwürdigen Legitimität funktionieren konnte. Einer der Gründe ist sicher, daß die Aufgaben, die die Europäische Gemeinschaft beziehungsweise die Europäische Union im Rahmen der politischen Aktivitäten im allgemeinen wahrnimmt, doch recht begrenzt sind. Sie beschränken sich letztlich auf den Gemeinsamen Markt und die gemeinsame Agrarpolitik als einen Teil davon. Dies ist ein Bereich, in dem der Freihandel grundsätzlich von allen Mitgliedsländern akzeptiert wird - wobei er vielleicht in Frankreich am meisten angefochten wird. Das heißt, diese Idee ist nicht sehr umstritten, sondern wird von vielen befürwortet, und diejenigen, die Bedenken haben, sind in der Minderheit. Mit anderen Worten, die begrenzten Funktionen und Aufgaben haben der Europäischen Union bisher zu einer beträchtlichen Legitimität verhelfen.

Analysiert man die Debatten über die institutionelle Struktur der Europäischen Union, so muß man zwischen mechanischem und organischem Verständnis von Legitimität unterscheiden. Bei der

mechanischen Legitimität geht es um Gesetzestexte, Institutionen und Übereinkommen, die angeblich Legitimität garantieren. Diese Körperschaften treffen bestimmte Entscheidungen, die legitim sind, weil sie so getroffen wurden. Ein extremes Beispiel dafür stellt die sogenannte Spinelli-Position dar, von der bereits die Rede war. Zu der Zeit, als Spinelli seine Vorschläge machte, war ich Mitglied des Europäischen Parlaments. Seine Vorstellung war: Als direkt gewählte Körperschaft hätte das Europäische Parlament ipso facto ein legitimes Recht, eine Verfassung zu verkünden, sozusagen als verfassungsgebende Versammlung für Europa zu agieren. Das ist der mechanische Begriff der Legitimität: Das Faktum der Wahl verleiht Legitimität; deshalb kann man handeln.

Doch es gibt noch einen anderen Begriff von Legitimität - den ich für richtiger halte;- , das organische Modell, das sich auf Max Weber bezieht, das Gefühl von Zugehörigkeit und Verpflichtung gegenüber einer Gemeinschaft, deren Entscheidungen man gewohnheitsmäßig akzeptiert. Und eben dies ist die Quelle der Legitimität, die wir in Europa in den letzten dreißig Jahren gehabt haben.

Ich muß jedoch den kritischen Einwand machen, daß diese Legitimität keine unmittelbare Legitimität von Europa an sich bedeutet. Es handelt sich dabei vielmehr um eine abgeleitete Legitimität. Sie leitet sich nämlich von den Mitgliedsstaaten ab. Tatsache ist, daß die Bürger der Mitgliedsstaaten Entscheidungen Europas gebilligt haben, weil ihre jeweiligen Staaten jene Entscheidungen mitgetragen, das heißt, die vereinbarten Verträge und Entscheidungen unterschrieben haben. Deshalb dürfte sich die Art von Legitimität, mit der wir es in Europa zu tun haben, nur als Konsequenz der Legitimität ihrer Mitgliedsstaaten ergeben.

Eine grundlegende Frage bezieht sich dabei auf das Gemeinschaftsempfinden der Menschen und ihr Identitätsgefühl. Inwieweit ist Europa, die Europäische Union, ein Gemeinwesen, dem sie sich zugehörig fühlen? Dies ist eine empirische Frage, die in den verschiedenen Ländern unterschiedlich beantwortet wird: Aber generell ist das Gefühl, ein "Europäer" zu sein, weder besonders intensiv, noch sehr verbreitet. Ich denke, diese Tatsache sollten wir zur Kenntnis nehmen.

Es könnte sein, daß im Laufe der Zeit durch Technologie, Kommunikation, Kultur, Kontakte, den Markt und die Wirtschaft das Gefühl einer europäischen Identität gestärkt wird. Aber man muß auch sehen, daß es Tendenzen gibt, die in die andere Richtung weisen. Die Grenzen Europas weiten sich, und es kommen andere Kulturen hinzu, die uns sehr fremd sind. Man wird die "acquis communautaires" verändern müssen, um sie aufzunehmen. Welche Wirkung auf die Legitimität Europas im Rahmen der vorhandenen Gemeinschaft wird beispielsweise die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik haben, die notwendig ist, um die osteuropäischen Länder zu integrieren? Herr Schäuble hat zu Recht gesagt, die europäische Integration sei ein Prozeß, der auch rückwärts gehen könnte. Aber ich schließe mich nicht seiner Folgerung an, eine Lösung des Problems in der Weise zu versuchen, daß man sich in noch schwierigeres und umstritteneres Gelände begibt.

Ich will abschließend auf meine Annahme zurückkommen, daß einer der Gründe, warum sich Europa bisher einer gewissen Legitimität erfreut hat, in dem relativ begrenzten Rahmen der von der Union übernommenen Funktionen liegt. Wir erreichen jetzt eine Stufe der europäischen Integration, wo wir nicht viel weitergehen können, wenn wir von der abgeleiteten nicht zu einer unmittelbaren Legitimität gelangen. Herr Gasteyger hat mit seiner Unterscheidung *l'impôt réel* und *l'impôt légal* auf diesen Punkt schon hingewiesen. Wir haben bisher in einem *pays légal* gelebt, der, wenn wir in der Integration weitergehen wollen, zu einem *pays réel* werden muß.

Das Problem ist, daß diese unmittelbare Legitimität auf einem Gefühl der Identität als Europäer basieren muß, das bislang noch fehlt und sich so schnell auch nicht entwickeln wird. Dies gilt zumindest für die öffentliche Meinung in Großbritannien, aber das gleiche dürfte auch in anderen Mitgliedsländern der Fall sein. Es kann daher sehr negative Folgen haben - worauf Herr Garton Ash hingewiesen hat;- , wenn wir in unseren Bemühungen, eine Verfassung zu erstellen, die Grenzen der Legitimität überschreiten, die uns vom Volk, das uns schließlich wählt, verliehen wurde.

## Hellström

Natürlich nähert sich Schweden der Regierungskonferenz beziehungsweise der Diskussion über die Zukunft Europas auf andere Weise als die alten Mitglieder; denn wir haben nicht ihre geschichtliche Erfahrung mit den europäischen Institutionen. Deshalb führen wir die Diskussion über 1996 nicht aus der Post-Maastricht-Erfahrung heraus, auch nicht von der Debatte über die Struktur neuer Institutionen her. Wir gehen von unserer sehr intensiven Debatte über das Referendum vom letzten Herbst aus, bei der es darum ging, was dieses Europa, dem wir da beitreten, für ein Wesen ist. Im September werden wir unsere ersten Wahlen zum Europaparlament abhalten. Wir bewegen uns also offensichtlich auf einer anderen Bahn, die durchaus eine intensive politische Diskussion über Europa beinhaltet, aber doch aus einem anderen Blickwinkel geführt wird.

Was sich derzeit in Schweden entwickelt, ist vielleicht unser sehr eigener Ansatz. Wir diskutieren nicht über Europa nach Maastricht oder neue Institutionen, sondern darüber, wie die Europäische Union mehr auf jene Probleme eingehen könnte, bei denen der Normalbürger europäische Lösungen erwartet: Arbeitslosigkeit, bessere Umwelt, Kampf gegen Kriminalität. Inwieweit vermag die Union mittels ihrer gegenwärtigen Institutionen mit diesen Problemen umzugehen, beziehungsweise wie müssen die Institutionen verändert werden, damit sie mit den Problemen fertig werden, die den Bürgern wichtig sind? Auf welchen Gebieten sind europäische Lösungen überhaupt notwendig? Die institutionellen Probleme sehen wir vielleicht mehr als die anderen Länder unter dem Aspekt der Sachfragen.

In der Diskussion über unsere Mitgliedschaft im Herbst letzten Jahres haben sowohl die Befürworter als auch die Gegner den Charakter der Regierungskontakte beziehungsweise die neuen Bereiche der Zusammenarbeit, die sogenannten zweiten und dritten Pfeiler des Vertrags von Maastricht, hervorgehoben. In dieser Hinsicht gibt es einen Konsens über die Entscheidungsfindung auf Regierungsebene in bezug auf die neuen Bereiche. Auf der anderen Seite vertritt Schweden als kleines Land grundsätzlich die Auffassung, daß es im Falle des Beitritts zu einer internationalen Organisation in unserem Interesse ist, die Organisation zu stärken. Dies war unsere Erfahrung mit den Vereinten Nationen und auf vielen anderen Gebieten. Deshalb könnte sehr wohl ein Konflikt entstehen, wenn wir die Rolle der Kommission für die Aufgaben stärken wollen, die zum Beispiel aus dem zweiten oder dritten Pfeiler des Vertrags von Maastricht entstanden sind.

Ich vermute, daß der dritte Pfeiler 1996 in allen Ländern eine besonders wichtige Rolle spielen wird, weil die Zusammenarbeit nur auf Regierungsebene nicht funktionieren kann. Ohne die regierungsübergreifenden Strukturen wäre aber die Akzeptanz der öffentlichen Meinung dafür nicht zu gewinnen. Es könnte daher zu einem Konflikt kommen zwischen unserer Absicht, die europäischen Institutionen stärken zu wollen, und dem Wunsch, als souveräne Nation nicht von den mächtigen Staaten in unseren Entscheidungsprozessen überrannt zu werden.

Zwei Punkte aus der bisherigen Diskussion möchte ich noch aufgreifen. Zunächst die Frage der Legitimität und dann die von Timothy Garton Ash erwähnte Formulierung der Verfassung im Sinne von "We the people ... " oder "Wir, die Politiker ... ".

Wo läßt sich eine Legitimität finden, die die öffentliche Akzeptanz der politischen Diskussion und Verantwortung in Europa beinhaltet? Herr Schäuble und andere erwähnten Vorschläge, nach denen eine Stärkung des Europäischen Parlaments eine solche Legitimität mit sich bringen würde. In Schweden haben wir vor geraumer Zeit über ein europapolitisches Zukunftsszenario diskutiert. Wenn eine Regierung oder ein Kommissar in einem Land versagt hat, muß es möglich sein, dies in einer politischen Diskussion europaweit zum Thema zu machen. Aber wie können wir das Versagen eines Ministerrats oder eines Kommissars diskutieren, wenn es dafür keine politische Plattform gibt?

Bis heute sind alle unsere Zeitungen national. Es gibt kein europäisches Forum, auf dem über die Verantwortlichkeit von Politikern debattiert werden kann. Es gibt keine europäische Tageszeitung. "The European" ist eine englische Zeitung. Es gibt nur eine rein europäische Zeitung, nämlich den "International Herald Tribune", und der ist amerikanisch. Wie will man also eine öffentliche Diskussion führen, die Rechenschaft fordern kann, solange all unsere Diskussionsforen im Zeitungswesen national sind?

Herrn Schäuble möchte ich eine Frage zu seinem Konzept eines "Kern-Europa" stellen. Ich habe niemals wirklich verstanden, wie sich dieses Kern-Europa, in dem Deutschland, Frankreich und vielleicht die Beneluxstaaten mit der Währungsunion vorangehen, mit der Ausweitung der Mitgliedschaft nach Osten verträgt. Wenn man ein Kern-Europa mit der Europäischen Währungsunion hat und damit die D-Mark gegenüber einer begrenzten Zahl von Ländern aufgibt, würde Deutschland mehr zahlen müssen, und die Aufnahme von Polen, Ungarn, Estland würde teurer werden, als wenn dies von allen 15 Staaten getragen werden müßte. Ich kann mir ein Kern-Europa ohne Osterweiterung vorstellen; aber es fällt mir schwer, ein Kern-Europa zu verstehen, dem es ein starkes Anliegen ist, die osteuropäischen Länder zu Mitgliedern zu machen.

In diesem Zusammenhang habe ich eine weitere Frage an Herrn Schäuble zur Mitgliedschaft in der NATO und deren Erweiterung. Das ist freilich kein Problem für Schweden, da wir keinem Militärbündnis angehören und das auch weiterhin so halten wollen. Wie stellen Sie es sich vor, die osteuropäischen Länder- Polen, Ungarn und andere - allmählich zu NATO-Mitgliedern zu machen, ohne damit Unsicherheit zu schaffen und einen Konflikt mit Rußland zu riskieren? Wie sieht Ihre Rußlandpolitik aus? Welche Art vertrauensbildender Politik gegenüber Rußland müßte parallel zur NATO-Erweiterung betrieben werden? Ohne eine starke vertrauensbildende Politik im Hinblick auf Rußland - sowohl was die Wirtschaft, als auch was die Sicherheit angeht - könnte die Ausweitung der

NATO nach Osten einen heißen Konflikt mit Rußland heraufbeschwören. Das macht diese Ausweitung nach Osten so schwierig.

### **The Lord Dahrendorf**

Auf diese Kernfrage und das Problem der Erweiterung werden wir im Verlaufe der Diskussion noch einzugehen haben. Es wäre gut, wenn zuvor die britische Sicht vervollständigt würde. Wir haben bisher einen Berater des Außenministers, den Herausgeber des Sunday Telegraph, und ein konservatives Mitglied des Parlaments gehört. Der Guardian gilt nicht als konservative Zeitung, auch nicht sein wirtschaftspolitischer Leiter, Will Hutton.

### **Hutton**

Ich möchte etwas Positives zu Europa sagen, was auch Herrn Schäuble, Theo Sommer und Herrn Casanova ermutigen dürfte. Dennoch gibt es Dinge, die Herr Maclay und Charles Moore dargelegt haben, die es wert sind, bei der Unternehmung Europa berücksichtigt zu werden. Das gilt insbesondere für die starke Reaktion auf den fehlgeschlagenen Versuch, das EWS in England einzuführen. Es wäre eine Katastrophe, wenn der harte Kern eine einheitliche Währung einführt, die dann nicht funktioniert. Das würde die europäische Sache tatsächlich um zehn Jahre, möglicherweise um eine Generation zurückwerfen. Hier muß mit äußerster Vorsicht herangegangen werden.

Herr Maclay, ich glaube nicht, daß es richtig ist, wenn Sie sagen, die britische Wirtschaft sei negativ gegenüber Europa eingestellt. Das gilt im übrigen auch für die öffentliche Meinung in England, die nicht so negativ ist, wie Sie es dargestellt haben. Von den hundert größten Firmen unterstützen nur dreißig die Konservative Partei, manche haben ihre Spenden reduziert, und viele wollen den Konservativen gar nicht helfen. Deshalb ist der Dialog, den die Konservative Partei mit der britischen Wirtschaft führt, auf einen sehr kleinen Kreis von Unternehmen beschränkt. Eine beträchtliche Gruppe in der Londoner City würde sich entweder enthalten oder für Labour stimmen, wenn die Frage wäre: In Europa drin zu bleiben oder rauszugehen. Die Mehrheit des produzierenden Gewerbes in England würde das genauso sehen.

Die Schwierigkeit für die britische Rechte besteht darin, daß es ein starkes Interesse gibt, in der Europäischen Union zu bleiben, und sie dadurch genötigt ist, für die Integration zu arbeiten. Die Sanierung der britischen Autoindustrie etwa, die im Jahre 2000 zwei Millionen Fahrzeuge produzieren wird, wurde um interne Investitionen geplant in der Erwartung, daß Großbritannien ein aktives Mitglied des einheitlichen Binnenmarktes bleiben wird. Die britische Rechte ist in dieser Frage gespalten, weil ihre Interessen gespalten sind. Nur jene Gruppe in der City, die vom Handel mit Derivaten abhängt und keinerlei Regulationen benötigt, sowie einige internationale Unternehmen sind an einer Verlangsamung des europäischen Prozesses interessiert. Die anderen wollen, daß es vorangeht.

Die Linken verfolgen das Projekt, in England so etwas wie eine soziale Marktwirtschaft aufzubauen, wobei man die Europäische Union als Verbündeten betrachtet. Ich würde es deshalb für falsch halten, zwischen Volk, Eliten und politischer Klasse allzusehr zu unterscheiden. Tatsächlich sind nur etwa die Hälfte der Finanzwelt und eine Minderheit außerhalb dieser Kreise wirkliche Euro-Skeptiker. Auch in der Konservativen Partei ist der Anteil nur gering. In der Labour Party, die sich zur Zeit gerade hinter dem Projekt der sozialen Marktwirtschaft sammelt, gibt es fast einhellige Zustimmung, weil man den Weg dorthin nur auf europäischer Grundlage sieht. Das gleiche gilt für die Liberaldemokraten. Zusammengenommen verkörpern die Hälfte der Konservativen Partei sowie die Labour Party und die Liberaldemokraten rund Dreiviertel der öffentlichen Meinung in Großbritannien, die sich bisher allerdings nicht in der praktischen Politik artikulieren konnten, was in den kommenden Jahren vielleicht der Fall sein wird.

Damit komme ich zur Frage der Zielsetzung. Selbst wenn wir uns insgesamt in Richtung auf eine eher pro-europäische Position zubewegen, werden wir Briten grundsätzlich an unserem Pragmatismus festhalten, und das ist auch richtig so. Es wird einige Skepsis gegenüber gewissen Aspekten des Maastricht-Vertrags geben, die nicht wirklich sachlich begründet sind. Einer dieser Aspekte ist die einheitliche Währung. Herr Jackson hat durchaus recht: Es geht darum, Wege zu finden, die die europäische Integration in der Sache voranbringen. Ich würde das als einen Weg sehen, wie man vorgehen könnte. Nebenbei bemerkt, das britische Militär ist sehr pro-europäisch eingestellt und ist alarmiert durch die Entwicklung des Eurokorps, an dem es bislang nicht beteiligt ist. Das Militär könnte sich durchaus vorstellen, darin eine bedeutende, wenn nicht sogar eine führende Rolle zu spielen und ist besorgt, daß dies ein weiteres europäisches Projekt ist, von dem es, wie 1956, ausgeschlossen wird.

Die deutschen und französischen Teilnehmer hier sollten also nicht den Eindruck gewinnen, daß es zur Zeit in England nur Euro-Skepsis gibt. Tatsächlich ist es wohl umgekehrt: Die öffentliche Meinung in Großbritannien tendiert überwiegend zu einer hochpragmatischen pro-europäischen Sichtweise, die nach angemessenen Wegen sucht, die europäische Sache voranzubringen. Unsere mittelständischen Unternehmer, unser Militär und ein Großteil der englischen Finanzwelt möchten beim Prozeß der europäischen Einigung dabei sein.

### **Maclay**

Vieles von dem, was Will Hutton sagt, ist durchaus gescheit, und es ist für unsere ausländischen Gäste sicher nicht uninteressant, ein wenig in die Tiefen der englischen Besorgnis eingeweiht zu werden. Da ich hier in gewissem Sinne die britische Regierung vertrete, möchte ich betonen, daß diese Regierung und die mit ihr verbundene Partei sich auf gar keinen Fall aus Europa herauswinden will. Ihr europäisches Engagement ist so fest, wie Will Hutton sagt, daß es sein sollte. Unsere kleine Gruppe von Engländern hier zeigt sich nach den Kategorien von Timothy Garton Ash tatsächlich als anmutige Außenseiter oder Skeptiker, und Sie müssen herausfinden, wer zu welcher Gruppierung gehört. In gewissem Sinne sind wir in bezug auf Europa alle Skeptiker, und als Europäer müssen wir das auch sein. Wenn wir den großen Sprung nach vorne tun wollen, ohne das, was Will Hutton beschreibt, sehr gründlich zu bedenken, würde sich eine gescheiterte Währungsunion für uns alle schlecht auswirken. Am Ende haben wir nichts gelernt und nichts vergessen.

Die britische Regierung wird zur Regierungskonferenz sehr klare und positive Vorstellungen mitbringen. Wir wollen ein erweitertes, nach außen orientiertes, wettbewerbsfähiges Europa, das auch in der Lage ist, sich selbst zu verteidigen. Europa muß viel größere Verantwortung für seine eigene Sicherheit und Verteidigung übernehmen. Wenn wir den Verlauf des bisherigen Gespräches als Maßstab nehmen, so werden wir sicher auf immer mehr Übereinstimmung stoßen je weiter wir in die einzelnen Politikbereiche einsteigen. Ich fand Herrn Schäubles Darlegungen in der Tat sehr hilfreich. Er hat deutlich gemacht, welche Fragen wir gemeinsam angehen müssen.

In der Philosophie können wir Engländer mit 300 Jahren deutschem Denken nicht besonders gut mithalten, selbst in Oxford nicht. In der Praxis, bei den tagtäglichen Verhandlungen, an denen ich häufig beteiligt bin, ist die Zusammenarbeit mit unseren deutschen und französischen Freunden jedoch äußerst erfolgreich. Meine Regierung und auch ich persönlich erwarten, daß die Konferenz 1996 auf dieser Realitätsebene ebenfalls in der Sache erfolgreich sein wird. Deshalb ist meine Hoffnung, daß die Entwicklung nicht ganz so bedrückend ist, wie dies während der Diskussion hier mitunter den Anschein hatte.

### **Weidenfeld**

Gewisse Schärpen in der britischen Europadebatte relativieren sich durch eine Art tiefenpsychologisch geprägter Erwartung, daß Großbritannien nicht noch einmal den fahrenden Zug verpassen will. Wenn man den feinsinnigen Gedankengängen von Timothy Garton Ash folgt, fällt jedenfalls auf, daß erstmals in der Geschichte der europäischen Einigung die Möglichkeit zu bestehen scheint, die Traditionslinien der britischen Europapolitik mit denen der kontinentalen Europapolitik enger zu verknüpfen.

Worum es jetzt geht, ist doch nicht, den Traum der fünfziger Jahre nostalgisch zu zelebrieren. Wir haben es vielmehr mit einem politischen System zu tun, das einen gewissen Sättigungsgrad an Integration erreicht hat und das ebenso seine Schattenseiten offenbart wie jedes andere politische System auch. Wir stehen heute an einem Punkt, wo jeder weitere Reformschritt ganz anderen Begründungszwängen unterliegt, als das in den zurückliegenden Jahrzehnten der Fall war. Insofern ist dieser Hauch von britischer Europa-Skepsis durchaus eine positive Tugend, indem man die nächsten Schritte eingehend auf ihre Konsequenzen hin überprüft.

Was mich im Blick auf die Reformdebatte mehr besorgt, ist, daß sie im Grunde dort anfängt, wo Maastricht geendet hat, und so tut, als sei die logische Konsequenz, an Maastricht I nun millimetergerecht Maastricht II anzupassen. Dabei wird leicht vergessen, daß Maastricht I haarscharf an einem Scheitern vorbeigeschliddert ist. Maastricht I war gewissermaßen der Höhepunkt der traditionellen Reformdebatten der europäischen Integration. Mit jeder Reform ist Europa verwinkelter und unüberschaubarer geworden. Das heißt, Maastricht I bildet das Ende dieses Typs von Reformen. Ein zweites Mal wird eine solche geradezu mythologische Undurchschaubarkeit nicht die Zustimmung der europäischen Bürger finden. Die gegenwärtige Reformdebatte läuft aber genau wieder in die Richtung von Maastricht I. Das heißt, wir erleben erneut diese expertokratische Detailbesessenheit in

einer undurchschaubaren Insiderdebatte, die, wenn sie so weitergeht, nur in einem Desaster enden kann.

Von daher fand ich interessant, daß Timothy Garton Ash noch eine andere Variante vorgeführt hat, als er auf seine Ziele zu sprechen kam. Es sollte in der nächsten Zeit entscheidend darum gehen, dafür Lösungen anzuvisieren. Es bleibt abzuwarten, inwieweit das gelingt.

In diesen Kontext paßt dann das Bild der differenzierten Integration, die es - da hat Herr Schäuble recht - heute bereits gibt. Die Liste der Differenzierungen ließe sich im übrigen noch um weitere Punkte anreichern. So hat etwa der Binnenmarkt zum Umweltschutz oder zum Arbeitsschutz eine Fülle von Ausnahmen eröffnet. Und die jeweiligen Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaften kannten auch bisher schon langfristige Übergangsregelungen. Spanien ist erst 1993 tatsächlich ohne jede Einschränkung zum Vollmitglied geworden. Diese Differenzierungen sind also nichts Neues. Mit jedem weiteren Wachstum der Europäischen Union wird die Heterogenität zunehmen, die nach solchen Differenzierungen verlangt. In diesem Kontext ist die entscheidende Frage bei der Osterweiterung nicht, was die Länder Osteuropas zur Union beitragen können, sondern wie die Regierbarkeit der EU gewährleistet werden kann, wie also die konstitutionelle Ausstattung aussehen müßte.

Hier setze ich das eigentliche Fragezeichen. Eine differenzierte Europäische Union stellt immense Anforderungen an die Steuerungsfähigkeit des ganzen Systems. Da fehlt es bisher entschieden an Steuerungswillen und Führungsdisziplin, nicht zuletzt deshalb, weil kein Politiker sein vitales Interesse mit dem Integrationsvorgang verbindet. Am Ende sind es immer andere Legitimationszwänge, die den Ausschlag geben. Das ist bei Maastricht I sehr deutlich geworden. Anfangs gab es viel guten Willen, und am Ende reichte die Kraft nicht aus, den ursprünglichen Ansatz durchzuhalten. Der ganze Prozeß zerfaserte, und ich möchte nicht wissen, wie viele der Maastricht-Teilnehmer am Ende wirklich noch wußten, was sie da unterschrieben haben.

Des weiteren weise ich daraufhin, daß der Magnetismus der europäischen Integration in der Vergangenheit immer seine Anziehungskraft bewiesen hat. Großbritannien ist seinerzeit doch nicht aus altruistischen Gründen beigetreten, sondern hat sich durchaus Vorteile ausgerechnet. Das gilt auch für die anderen Beitritte und ebenso für die Inhalte des Integrationsprozesses. Das, worüber heute in Brüssel entschieden wird, stand nicht schon komplett in den Römischen Verträgen. Die Tagesordnung einer normalen Ministerratssitzung enthält zu über 50 Prozent Themen, die ohne ursprüngliche vertragliche Regelung nach Europa abgedriftet sind. Nicht anders ist es bei den Strukturen. Weder von Europäischer Politischer Zusammenarbeit (EPZ) noch vom Europäischen Währungssystem ist in den Verträgen die Rede.

Einen Satz aus dem Referat von Herrn Schäuble möchte ich abschließend noch einmal unterstreichen. Die Integration sei nicht irreversibel, haben Sie gesagt. In der Tat, so ist es das gilt im übrigen in der Politik generell. Zweifellos hat sich der Integrationsvorgang schon seit 1989 erheblich verändert. Wenn man genau hinsieht, spielt seitdem das "balance of power"-Denken wieder eine ganz andere Rolle im Vergleich zu den 70er und 80er Jahren. Für die Währungsunion beispielsweise sind nicht währungstechnische Gründe entscheidend, sondern eben Fragen des Machtgleichgewichts und der Reversibilität.

Karl W. Deutsch hat in seinen Untersuchungen klargemacht, daß die Integration dann gelingt, wenn die beteiligten politischen Eliten glauben, daß sie dadurch mehr gewinnen als verlieren. Und meine Frage ist: Wie denken die politischen Eliten heute über die Integration? Der Eindruck ist sicher nicht ganz falsch, daß die Eliten meinen, jede weitergehende Integration werde ihnen eher Verluste zufügen als Gewinne bringen. Das macht die integrationspolitischen Auseinandersetzungen jetzt so schwierig.

### **Makarczyk**

Herr Gasteyger deutete an, daß er sich hier ein wenig fremd vorkomme, da die Schweiz weder Mitglied der NATO noch der Europäischen Union ist. Was soll ich da erst sagen! Um die Klassifikation von Herrn Garton Ash zu benutzen, könnte ich mich als Pole als Mitglied von Europa 2a bezeichnen. Europa 1 ist nach seinen Worten das Europa der EU und der NATO. Europa 2a sind die 15 Länder, die in einem gewissen Sinne auserwählt sind, in ferner Zukunft Mitglieder beider Organisationen zu werden. Und zu 2b zählt er jene Länder, die auf dem europäischen Kontinent von der Sowjetunion übrig geblieben sind. Ich denke, ich habe das richtig verstanden.

Gegen diese Aufteilung habe ich einen Einwand. Es geht nicht um die Anzahl. Aber wenn sie neben das Europa 1, wie Sie es beschrieben haben, Europa 2 und Europa 3 stellen würden, könnte ich



leichter zustimmen. Wenn Sie jedoch von 2a und 2b sprechen, bedeutet dies, daß beide in etwa gleich sind und nur geringfügige Unterschiede aufweisen. Ich glaube nicht, daß Sie dies wirklich so meinen. Denn ein Land, das Grausamkeiten in Tschetschenien begeht, läßt sich nicht vergleichen mit Ländern wie Ungarn, der Tschechischen Republik oder auch der Slowakei, die sich gegenwärtig in einem sehr schwierigen Umwandlungsprozeß befinden.

Wogegen ich mich noch stärker wehre, ist, alle 15 Länder insgesamt in die Kategorie 2a zu tun, also in einen gemeinsamen Topf zu werfen. Es gibt verschiedene Gründe für diesen Einwand, einige davon sind geschichtlich bedingt. Schließlich darf man nicht vergessen, daß es Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei waren, die den ganzen Umwandlungsprozeß begonnen haben. Die Zerschlagung des Kommunismus sowie die darauffolgende Wiedervereinigung Deutschlands waren das Ergebnis eines längeren historischen Prozesses, der nicht erst in den 80er, sondern schon in den 70er Jahren anfang. Jaruzelski wird jetzt vor einem Gerichtshof angeklagt, im Jahre 1970 Hafearbeiter getötet zu haben. Das heißt, die Befreiung vom Kommunismus war ein lange währender Kampf. Ich halte es deshalb für historisch unrichtig, Albanien, Rumänien, Polen und die Tschechoslowakei in einem Atemzug zu nennen.

Das ist nicht nur historisch unangemessen, sondern auch ungerecht, wenn es um die Aussichten auf einen Beitritt zu den europäischen Institutionen geht. Wir machen große Anstrengungen, unsere Länder unter sehr schwierigen Bedingungen so gut wie wir können zu organisieren. An dieser Stelle erwähne ich die Visegrád-Gruppe, die in Herrn Garton Ashs Darstellung völlig fehlte, die aber Herr Casanova zum Glück genannt hat. Die Visegrád-Gruppe erscheint jetzt unwichtig, weil sich die Situation verändert hat. Es gibt eine quasi-kommunistische Regierung in Polen. Sie ist nicht wirklich kommunistisch, denn als der neue Außenminister Bartoszewski gefragt wurde, wieso er in eine kommunistische Regierung eintreten könne, antwortete er: "Wenn ich der Regierung angehöre, ist sie nicht mehr kommunistisch." Gleiches gilt für zwei weitere klassische Ministerien, das der Verteidigung und des Inneren, die ebenfalls Leuten der Solidarnosc unterstehen, also nicht von den Kommunisten beherrscht werden.

Aber Visegrád war in bestimmten Situationen außerordentlich wichtig. Zur Zeit des Putsches in Moskau war ich Außenminister. Ich habe sofort die Initiative ergriffen und meine beiden Kollegen aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn 24 Stunden nach dem Putsch zu einer Konferenz nach Warschau eingeladen. Damit konnten wir der Welt ein deutliches Signal geben, das auch im Westen verstanden wurde. Das zeigten die Anrufe des damaligen Generalsekretärs der NATO, Manfred Wörner, und aus Holland, das seinerzeit die Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft innehatte und die mich nach meiner Einschätzung der Situation fragten. Das Interesse verlor sich allerdings sehr schnell, als der Putsch vorüber war.

Wenn Sie also die Visegrád-Länder und auch die baltischen Staaten mit all den anderen zusammentun, beschneiden Sie zumindest deren psychologische Perspektiven, die jedoch ebenso wichtig sind wie die politischen und wirtschaftlichen Perspektiven. Mit der Klassifikation von Herrn Garton Ash bin ich deshalb überhaupt nicht einverstanden und würde sie mit einem Wort von Gorbatschow als "altes Denken" bezeichnen.

Dann die Frage der Grenzen in einem vereinten Europa. Eine alte Definition von Europa, die ich ablehne, besagt, Europa höre dort auf, wo die gotischen Kathedralen enden. Mit dieser Definition würde ein Teil Polens von Europa abgetrennt. Eine bessere Definition zu finden, ist zwar schwierig, aber ich halte die folgende für ganz annehmbar: Man sollte die Grenzen Europas dort ziehen, wo die Menschenrechte und die Gesetze der freien Marktwirtschaft enden.

Ich habe in dieser Hinsicht interessante Gespräche mit den Amerikanern geführt. Wir stimmten darin überein, daß unsere Sicherheit um so besser garantiert ist, je weiter wir die Menschenrechte, die Demokratie und den Rechtsstaat nach Osten bringen. Ich habe auch den Russen klarzumachen versucht, daß es eine Chance für sie sei, wenn Rußland ein Land wird, das die Menschenrechte respektiert. Meine Gesprächspartner auf russischer Seite, Politiker und Generäle, haben mich dabei ein wenig verständnislos angesehen, obwohl sie allmählich begriffen, daß ich nicht nur von Menschenrechten im allgemeinen sprach, sondern auch die spezifische Situation in Rußland meinte.

Verständlicherweise gab es eine große Auseinandersetzung in der polnischen Politik darüber, wie mit dem neuen Rußland umzugehen sei. Mit Deutschland war es viel leichter, weil man sofort eine gemeinsame Sprache fand. Doch mit Rußland war das ein langer Prozeß.

Als der Abzug der russischen Truppen aus Polen und Deutschland begann, hieß es stets von russischer Seite: "Wir haben euch von den Deutschen befreit. Ihr seid undankbar. Warum sollen wir weggehen? Eure Sicherheit steht auf dem Spiel. Ihr werdet es bedauern, daß ihr uns wegschickt;

denn es wird wieder eine Bedrohung durch Deutschland geben", und so weiter. Ich habe mich auf diese Argumentation nicht eingelassen und gesagt, dies sei eine neue Situation und Rußlands einzige Chance bestehe darin, ein demokratisches, friedliebendes Land zu werden, das die Menschenrechte respektiert und eine freie Wirtschaft aufbaut.

Eine Bemerkung zu Herrn Hellströms Besorgnis, was die Ausweitung der NATO angeht und die Unsicherheit, die die Russen dabei empfinden mögen. Ich habe da eine ganz andere Auffassung. Wir hatten kürzlich Besuch in Warschau von Herrn Gajdar, dem früheren russischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der größten demokratischen Partei Rußlands. Er sagte, es sei nicht wahr, daß die Russen sich von der NATO bedroht fühlten. Das sei lediglich ein politisches Spiel. "Wir glauben überhaupt nicht daran", so Gajdar. Ich weiß, daß viele ernstzunehmende Politiker aus dem russischen Establishment nicht daran glauben.

Bei einem Besuch in Moskau habe ich Herrn Kwizinskij, den damaligen Staatssekretär des Äußeren, einen Hardliner, gefragt, warum Rußland die NATO mit so viel Mißtrauen betrachte. Er antwortete darauf in seiner typischen Art: "Weil wir nicht nur die Dokumente lesen, die Sie uns schicken." Wahrscheinlich glaubte er an das, was er sagte. Ich hoffe, es gibt jetzt eine neue Generation von russischen Politikern, die das nicht mehr glauben. Wenn Sie also davor warnen, die NATO nicht auszudehnen, weil Rußland Befürchtungen hege, dann stärkt man damit tatsächlich die konservativen Kräfte in Rußland und liefert ihnen Argumente an die Hand, die den Einfluß von Leuten wie Schirinowski unterstützen. Aber was hat Schirinowski schon für eine Zukunft?

Der Westen muß klar darauf bestehen, daß die NATO ausgeweitet wird. Der Wandel in der russischen Position ist bereits zu erkennen; die Russen lehnen nur noch die Stationierung von Streitkräften und Atomwaffen der NATO auf dem neuen Gebiet ab. Das sind die gleichen Bedingungen wie vor der Wiedervereinigung Deutschlands. Auch damals hieß es: in Ordnung, aber keine NATO-Streitkräfte in Ostdeutschland. Das haben sie dann völlig vergessen. Hier geht es um ein politisches Spiel und um nichts anderes.

Wir waren in Polen über einige westliche Politiker und bestimmte Tendenzen in Washington sehr besorgt, als es hieß: Wir können die NATO nicht ausweiten. Das hat sich glücklicherweise geändert. Hoffentlich bleibt auch der neugewählte amerikanische Kongreß bei dieser Haltung und verstehen die Amerikaner, daß sie den Russen eine sehr gefährliche Waffe in die Hand geben, wenn sie ihnen die Möglichkeit einräumen, nein zu sagen. Ich hoffe, das wird nicht geschehen.

Schließlich noch eine Bemerkung zur Übertragung von Souveränität. Das ist ein wichtiges Thema, das man den Menschen in meinem Land und in anderen mitteleuropäischen Ländern deutlich machen muß. Es ist insofern ein heikles Thema, als wir unsere Souveränität erst vor kurzem wiedererlangt haben. Im Entwurf für die neue polnische Verfassung gibt es eine besondere Klausel, in der es heißt, Teile der Souveränität des Landes sind auf internationale Organisationen zu übertragen, wenn wir ihnen eines Tages angehören. Wir haben dies bereits im Hinblick auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in bescheidenem Maße getan. Wenn es jetzt aber heißt, wir müßten auf Souveränität zugunsten europäischer Institutionen verzichten, wäre die Bevölkerung wahrscheinlich einverstanden, aber man müßte ihr erklären, warum das so sein muß und welche Folgen es hat. Wenn wir Mitglied sind, müßte eines der Prinzipien die absolute Gleichbehandlung sein. Es darf dann keine unterschiedlichen Zonen oder graue, schwarze oder weiße Kreise geben. Wenn wir einen Teil unserer Souveränität aufgeben, muß von Anfang an klar sein, daß wir die gleichen Rechte haben wie die anderen Mitgliedsländer.

### **Ischinger**

Meine erste Bemerkung gilt der Zusammensetzung Europas und ergänzt die Ausführungen von Herrn Makarczyk. Der Kreis der europäischen Staaten, die dem erweiterten Europa künftig angehören werden, ist recht klar definiert. So haben zehn Staaten eine konkrete Perspektive auf Mitgliedschaft, nämlich die vier Visegrád-Staaten, die drei baltischen Staaten sowie Bulgarien, Rumänien und neuerdings Slowenien. Einsichtig dürfte auch jedermann sein, daß man der russischen Föderation wohl kaum eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union anbieten kann. Aber wie steht es um Staaten wie die Ukraine, Serbien oder die Türkei? Ist deren Mitgliedschaft von vornherein auszuschließen, wie hier gemeint wurde?

Wenn etwa auf die gotischen Kathedralen verwiesen wurde, dann kann eine solche Argumentation dahin führen, daß am Ende die östliche und südöstliche Grenze Europas dort verläuft, wo das katholische Christentum aufhört und Islam und Orthodoxie beginnen. Kann so unsere Antwort auf die Frage nach den Grenzen Europas lauten? Ich jedenfalls würde keineswegs dafür plädieren, irgendeines der balkanischen Völker auszuschließen, schon gar nicht Serbien, auch wenn im

Augenblick wenig für eine solche Perspektive spricht. Ich meine also, daß die Frage nach den Grenzen Europas heute nicht abschließend zu beantworten ist. Es ist zweifellos wichtig, wenn wir klar sagen, wer in einem überschaubaren Zeitraum dazugehören wird und wer mit Sicherheit nicht. Aber den Zwischenraum sollten wir offen lassen; es wäre politisch unklug, darüber jetzt zu spekulieren.

Wie steht es - zweitens - um den Inhalt und die Ziele der Verfassung Europas? Theo Sommer hat sicher recht, wenn er von Europa sagt: Es bewegt sich doch. Das gilt nicht zuletzt auch für die Diskussion in Großbritannien, und hier interessanterweise auf einem Gebiet, das für die künftige Entwicklung der Europäischen Union außerordentlich wichtig ist, nämlich in der Verteidigungspolitik. In vielen öffentlichen Diskussionen wird übersehen, wie sehr sich die Auffassungen der britischen Regierung in der Frage der europäischen Verteidigungskonstruktion im Laufe der letzten 18 Monate gewandelt haben. Großbritannien hat jedenfalls als erstes Land einen konkreten Beitrag zur künftigen Rolle der Westeuropäischen Union und zur Einbeziehung von verteidigungs- und sicherheitspolitischen Überlegungen beigesteuert, auch wenn diese Vorschläge nicht sehr proeuropäisch aussehen und ich sie in der Substanz zum Teil ablehnen würde. Weder die französischen Partner noch die Deutschen haben zu diesem Komplex bisher ihre Vorstellungen auf den Tisch gelegt.

Nun hat Timothy Garton Ash in seiner Auflistung der Frage der Friedensbewahrung höchste Priorität eingeräumt. Um so erstaunlicher ist es, daß wir das Grundelement gemeinsamer Sicherheit, nämlich die gegenseitigen Schutz- und Beistandsverpflichtungen, bisher überhaupt noch nicht angepackt haben. Ich meine also, wenn wir uns mit Inhalt und Zielen einer europäischen Verfassung befassen, kann es nicht nur darum gehen, sozusagen nur Regeln für die Kompetenzverteilung aufzustellen. Müßte sie dann nicht auch eine gegenseitige Schutz- und Beistandsverpflichtung enthalten, gerade auch im Hinblick auf die Perspektive Währungsunion?

Schließlich noch einige Worte zum Prozeß. Welche Ergebnisse können wir aus der Regierungskonferenz 1996 erwarten? Da ich als Regierungsbeamter mit diesem Prozeß zu tun habe, möchte ich mit aller Entschiedenheit sagen: Überlassen Sie diesen Prozeß nicht uns Beamten! Bei allem Selbstrespekt: Ich glaube nicht, daß Beamte Europa schaffen können. So ist ja auch die bisherige Entwicklung in Europa nicht gelaufen, und eine Verfassung, die Erfolg haben soll, ist auf diese Weise noch nie zustande gekommen. Wenn Maastricht II besser und für den Bürger durchschaubarer ablaufen soll als Maastricht I, dann brauchen wir einen sehr viel stärkeren politischen Input. Dann müssen sich die Politiker unmittelbar einbringen. Sonst wird das nichts.

Ob die ambitionierten Zielsetzungen, die von deutscher Seite - auch in diesem Gespräch genannt werden, Aussicht haben, auf der Regierungskonferenz 1996 verwirklicht zu werden, steht auf einem anderen Blatt. Für mich ist dabei entscheidend, ob wir für diese Position einen Partner finden, und dafür kommt nach Lage der Dinge nach wie vor nur Frankreich in Frage. Insofern würde ich also Herrn Garton Ash widersprechen. Wenn es überhaupt eine Chance gibt, die deutschen Ziele voranzutreiben, dann mit Frankreich.

Aber selbst wenn wir nicht sicher sind, diese Ziele zu erreichen, sind wir es insbesondere den kleineren europäischen Staaten schuldig, uns dafür nachhaltig zu engagieren. Denn diese Staaten setzen auf uns, weil sie ihre Interessen stärker in einem Europa gesichert sehen, das der Schäubleschen Vision, als in einem Europa, das der britischen Vision entspricht. Das gleiche gilt aus meiner Sicht für die künftigen Mitgliedsstaaten. Die Länder Ostmitteleuropas wollen einem starken und nicht einem schwachen Europa beitreten. Von daher glaube ich auch nicht, daß wir den künftigen Mitgliedern heute schon Mitwirkungsrechte einräumen müssen. Worauf es ankommt, ist, ob es uns gelingt, die Europäische Union durch unsere Reformbemühungen attraktiv und damit aufnahmefähig für neue Mitglieder zu erhalten. Darum müssen wir kämpfen. Erst danach stellt sich die Frage, wie wir die neuen Kandidaten in den künftigen Entscheidungsprozeß einbeziehen können.

### **Stürmer**

Wenn wir von einem Europa sprechen, das 20 Staaten oder mehr umfaßt, dann muß doch jedem klar sein, daß sich die Frage nach der Verfassung dieses Europas völlig anders stellt als in den fünfziger Jahren. In dem Fall liegen Themen wie Kerneuropa, variable Geometrie und so weiter logischerweise auf dem Tisch.

Was mich an der bisherigen Diskussion beeindruckt hat, sind die sehr tiefgehenden kulturellen Differenzen, die hier in der deutschen und der britischen Einstellung deutlich geworden sind. Ich rede nicht von taktisch-politischen Spielchen. Der deutsche Enthusiasmus für Europa rührt letztlich immer noch aus der Erfahrung der totalen Niederlage von 1945 her, während die Briten lange Zeit meinten, sie hätten den Zweiten Weltkrieg gewonnen und könnten auf die "special relationship" mit den USA

und die eigenen Nuklearwaffen bauen. Das war der Grund für die britische Euro-Skepsis, gespeist aus postimperialen Illusionen.

Hinzu kommt die exponierte Lage Deutschlands in Europa. Wir sind eben keine Insel. Im Osten, Südosten und Süden leben wir in einem großen Spannungs- und Krisenbogen. Wir haben auch aus wirtschaftlichen Gründen ein eminentes Interesse an einer positiven Entwicklung in Osteuropa mit freundschaftlich gesinnten Nachbarn und verlässlichen Partnern, und dies sehen wir durch die europäische Integration besser gewährleistet.

Ich möchte in dem Zusammenhang noch eine Bemerkung zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation machen, das Sie erwähnten, Herr Schäuble. Das Alte Reich hatte für die Ordnung Europas aus der Mitte schon seinen Reiz. Damals waren jedenfalls Dinge möglich, die wir heute noch für undenkbar halten. So hatten die Mitgliedsstaaten zwar unterschiedliche Währungen, die aber durch den Gold- und Silberstandard verbunden waren. Dieser Verbund halbsouveräner Staaten und staatenähnlicher Gebilde wies zudem eine durchaus ernst zu nehmende Verteidigungsfähigkeit auf, war aber gänzlich unfähig zum Angriff- im Grunde eine geniale Konstruktion. Hinzu kommt, daß fast alle Nachbarn, einschließlich der ehemals so bedrohlichen Schweden, ein sicheres "Aktienpaket" an Deutschland in der Hand hielten. In diesem Alten Reich lebten die Kleinen und die Großen in einem Rechts- und Friedensverband ohne Angst nebeneinander.

Kurzum, das Alte Reich verdient nicht nur die Aufmerksamkeit der Historiker, sondern sollte auch als politisches Ideenreservoir für die Gegenwart geprüft werden. Immerhin hat es einige Generationen lang Bestand gehabt.

Herr Ischinger hat die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik angesprochen. Ich finde es logisch, wenn die Briten im Hinblick auf Maastricht II gerade da ansetzen, wo sie - als Nuklearmacht - am stärksten sind, nämlich bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Das "Marketing" ist jedenfalls beeindruckend: Die britischen Zielvorstellungen liegen auf dem Tisch, und die anderen müssen dazu Stellung nehmen. Da ich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unbedingt befürworte - die realistischere beim Ministerrat anzusetzen ist;- , begrüße ich die britische Initiative. Wir können uns in dieser Hinsicht keine weitere Verzögerung leisten. Die "GASP", wie sie so schön in der deutschen Abkürzung heißt, steht ja leider vorerst nur auf dem Papier.

Dann das Thema Osterweiterung der EU, das uns in seinen verschiedenen Dimensionen noch lange beschäftigen wird. Denn die Osterweiterung berührt sowohl die Sicherheitsfrage als auch den transatlantischen Dialog sowie das Verhältnis zu Rußland, und es ist für die Verfassung Europas von eminenter Bedeutung. Die volle EU-Mitgliedschaft der östlichen Nachbarn wird man zweifellos in einem langfristigen Prozeß sehen müssen. Jedenfalls steht die Zurückhaltung, unsere Märkte den östlichen Nachbarn zu öffnen, in keinem Verhältnis zu der begeisterten Rhetorik der Jahre 1989/1990.

Eine Erweiterung der Europäischen Union nach Osten zieht zudem unweigerlich eine erweiterte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach sich. Dann geht es um die Vergrößerung der WEU, und damit ist die NATO direkt angesprochen. Josef Joffe hat die WEU einmal eine "schlafende Schönheit" genannt; ich würde sie heute als "Dame ohne Unterleib" bezeichnen. Um zu voller Weiblichkeit zu erblühen, braucht sie die NATO. Anderenfalls fehlt der WEU jede militärische Substanz.

Wir müssen uns also darüber im klaren sein, daß die Erweiterung sowohl die EU selbst als auch den transatlantischen Dialog fundamental verändern wird. Oder glauben Sie im Ernst, der amerikanische Senat würde einfach zusehen, wenn die östlichen Staaten gewissermaßen durch die Hintertür der WEU in die NATO eintreten? Dies sind Fragen, die das westliche Selbstverständnis eminent berühren. Darüber hat das Gespräch mit den Amerikanern noch kaum begonnen.

Ich bin auch nicht der Meinung, daß eine solche Entwicklung gegenüber Rußland wirkungsneutral wäre, ohne daß ich die gegenwärtige russische Gegenrede überbewerten will. Heute heißt es von russischer Seite, die Erweiterung der EU stelle kein Problem für sie dar, einschließlich der baltischen Staaten. Die WEU wird von den Russen nicht so ernst genommen; aber damit kommt, wie man sieht, automatisch die NATO ins Spiel - und dann wird es ernst. Entweder die Verbindung WEU - NATO wird überanstrengt, oder die NATO gerät in einen neuen Konflikt mit Rußland, den niemand wollen kann.

Europa befindet sich hier also in einem Dilemma. Vielleicht liegt die Antwort doch in einer Perspektive, die auf variable Geometrien abzielt, und wir müssen uns von der Doktrin des einheitlichen Europa trennen. Möglicherweise ist es klüger, Kerne der Gemeinsamkeit, auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, zu schaffen, denen einige Staaten näher und andere ferner stehen.

Auch die NATO war ja nie ein einheitliches Gebilde. Es gab zu keinem Zeitpunkt so etwas wie eine standardisierte NATO-Mitgliedschaft. Die Vorstellungen der einzelnen Mitglieder waren zum Teil völlig kontrovers, und trotzdem hat das Ganze einigermaßen funktioniert, sogar in seiner Wirkung über das NATO-Vertragsgebiet hinaus. So gab es zum Beispiel die "Nordic balance", bei der die NATO eine bedeutsame Rolle gespielt hat. Entsprechend wäre etwa eine "Baltic balance" denkbar, über die man sich auch mit den Russen verständigen könnte. Auch im Hinblick auf Polen kann man alles Mögliche überlegen, und für die Polen ist es sicherlich hilfreich zu wissen, daß der Westen auf ihrer Seite steht. Aber dafür reicht eine Resolution der Republikanischen Partei in den USA nicht aus. Dann müßten sich die Amerikaner schon auf eine Änderung der NATO-Konzeption verstehen, was ich zur Zeit nicht erkennen kann. Deshalb würde ich flexiblere Lösungen befürworten, zumal wir uns darüber im klaren sein müssen: Wenn wir bestimmte Länder in die NATO aufnehmen, ist das zugleich ein Signal an Rußland, daß die übrigen Länder in ihrer Einflußsphäre liegen. Daraus können ernste Krisen, ja Katastrophen entstehen. Und wie steht es in dem Zusammenhang mit der Ukraine oder Belorußland?

Mit anderen Worten, eine Politik der Osterweiterung müßte von Anfang an von einer massiven Unterstützung einer osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft begleitet sein, zu der Rußland, Belorußland und wohl auch die Ukraine gehören würden. Darauf können wir jetzt noch Einfluß nehmen. Wenn dies eines nicht mehr allzufernen Tages nicht mehr der Fall sein sollte, droht die imperiale Rekonstitution des russischen Raumes, was niemand von uns wünschen kann. Hier ist sehr viel mehr an politischer Phantasie und Flexibilität gefordert, als wir bisher gezeigt haben.

### Hobsbawm

Wir sollten uns klarmachen, daß die gegenwärtige Situation in Europa geschichtlich ohne Beispiel ist. Herr Stürmer, mit dem ich normalerweise nicht übereinstimme, hat bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß es zur Zeit in Europa keinen Status quo gibt. Im Grunde erleben wir ein Vakuum; es existiert kein internationales System und auch kein Machtsystem. Wir können uns also in keiner Hinsicht an der Vergangenheit orientieren.

Einige Diskussionen, beispielsweise über die NATO, sind völlig sinnlos; denn die NATO hat ihre eigentliche Funktion verloren und ist für die Sicherheitsprobleme, mit denen sich Europa oder sonst wer heute konfrontiert sieht, irrelevant. Das ist nicht nur so, weil die russische Bedrohung verschwunden ist, sondern auch weil den gegenwärtigen Gefährdungen der Sicherheit - wie sich in vielen Teilen der Welt, nicht zuletzt auf dem Balkan, zeigt - nicht wirksam mit einer Strategie und mit einer Ausrüstung begegnet werden kann, für die die NATO ursprünglich einmal geplant war. Das heißt, man muß jedesmal anders ansetzen. Das gilt nicht für die Europäische Union, die nicht ausschließlich ein Kind des kalten Krieges war, obwohl sie, wie Timothy Garton Ash zu Beginn bemerkte, teilweise auch darin verwurzelt ist. Doch jetzt hat sie mit vielen Problemen zu kämpfen, die es früher nicht gab und die in der damaligen Situation auch nicht vorstellbar waren.

Wir befinden uns historisch also in einer neuartigen und ernsten Situation. Im Verlaufe dieses Jahrhunderts hat es drei Zusammenbrüche in Mittel- und Osteuropa gegeben: nach 1919, nach 1945 und nach 1989. Davon ist der letzte Zusammenbruch der schwerwiegendste, wenn man sich den gegenwärtigen Zustand Europas, einschließlich Mittel- und Osteuropas, fünf, sechs Jahre nach dem Kollaps vor Augen führt.

Nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg hatte es eine Stabilisierung gegeben. Die internationale Situation um 1924 herum war berechenbar. Das hat zwar nicht gehalten, aber es gab eine Struktur, zumindest schien es so. Auch nach 1945 wußte man - sogar noch schneller; -, wer wohin gehörte. Es mochte einem nicht gefallen, aber man wußte, wo man war. Was die Wirtschaft betrifft, war man 1924 in den meisten Teilen Ost- und Mitteleuropas mehr oder weniger wieder dort, wo man zuvor gewesen war, obwohl einige große Staaten und Reiche zusammengebrochen waren. Selbst in der Sowjetunion, im ehemaligen Rußland, deren Wirtschaftskraft auf ein Zehntel des Vorkriegsstandes geschrumpft war, hieß es um 1926/27, dieser Rückgang sei zumindest wieder ausgeglichen. Und nach dem Zweiten Weltkrieg, in den frühen 50er Jahren, konnte man behaupten, daß die Dinge wieder in Ordnung seien.

Dies ist heute keineswegs der Fall. Trotz erheblicher ideologischer Autosuggestion im Hinblick auf das, was in Mittel- und Osteuropa geschieht, und trotz der Annahme, daß mit dem Verschwinden des Kommunismus und der offiziell eingeführten freien Marktwirtschaft die Verhältnisse automatisch besser würden, spricht der Augenschein klar dagegen. Im besten Falle bewegen sich diese Länder derzeit auf einem Niveau, das 15 bis 20 Prozent unterhalb ihres Bruttosozialprodukts von 1988 liegt, und das war kein besonders gutes Jahr. Anders als 1913, das für die Menschen Mitte der 20er Jahre das Vergleichsjahr war, ist 1988 kein Jahr, auf das irgend jemand in der Tschechoslowakei, in Polen

oder in Ungarn gern zurückblickt. Heute liegen sie sogar noch darunter. Sicher, in den genannten Ländern wird es wieder Wirtschaftswachstum geben; aber in sehr vielen anderen Ländern ist das nicht der Fall. Bekanntlich kann hinsichtlich des gesamten Gebietes der ehemaligen Sowjetunion - auch wenn es vielleicht nicht in einem völligen Niedergang begriffen ist von einer wirksamen Wiederherstellung selbst des Status quo ante nicht ernsthaft die Rede sein.

Die Ursache besteht darin, daß irgendwo eine Lösung für die Probleme der grundlegenden Strukturreform Osteuropas gefunden worden ist, für den Übergang von einem wie auch immer gearteten Modell der Vergangenheit zu einem zukünftigen Modell, wie immer das aussehen mag. Man geht davon aus, daß es durch Einführung der westlichen Marktwirtschaft schon irgendwie gelingen wird. Mit einigem Glück mag das an zwei oder drei Standorten wie der Republik Tschechien oder Ungarn der Fall sein. Nicht einmal bei Polen bin ich mir da ganz sicher.

Heute, da alle Welt von Erweiterung spricht, ist es ein großes Problem für Europa und die Europäische Union, daß sich diese außergewöhnlichen historisch bedingten Schwierigkeiten in allen Vorhaben auswirken, die jetzt anzugehen sind. Das betrifft beispielsweise die Ausweitung der Europäischen Union auf Länder - Herr Ischinger hat einige beim Namen genannt;- , deren Integration in eine westliche Ökonomie bei ihrem derzeitigen Zustand allenfalls ein Traum ist. Wollte man sie tatsächlich integrieren, hätte dies wirtschaftlich und institutionell unvorhersehbare Folgen.

Das Hauptproblem besteht nicht darin, wie die Europäische Union ausgeweitet werden kann, sondern wie man eine ganze Region stabilisiert, die von Wien und Triest bis nach Wladiwostok im Osten und, wenn Sie so wollen, bis zum Persischen Golf im Süden oder Südosten reicht. Gegenwärtig ist dies ein Gebiet der Ungewißheit, der Unsicherheit und des Chaos mit keiner klaren Zukunftsperspektive. In diesem Zusammenhang muß ich Herrn Stürmer nochmals zustimmen, daß es im Interesse der Europäischen Union läge, wenn die Wiedereinführung einer Wirtschaftsgemeinschaft in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion unterstützt würde. Die ökonomische Handlungsfähigkeit in diesem riesigen Gebiet wiederherzustellen, ist wahrscheinlich leichter, als eine gemeinsame Politik, sei es für die Europäische Union oder für die NATO, im Hinblick auf die Sicherheitsfragen zu entwickeln. Denn es liegt klar zutage, daß die Europäische Union keine gemeinsame Politik besitzt und auch nicht das Zeug dazu hat, sie zu entwickeln. Dies zeigt zumindest die Erfahrung auf dem Balkan. Eines der Hauptziele der Europäischen Union sollte jedenfalls die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität in diesem instabilen östlichen Gebiet sein. Diese Frage verdient eine höhere Priorität, als ihr gewöhnlich zugestanden wird.

## **Duff**

Ich möchte die britische Diskussion noch ergänzen; denn das Bild, das Sie bisher erhalten haben, ist unvollständig.

Großbritannien steht möglicherweise vor großen verfassungsmäßigen und politischen Veränderungen, vor Reformen, die wir bisher nicht durchführen konnten und um die wir uns in mancher Hinsicht seit 1945 bemüht haben. Es ist wahrscheinlich, daß uns der gegenwärtige Premierminister 1996 auf der Regierungskonferenz vertreten wird, aber zunehmend unwahrscheinlich, daß er sie als Premierminister abschließen wird. Das wird ganz vom Zeitplan der Regierungskonferenz abhängen. In Großbritannien wird es entweder im Sommer oder im Herbst 1996 Wahlen geben. Die ersten harten politischen Diskussionen auf der Regierungskonferenz werden nach meiner Einschätzung nicht vor Dezember 1996 beim Ratstreffen in Dublin beginnen. Übrigens wird derselbe Rat zunächst den ersten Übergang zur Stufe 3 der Europäischen Währungsunion beraten. Das wird ein aufregendes Ereignis werden.

Nach dem bisherigen Gespräch werden Sie verstanden haben, daß die Diskussion in England sehr parteipolitisch geprägt ist. Anders als in Frankreich beim Wechsel von Mitterrand zu Chirac, würde ein Wechsel von Major zu Blair Großbritannien ein weitgehend föderalistisches Konzept für die europäische Politik fordern lassen, und es würde sich das Drängen auf Integration in Europa für eine Reform der Institutionen in Großbritannien zunutze machen. Ich möchte hier nur als Beispiele anführen die Autonomie Schottlands, das Verhältniswahlrecht, die Unabhängigkeit der Bank von England, die Einbindung der Europäischen Konvention in britisches Recht, die Reform des Oberhauses - und vieles andere mehr. Es geht also um einen tiefgreifenden Wandel. Im Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft würde eine Blair-Regierung, in allen wesentlichen Punkten von Paddy Ashdown, dem Führer der liberalen Demokraten, unterstützt, die Stärkung der Institutionen der EU zu ihrem Anliegen machen, um die schweren Probleme der Instabilität und Unsicherheit auf dem Kontinent zu bewältigen.

Eine solche Regierung würde sich bemühen, die gebündelte staatliche Souveränität im Rat durch eine entsprechende Souveränität des Volkes im Parlament auszugleichen. Eine solche Regierung würde die Entstehung einer europäischen Staatsbürgerschaft durch Bildung und Erziehung einerseits und durch die Reform der Wahlen zum Europäischen Parlament andererseits fördern. Interessanterweise hat ja das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ebenfalls darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht gelungen ist, den Vertrag im Hinblick auf die Einführung eines einheitlichen Wahlverfahrens für das Europäische Parlament zu erfüllen. Eine solche Reform -und ich bin sicher, daß Deutschland auf diesem Tagesordnungspunkt für die Regierungskonferenz bestehen wird - würde die europäischen politischen Parteien stärken und wäre damit auch eine Antwort auf die von Timothy Garton Ash geäußerten Zweifel, ob das Europäische Parlament wirklich das Volk repräsentiert. Diese Reformregierung würde sicherlich eine stärkere Transparenz im Ministerrat fordern und sehr wahrscheinlich in Großbritannien ein Referendum über die Ergebnisse der Regierungskonferenz abhalten, was die Öffentlichkeit in England informieren und anregen würde. Einige unserer Überlegungen sollten allerdings nochmals überdacht werden.

Es gibt aus englischer Sicht vier Szenarien für die Regierungskonferenz: Beim ersten bleibt die konservative britische Regierung an der Macht und blockiert das Vorankommen auf der Konferenz. Damit würde im wesentlichen das Schäuble-Programm vereitelt, die Konferenz würde scheitern und die EU auseinanderfallen. Eine Desintegration der EU, von der hier die Rede war, kann in der Tat nicht ausgeschlossen werden.

Im zweiten Szenario versucht das Vereinigte Königreich, die Regierungskonferenz zu blockieren, aber Deutschland und Frankreich sowie ihre Partner und Verbündeten entscheiden, den Prozeß ohne uns fortzusetzen, mit anderen Worten, einen zweiten Vertrag mit einer föderalen Struktur zu entwickeln.

Das dritte Szenario ist das wahrscheinlichste. Nach einem Sieg der Konservativen in den nächsten Wahlen würde Großbritannien Deutschland, Frankreich und anderen Partnern zugestehen, sich zu einem föderalen Kern-Europa weiterzuentwickeln, selbst jedoch aus diesem Prozeß aussteigen. Eine solche Politik des Außenvorbleibens sollte übrigens nicht verwechselt werden mit einem Austritt. Das wäre etwas völlig anderes. Es wäre ein realistisches Ziel für die Regierungskonferenz, wenn Großbritannien aus dem föderalen Kern austräte, dieser unter den bestehenden Verträgen aufgebaut würde und die existierenden gemeinsamen Institutionen weiterentwickelt würden. Es wäre ein Prozeß mit unterschiedlichen Interessenlagen; denn Großbritannien wäre gerne im Eurokorps vertreten - obwohl ich erstaunt bin, daß das Papier der britischen Regierung, das vor 14 Tagen in Sachen Verteidigung veröffentlicht wurde, auf dem Kontinent mit Beifall aufgenommen worden ist. Ich finde, dieses Papier vertritt in jeder Hinsicht sehr konservative Positionen.

Das vierte Szenario ist unter einer konservativen Regierung kaum denkbar; das ginge nur mit einer Regierung Blair. In dem Falle würde sich Großbritannien dem konstituierenden Prozeß anschließen. Leider sind die Voraussetzungen gegenwärtig nicht vorhanden, und sie werden auch 1996 oder 1997 nicht bestehen, um den Verfassungsprozeß abzuschließen und eine verfassungsmäßige Regelung der EU zu erreichen, die ich und viele andere in Großbritannien wünschen.

Aus diesem Grund sollte sich die nächste Regierungskonferenz auf die Reform des Verfassungsprozesses selbst konzentrieren und die Voraussetzungen schaffen, um eine abschließende Regelung etwa für das Jahr 2000 anzustreben, was dann voraussichtlich mit der Erweiterung der Europäischen Union um Tschechien und Polen zusammenfällt. Dann könnte aus einer Konferenz auf Regierungsebene eine Verfassungskonferenz werden, an der das Europäische Parlament und möglicherweise auch die nationalen Parlamente beteiligt sind. Des weiteren sollte eine Verfassungskonferenz am Ende des Jahrhunderts die Beteiligung jener mittel- und osteuropäischen Staaten vorsehen, die um Aufnahme nachsuchen.

Mit der Vertiefung des föderalen Charakters werden sich auch einige Fragen nach der Größe der EU erledigen. Wenn sie wirklich ein föderales politisches System ist, wird klar sein, welche Länder sich ihr anschließen können und welche nicht. Wenn wir sie weiterhin als einen Debattierclub betrachten, in dem es um Handel und Verteidigungspolitik geht, werden wir die Schwierigkeiten und Probleme, denen wir uns gegenwärtig gegenübersehen, noch verschärfen.

## **Menudier**

Zwei kurze Bemerkungen möchte ich zu Themen vorausschicken, die wichtig sind, deren Vertiefung jedoch hier zu viel Zeit erfordern würde.

Wir sprechen hier über das Europa der Integration und über die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen. Wir sollten jedoch nicht vergessen, daß die Beschaffenheit dieses Europas wesentlich

davon abhängt, wie die bilateralen Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten aussehen. Die europäische Integration wird nicht nur von oben, von den europäischen Instanzen, bestimmt, sondern auch durch die Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern. Vor allem zwischen Deutschland und Frankreich erscheint diese Zusammenarbeit beispielhaft, weil sie sich in sehr verschiedenen Bereichen entwickelt hat und sich ausweitet.

Daniel Vernet bedauerte, daß die Europadiskussion im französischen Wahlkampf fehlt. Das stimmt zwar, aber diese Diskussion fand partiell bereits im letzten Herbst statt, was die Qualität der deutsch-französischen Diskussion widerspiegelt. Das berühmte Papier von Lamers und Schäuble über die Frage des "harten Kerns" löste in Frankreich eine Grundsatzdebatte aus: Wollen wir ein föderales Europa, eines aus Nationalstaaten, mit wem und wie schnell? Diese Debatte sowohl auf deutsch-französischer wie auf europäischer Ebene war ausgesprochen nützlich.

Nun hieß es hier, die Integration sei letztlich nicht irreversibel. So stand es auch im Papier von Lamers und Schäuble, was jedoch kaum beachtet wurde. Das ist insofern interessant, als es uns daran erinnerte, daß die Westbindung Deutschlands vielleicht nicht unabänderlich ist. Da wurde eine Drohung deutlich: Europäische Partner, paßt auf! Wenn Ihr den Maastricht-Prozeß und die Integration allzusehr behindert, könnte das wiedervereinigte Deutschland im Herzen Europas vielleicht anderen Versuchungen ausgesetzt sein. Ich fand diese Diskussion wichtig, weil sie deutlich machte, welche Verantwortung sich aus dem Maastrichter Vertrag ergibt. Europa muß auch mit Hilfe seiner bilateralen Beziehungen zusammenwachsen.

Zweite Vorbemerkung: Wenn ich den tiefgreifenden und vielfältigen deutsch-französischen Dialog damit vergleiche, wie schwierig die Kommunikation und die Zusammenarbeit mit unseren britischen Freunden verläuft, dann wird hier ein erheblicher Unterschied sichtbar. Was mich auf britischer Seite stört, ist die abwartende Haltung und auch die Versuche, das Europa der Gemeinschaft mehr oder weniger zu sabotieren. Seitdem die Briten der Gemeinschaft angehören, bleiben sie im Abseits stehen und sind äußerst wählerisch. Ähnlich wie Wolfgang Ischinger freue ich mich über Fortschritte in der Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und der Sicherheitspolitik. Aber wenn man einem Club oder einer Gemeinschaft angehört, muß man schon die Sache insgesamt akzeptieren und kann sich nicht nur das aussuchen, was einem paßt. Wir würden sehr begrüßen, wenn sich Großbritannien in Fragen der Wirtschaft und Währung genauso engagieren würde wie in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Mit einiger Betroffenheit sehe ich, wie sich unsere britischen Freunde in ihrem Euro-Skeptizismus gefallen, der als schick zu gelten scheint. Darin drückt sich eine Art Fatalität aus, der man nicht mehr entrinnen kann. Man sollte also bedenken, was einem wirklich wichtig ist. Ich meine dies eher ironisch und gewiß nicht zynisch; denn ich glaube, daß sich die Dynamik der europäischen Integration letztlich durchsetzen wird. Selbst wenn sich die Briten in diesem Prozeß nicht sofort in allen Bereichen beteiligen, werden sie einfach mitgezogen werden.

Das Beispiel Frankreichs mag ihnen da als Lehrstück dienen. Man muß sich nur die französische Haltung zu Beginn des Integrationsprozesses 1950 ansehen und all die Rückzugsgefechte, die es in Frankreich um die europäische Integration gegeben hat. Immer wieder wurden die schlimmsten Katastrophen für die französische Wirtschaft prophezeit, die aber nicht eintraten. Wir sind in den Prozeß eingebunden, und, wie Daniel Vernet sagte, eines ist so gut wie sicher: Wer immer am 7. Mai in Frankreich zum Präsidenten gewählt wird, die Europapolitik wird sich kontinuierlich weiterentwickeln.

Ein Letztes möchte ich unseren britischen Freunden sagen: Man sollte sich nicht im Jahrhundert irren. Wir leben nicht mehr im 19. und auch nicht in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wir sind inzwischen am Ende des 20. und dem Beginn des 21. Jahrhunderts angelangt. Das heißt, kein Staat in Europa kann seine Probleme mehr allein lösen; die Probleme sind nur noch im europäischen Maßstab zu bewältigen.

Ein weiteres Thema hängt damit zusammen. Timothy Garton Ash sprach vom Europa der Bürger. Meist reden wir ja nur vom Europa der Staaten, der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Akteure, der Bürokraten. Dabei wird leicht vergessen, daß es auch ein Europa der Bürger gibt, das im Vertrag von Maastricht trotz aller Unübersichtlichkeit berücksichtigt ist. Allerdings beschränkt sich der Vertrag darauf, den europäischen Bürger nur unter zwei Gesichtspunkten zu sehen: mit Blick auf die Wahlen und auf die diplomatische Vertretung nach außen.

Was die Wahlen angeht, ist die Perspektive wenig zufriedenstellend. Der Vertrag sieht vor, daß die Europäer dort wahlberechtigt sind, wo sie leben - in welchem Land auch immer. Dies versuchen die Mitgliedsländer bisher noch zu verhindern. Jedenfalls hat sich bei den letzten Europawahlen gezeigt, daß nur sehr wenige Bürger aus anderen europäischen Ländern an ihrem Wohnort gewählt haben.



Einmal mehr ging Frankreich mit schlechtem Beispiel voran, als es entschied, daß Ausländer aus EU-Ländern bei den nächsten Gemeindewahlen im kommenden Juni noch nicht wahlberechtigt sind. Mit anderen Worten: Die Entscheidung darüber wird ins nächste Jahrhundert verlagert. Anders will sich offensichtlich Deutschland verhalten. Im Oktober 1995 werden Einwohner aus EU-Staaten erstmals an Kommunalwahlen in Berlin teilnehmen können, was wenigstens ein Anfang ist. Der Bürger kommt im Vertrag von Maastricht noch unter einem anderen Aspekt vor: Zukünftig sollen EU-Bürger auf die diplomatischen Dienste von Mitgliedsländern zurückgreifen können.

Insgesamt ist dies aber noch viel zu wenig, und es ist zu fragen, wie sich das Europa der Bürger ausbauen läßt. Welche Rechte hat der europäische Bürger zum Beispiel im Bereich der Information? Noch wichtiger sind die Rechte in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Wir leben in einem gemeinsamen Markt und wünschen uns eine entsprechend große Mobilität. Wie steht es da um Löhne, Gesundheit und ähnliche soziale und wirtschaftliche Fragen? Finden die Europäer überall die gleichen Bedingungen vor? In Krisenzeiten bei hoher Arbeitslosigkeit beispielsweise - besteht, wie wir wissen, die Gefahr, daß unsere Gesellschaften auseinanderbrechen. Plötzlich kommt es wieder zu Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Was heute in Deutschland den Türken widerfährt, ist besorgniserregend; aber Deutschland ist nicht das einzige Land, in dem sich derartige Dinge ereignen.

Über Rechte und Pflichten der europäischen Bürger ist bisher noch wenig nachgedacht worden. Die europäischen Gesellschaften zeigen derzeit einen starken Trend zur Individualisierung, zu einem immer stärkeren Egoismus, während die Gemeinschaftsorientierung abnimmt, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Mitgliedsländern der Gemeinschaft letztlich in Frage stellt. Wenn eine europäische Bürgerschaft Gestalt annehmen soll, müssen wir auch über unsere vielfältigen "Identitäten" nachdenken, denen wir zugehören - ob nun in der Familie oder auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. In dieser Hinsicht brauchen wir ein neues Gleichgewicht zwischen den Regionen, der Nation und Europa. Dabei sollten wir den Akzent nicht so sehr auf die nationale Identität legen, wie dies in Deutschland häufig geschieht, sondern mehr auf die anderen Einheiten Wert legen, die Region und Europa.

Wir sollten auch über das Erbe Europas nachdenken, nicht nur aus nationaler Sicht. Welche Bedeutung für Europa hat zum Beispiel der fünfzigste Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges? Wie leicht vergessen wir die Fortschritte, die Europa seitdem gemacht hat, wenn man seinen heutigen Zustand mit dem vor fünfzig Jahren vergleicht.

Den Hinweis auf das Heilige Römische Reich Deutscher Nation halte ich für wichtig. Mein Eindruck ist, daß es unseren deutschen Freunden auch nach der Wiedervereinigung schwerfällt, über die deutsche Geschichte zu sprechen. Lange Zeit war die öffentliche Diskussion durch das Dritte Reich geradezu blockiert. Jetzt kommt es darauf an, daß die Deutschen sich ihrer Geschichte insgesamt wieder annehmen, insbesondere des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, das aus meiner Sicht ein wesentlicher Teil der europäischen Geschichte ist. Diese europäische Geschichte zerfällt nicht einfach in ihre nationalen Teile, sondern es gilt, das Netz vielfältiger Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern wiederherstellen zu lassen.

In dieser Richtung sollten wir den Begriff der europäischen Bürgerschaft entwickeln, damit Europa nicht nur als Überbau verstanden wird oder als ein Gebilde, das nur aus Wirtschaftsunternehmen besteht. Ein solches Europa dürfte kaum die Zustimmung und Unterstützung seiner Bürger finden. Um das Engagement für Europa zu fördern, dafür bedarf es unter anderem einer Reform des Wahlrechts zum Europäischen Parlament. Die derzeitigen Modalitäten sind alles andere als zufriedenstellend. Da nach dem Verhältniswahlrecht nur die nationalen Listen zum Zuge kommen, besteht keinerlei Kontakt zwischen Wähler und Gewählten. Ich habe in Paris gewählt und weiß bis heute nicht, wer mein Abgeordneter ist. Mit wem soll man sich da identifizieren?

### **Makarczyk**

Sie sprechen von den "Versuchungen" Deutschlands, falls die Integration scheitern würde, Herr Ménudier. Was meinen Sie damit? Unsere ganze Politik beruht letztlich darauf, daß Deutschland ein Eckpfeiler der europäischen Integration ist.

### **Ménudier**

Herr Schäuble als Mitunterzeichner des Papiers könnte Ihnen dies wahrscheinlich besser erklären. Wenn ich es richtig sehe, unterstreicht das Papier, wie wichtig die europäische Integration ist. Zugleich macht es aber auch deutlich: Sollte der Maastricht-Prozeß blockiert werden, könnte sich Deutschland die Frage stellen: Welche anderen Möglichkeiten gibt es dann? Das bedeutet die "anderen

Versuchungen". Zum Glück ist dies derzeit eine völlig hypothetische Frage. Denn kein verantwortlicher Politiker im vereinten Deutschland hat den geringsten Zweifel daran gelassen, daß die deutsche Staatsräson die Integration in das westliche Lager fordert. Aber den Hinweis, daß es auch andere Möglichkeiten geben könnte, nehme ich schon ernst.

### **Picht**

Mich hat das bisherige Gespräch nicht schockiert, Henri, sondern ich finde im Gegenteil die offene Skepsis, mit der von britischer Seite über europäische Probleme gesprochen wird, sehr heilsam. Es täte uns gerade im deutsch-französischen Verhältnis gut, wenn wir dies auch bilateral mehr praktizieren würden.

Deshalb kann ich nicht anders, als in einigen Punkten das Gegenteil zu sagen und zu fragen. Henri Ménudier sagt, die deutsch-französischen Beziehungen seien exemplarisch, alles sei geklärt worden; wir wüßten, wohin wir gehen. Und Herr Ischinger hat zu Recht daraufhingewiesen, daß es in der großen Verwirrung für Deutschland nur einen Partner gibt, auf den wir bauen können, und das ist Frankreich.

Nun hat Daniel Vernet sechs Punkte genannt, über die unter den französischen Präsidentschaftskandidaten mit Blick auf künftige Europapolitik offenbar Konsens besteht. Drei dieser Punkte drücken das genaue Gegenteil dessen aus, was das Lamers-Schäuble-Papier vorschlägt. Sie sagen, es gehe vor allem darum, die intergouvernementale Zusammenarbeit zu stärken und die Europäische Kommission zu bremsen. Ich habe Schäuble/Lamers andersherum verstanden und wüßte deshalb gern, was Herr Schäuble darüber denkt. Sie sagen des weiteren, die nationalen Parlamente sollten ins Spiel gebracht werden; mit dem Europäischen Parlament sei nicht viel anzufangen. Im Lamers-Schäuble-Konzept heißt es, wir müßten das Europäische Parlament stärken. Und schließlich, drittens, wohl am zentralsten: Sie sagen, für die wirklich wichtigen, vitalen Fragen müsse man auf Einstimmigkeit beharren. Das Schäuble-Lamers-Papier betont völlig zu Recht, daß wir mit der Einstimmigkeit schon im jetzigen Europa nicht mehr weiterkommen und im Blick auf das künftige Europa noch weniger. Also, wie ist das mit dem deutsch-französischen Motor, mit dem deutsch-französischen Magneten, wenn über solche zentralen Fragen Uneinigkeit besteht?

Nun ist dies keineswegs neu in den deutsch-französischen Beziehungen. Adenauer und de Gaulle hatten in allen operationellen Fragen entgegengesetzte Positionen: NATO, USA und so weiter. Trotzdem haben sie den deutsch-französischen Vertrag geschlossen. Kohl/Mitterrand sind scheinbar äußerst einig, aber in vielen wichtigen Fragen - zum Beispiel einer europäischen Industriepolitik - völlig verschiedener Auffassung, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Rolle des zukünftigen Europas in der Welt. Soll das die Großmacht Europa sein, weil Frankreich keine Großmacht mehr sein kann? Soll das eine Art von skandinavischem Gebilde sein, wie es Herr Schäuble nicht denkt, aber sehr viele Leute in der SPD sich vorstellen? Dennoch haben wir diesen deutsch-französischen Vertrag, in dem auch der seltsame Passus steht, beide Regierungen seien aufgefordert, ständig miteinander zu reden und sich zu bemühen, "soweit wie möglich eine gleichgerichtete Haltung zu entwickeln".

Balladur hat vorgeschlagen, den deutsch-französischen Vertrag neu zu verhandeln. Davon würde ich entschieden abraten, nicht nur mit Blick auf Großbritannien - die magnetische Antiwirkung ist uns hier ja deutlich vorgeführt worden;- , sondern auch mit Blick auf die kleineren europäischen Partner, zum Beispiel die Niederlande. Gott bewahre uns vor einem neuen deutsch-französischen Vertrag.

Dennoch muß unbedingt etwas geschehen. Wenn man sich die Urteile des Bundesverfassungsgerichts, nicht nur über den Maastricht-Vertrag, sondern vor allem auch über NATO out-of-area-Einsätze anschaut, werden zwei Dinge deutlich: Zum einen heißt es, hier handele es sich um politische Entscheidungen, und diese müßten von den politischen Instanzen gefällt werden. Deshalb können wir uns rechtlich und auch politisch nicht mehr auf die alte Mechanik der funktionalistischen Schleichwege verlassen, daß Europa nach und nach doch irgendwie zusammenwachsen wird, sondern wir stehen vor der Frage: Sind wir politisch in der Lage, zu entscheiden und die Richtung überzeugend zu benennen, welches Europa wir wollen, was dieses Europa tun soll und vor welcher Herausforderung wir stehen?

Fragen wir also nach den politischen Inhalten, wie es Herr Stürmer getan hat. Wie steht es mit der Osterweiterung? Oder, um ein anderes genauso wichtiges Thema zu nennen, mit der Mittelmeerthematik, die in Deutschland bisher nicht klar genug gesehen wird. Wie soll die europäische Gesellschaft in Zukunft aussehen? Wie steht es um das Verhältnis von arm und reich, auf das Henri verwiesen hat? Auch dafür brauchen wir neue Wege des politischen Dialogs und nicht nur Antworten von Beamten, wie Herr Ischinger völlig zu Recht gesagt hat. Was Herr Hellström, der Neueuropäer

aus Schweden, anmahnt, ist äußerst dringlich, nämlich eine grenzübergreifende Debatte über die tatsächlichen Herausforderungen.

Was wir heute vormittag erlebt haben, war eine eindrucksvolle Demonstration von englischer Regression, wenn ich das so sagen darf. Und in Frankreich scheint das Schicksal der Welt gegenwärtig daran zu hängen, ob Balladur, Chirac oder Jospin regieren werden -was immer das dann bedeutet;- , während wir in Deutschland über die Nabelschau der Vereinigung noch nicht hinaus sind. Wo in unseren öffentlichen Meinungen findet eigentlich eine Diskussion über die wirklich wichtigen und dringlichen Fragen statt?

### **Stürmer**

So sehr ich zustimme, daß die Mittelmeerproblematik in Deutschland und in Nordeuropa zu wenig erkannt ist - aber hinter Polen liegt Rußland und hinter Algerien die Sahara.

### **Makarczyk**

Ich ziehe die Sahara entschieden vor.

### **Langguth**

Ich halte die Auseinandersetzungen zwischen Ménudier und Picht für eine Scheinkontroverse. Die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten sind für mich jedenfalls ein Beweis für die Kraft von Institutionen. Wenn es funktionsfähige Institutionen gibt, lassen sich bei allen Unterschieden Lösungen finden. Denn die europäischen Staaten verbinden durchaus gemeinsame Interessen, wie wir auch in diesem Gespräch erleben. Ich denke nur an das Thema Friedenssicherung oder an Fragen der Konkurrenz zu den USA oder zu Asien. Deshalb kommt es aus meiner Sicht entscheidend darauf an, die europäischen Institutionen zu stärken.

Nun hatte die dänische Regierung seinerzeit den Einfall, den Text des Maastricht-Vertrages jedem dänischen Haushalt zuzustellen in der irrigen Annahme, damit einen positiven Beitrag zur öffentlichen politischen Diskussion zu leisten. Jeder, der in diesen Vertrag einmal hineingeschaut hat, weiß natürlich, daß er hinsichtlich der Lesbarkeit ein eher abschreckendes Dokument ist, das gewiß nicht in die Literaturgeschichte eingehen wird. Meine Befürchtung ist, wenn wir in dieser Weise um Maastricht II ideologisch weiter diskutieren, werden wir kaum zu den pragmatischen Lösungen gelangen, die im Sinne einer Vereinheitlichung der unterschiedlichen Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene notwendig sind. Wir müssen der Tendenz einzelner Mitgliedsstaaten entgegenzutreten, die zunehmend Ausnahmeregelungen für sich erreichen wollen.

Hier ist mehrfach die Frage der Legitimation angesprochen worden. Auch in deutschen Zeitungen ist immer häufiger zu lesen: Da es keine europäische Öffentlichkeit gibt, sei die europäische Politik nur bedingt legitimiert. Dagegen ist zu sagen, daß eine solche Legitimation auch durch die Zustimmung in den einzelnen Staaten gegeben ist. Im Bundestag haben von 568 Abgeordneten 543 für die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages gestimmt. Ich füge hinzu: Obwohl die eigentliche Entscheidungs- und Bewußtseinsebene für die Bevölkerung in Europa nach wie vor die Nationalstaaten sind, gibt es auch bereits eine Art europäischer Öffentlichkeit. Der Bergedorfer Gesprächskreis ist kein so schlechtes Beispiel dafür. Oder denken Sie an den Austausch von Wissenschaftlern und Studenten über ganz Europa hinweg. Hier finden bereits vielfältige Vernetzungen statt.

Ein Problem sehe ich darin, daß wir all die Vorteile der europäischen Integration, beispielsweise im Hinblick auf Friedenssicherung, inzwischen als selbstverständlich hinnehmen und uns gar nicht mehr die Frage stellen, wo wir eigentlich ohne die europäische Integration stehen würden. Hier ist nicht zuletzt die politische Bildung gefordert, auf die Herr Duff zu Recht hingewiesen hat. Auch die Medien hätten da eine lohnende Aufgabe. Als der Maastricht-Vertrag diskutiert wurde, habe ich die Vertretung der EG-Kommission in Deutschland geleitet und hatte hauptamtlich damit zu tun, den Vertrag zu erläutern und zu popularisieren. Ich kann ein Lied davon singen, wie unwillig sich deutsche Journalisten dieses Themas annehmen wollten. Das gehört auch mit zum Thema "europäische Öffentlichkeit".

Ein Weiteres kommt hinzu: Es besteht vielerorts die Neigung, unpopuläre Maßnahmen, die man national nicht durchbringt, auf die europäische Ebene zu schieben. Wie es ein erfahrener Bonner Bürokrat einmal ausdrückte: "Womit ich nicht mehr weiterkann, das dien' ich erstmal Brüssel an." Dafür gibt es in der Tat zahlreiche Beispiele.

Was gegenwärtig in allen Mitgliedsstaaten der EU - auch in Deutschland - unübersehbar ist, ist die Tendenz zu einer gewissen Renationalisierung, bewußt oder unbewußt. Das zeigt sich an einer Reihe von Beispielen, etwa in der Außenpolitik. Außenpolitische Initiativen sind in der letzten Zeit kaum von der Europäischen Union ausgegangen. Die GASP hat jedenfalls weder bei den Vorbereitungen für den KSZE-Gipfel in Budapest noch für das ehemalige Jugoslawien eine Rolle gespielt. Wo zeigt sich eigentlich der viel beschworene Wille der Europäer, etwa in Fragen der Friedenssicherung gemeinsam zu agieren? ein Ziel, in dem wir alle hier doch übereinstimmen. Wo dies gefordert wäre, geschieht nichts dergleichen. Mit wieviel Inbrunst wird statt dessen gefordert, das Initiativrecht der Europäischen Kommission einzuschränken. Letztlich werden dadurch das Europäische Parlament und auch die Kommission eher geschwächt als gestärkt - allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz.

Nun finde ich sehr ermutigend, wenn Minister Hellström hier sagt, er sei an einer starken Europäischen Union interessiert; nur dort lohne es sich mitzumachen. Das wird bei den anderen Neumitgliedern, Finnland und Österreich, sicher ähnlich gesehen.

In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Thema zu beachten. Ich denke an den Struktur- und Regionalfonds, für den bis zum Jahre 1999 alle Regelungen auslaufen. Herr Makarczyk hat zu Recht angemahnt, die Visegrád-Staaten - also Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei - nicht zu vergessen. Würden diese Länder aber hinzukommen, würde das nach dem heutigen Stand eine Verdoppelung der Mittel für den Struktur- und Regionalfonds bedeuten und eine Aufstockung des Agrarfonds um mehr als ein Drittel, was die Finanzmittel betrifft. Es geht also nicht nur um die feinsinnigen Fragen der europäischen Identität oder der Subsidiarität, sondern: Wo soll das Geld herkommen, das für diese Aufgaben benötigt wird?

### **Rosenstiel**

Unser Thema "Die Verfassung Europas" weist begrifflich und inhaltlich, wie wir gehört haben, sehr unterschiedliche Bedeutungen auf. Dabei geht es sowohl um eine geschriebene europäische Verfassung, als auch um den Vereinigungsprozeß, die europäische "Architektur" und die Dynamik der Veränderungen in Europa. In jedem Fall befinden wir uns mitten in einem Gärungsprozeß, der grundsätzlich Fragen nach den politischen und rechtlichen Dimensionen der Europäischen Union aufwirft.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und in Rußland hat es zumindest den Anschein, daß sich das demokratische Prinzip überall in Europa durchsetzt. Zugleich sehen wir uns einer Situation gegenüber, in der alles möglich, aber auch alles fraglich erscheint. Deshalb kommt den ausgewiesenen Demokratievorstellungen des Europarats große Bedeutung zu in einer Zeit, in der nicht nur die politischen Führungen ständig zwischen Optimismus und Besorgnis hin und her schwanken.

Auf der anderen Seite haben sich einige Grundbegriffe relativiert. Das gilt etwa für den Souveränitäts- und den Staatsbegriff. Es fällt zunehmend schwer, den Souveränitätsbegriff zu identifizieren und zu lokalisieren. Und auch über das Freund-Feind-Bild auf europäischer oder auf Weltebene besteht eine immer größere Ungewißheit. Das Unbehagen über mögliche "Spielverderber" oder "unerwünschte Dritte" wächst, wie die Debatte um den Neoterrorismus zeigt.

Was die Zukunft des Vereinigungsprozesses in Europa angeht, stehen die Fragen einer europäischen Sicherheitspolitik und der Demokratisierung im Vordergrund. Die Demokratisierung weist insbesondere in Osteuropa noch viele Ungewißheiten auf. Hier kann von einer Angleichung an westliche Standards bisher nicht die Rede sein. Aber auch in der bestehenden Europäischen Union spielt das Europäische Parlament noch nicht die ihm zukommende politische Rolle. Im militärischen Bereich ist das Eurokorps zwar ein interessanter Versuch, der jedoch politisch noch nicht voll zur Geltung kommt. Auch die konzeptionelle Erneuerung der NATO bleibt nach wie vor dringend geboten.

Die "Verfassung Europas" weist also noch viele offene Fragen auf. Nicht zuletzt geht es auch um die Förderung eines europäischen Bürgergeistes mit entsprechenden Rechten und Pflichten.

### **Garton Ash**

Ich finde diese Diskussion faszinierend und lohnend. Sie ist auch vielversprechender geworden als zu Beginn, wo ich das Gefühl hatte, daß wir uns gegenseitig mit immer mehr Skepsis begegneten.

Lassen Sie mich einige zentrale Punkte herausgreifen. Ich beginne mit Herrn Schäuble und seiner geradezu klassischen Variante einer deutschen Europa-Argumentation wenn ich so sagen darf. Nachdem Sie in aller Deutlichkeit und mit Nachdruck für weitere Schritte der europäischen Integration auf der Grundlage des vorhandenen Modells plädiert haben, kommt der Punkt, an dem Sie sagen:

Und was ist die Alternative? Die Alternative ist die Rückkehr zu den traditionellen gewaltsamen Konfliktformen zwischen den Nationalstaaten. Darin steckt eine äußerst wichtige Warnung: Den Weg zurückgehen bedeutet, zu all dem Schrecklichen zurückzukehren, was Europa an Selbstzerstörung und Völkermord hervorgebracht hat. Im früheren Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion ist das bereits geschehen. Es könnte auch anderswo passieren.

Charles Moore hat Sie in aufschlußreicherweise mißverstanden, als er auf diesen Satz einging und meinte: Ist es wirklich so schlimm, zu den nationalen Streitereien zurückzukehren? - wobei er auf die Unstimmigkeiten zwischen John Major und Helmut Kohl anspielte, als sei dies das Schlimmste, was Europa hervorbringen könnte. Übrigens eine schaurig-schöne Redewendung: "Nationale Streitereien." Darin zeigt sich, daß Charles Moore in Wahrheit doch ein Kind der Europäischen Union ist, wenn er sich nichts Schlimmeres in Europa vorstellen kann, als eben jene internationalen Streitigkeiten der letzten Jahre in Westeuropa.

Auf der anderen Seite halte ich es für eine gefährliche Tendenz, wenn Sie suggerieren, Herr Schäuble, es gäbe keine wirkliche Alternative zu Ihrem spezifischen Modell der europäischen Integration. Rosa Luxemburgs Ausspruch: "Sozialismus oder Barbarei" variieren Sie zu: "Föderalismus oder Barbarei." In unserer heutigen Diskussion ist aber deutlich geworden, daß es ein ganzes Spektrum vernünftiger und realistischer Alternativen für die Weiterentwicklung der EU gibt, nämlich verschiedene deutsche, französische und selbst einige britische Wege.

Was wir allerdings zu Großbritannien gehört haben, war recht entmutigend. Ted Sommer fragte: Haben wir nicht einen Fehler gemacht, Großbritannien hineinzulassen? Wenn ihr unseren Weg nicht mitgehen wollt, geht doch raus. Ich fand das ehrlich, aber auch ein starkes Stück. Herr Schäuble sagte, die Schweiz und vielleicht sogar Großbritannien werden sicher eines Tages dazukommen - weil sie der magnetischen Kraft der französisch-deutschen Vorkämpfer nicht widerstehen können. Ich gestehe, daß ich das als Unterhaltung zur tea-time ein wenig parodierte. Inhaltlich sagte Charles Moore das gleiche, nur in anderen Worten: Großbritannien werde nachgeben, weil Deutschland mächtiger sei. Sagt er damit nicht eigentlich das gleiche wie Herr Schäuble? Die zwei Sichtweisen laufen jedenfalls auf dasselbe Ergebnis hinaus.

Das ist bedrückend, weil es das Problem eines engagierten britischen Europäers illustriert: Es werden ohnehin nur wenige konstruktive britische Vorschläge für Europa gemacht, doch wenn es welche gibt, werden sie nicht beachtet oder nicht ernst genommen. Ich meine, Großbritannien hat durchaus ein, zwei wichtige Dinge beizutragen. Zum einen skeptische Fragen, wie wir sie hier gehört haben, so zum Beispiel die Frage, ob es nicht tatsächlich einen Rückschritt bedeutet, wenn Europa schnelle Schritte vorwärts macht und dann in einem Minenfeld landet. Ich frage mich ernsthaft, ob wir nicht dabei sind, genau das zu tun. Es gibt wichtige Fragen zur Europäischen Währungsunion, auf die wir noch kommen werden.

Vor allem ist da aber meine zentrale Aussage: Wenn wir alle darin übereinstimmen - und das scheint der Fall zu sein;- , den Frieden zwischen den Nationen und Staaten Europas erhalten zu wollen, so ist dies ein politisches Ziel, das wir auch mit politischen Mitteln verfolgen sollten und nicht durch die funktionalistische Hintertür. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Gemeinschaft erweitert werden, worüber ebenfalls Einigkeit besteht. Damit die Gemeinschaft ihre gegenwärtige Effektivität aufrechterhalten kann, bedarf es institutioneller und politischer Reformen. Auch hier bewegen wir uns auf gemeinsamem Grund. Damit läßt sich eine wirklich konstruktive Diskussion führen.

Vor allem möchte ich ein sehr wichtiges Argument aufgreifen, das Herr Ischinger erwähnt hat. Wenn wir die eben genannten Ziele als Ausgangspunkt nehmen, dann folgt daraus, daß die wichtigsten Bereiche auf der nächsten Stufe der europäischen Integration in einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestehen. Das ist eine zentrale Aussage, der wir alle zustimmen könnten, und in diesem Bereich könnten Großbritannien, Deutschland und Frankreich konstruktiv zusammenarbeiten.

Glauben Sie deshalb bitte nicht, Britannien hätte keine konstruktiven Alternativen anzubieten. Es gibt einige. Wir wollen den Zug nicht verpassen; aber wir wollen auch nicht, daß er entgleist.

### **Casanova**

Wird sich die französische Politik nach der Präsidentenwahl grundsätzlich ändern, unabhängig davon, ob Jacques Chirac - was heute wahrscheinlich ist - oder Edouard Balladur gewählt wird? Sicher kann man natürlich nie sein. Aber wenn ich meine, daß sie sich nicht verändern wird, hat dies weniger mit der menschlichen Trägheit zu tun als damit, daß es dafür leicht einsehbare objektive Gründe gibt.

Ein neugewählter Politiker denkt selbstverständlich sofort an die nächste Wahl. In Frankreich heißt das, der neue Präsident steht drei Jahre später vor entscheidenden Wahlen, die mitten in seiner Amtszeit stattfinden: Verliert er sie, muß er vier Jahre lang mit seinen Gegnern zusammen regieren; gewinnt er sie, hat er vier Jahre Ruhe. Diese Wahlen werden 1998 stattfinden - falls nicht vorher die Nationalversammlung aufgelöst wird, was aber weder Chirac noch Balladur tun wollen.

Inwieweit können diese Wahlen durch die deutsch-französischen Beziehungen und die Aussicht auf die Europäische Währungsunion beeinflußt werden? Dazu sind drei Tatbestände wichtig: Die Regierungskonferenz 1996; die Entwicklung des französischen Haushaltsdefizits und das Verhalten der internationalen Märkte, vor allem der Finanzmärkte, Frankreich gegenüber.

Scheitert die Regierungskonferenz oder gelingt es der französischen Regierung nicht, das Haushaltsdefizit zu verringern, um die Kriterien für die Währungsunion 1999 zu erfüllen, dann werden die internationalen Finanzmärkte Frankreich sofort höhere Zinssätze aufzwingen, um die Wechselkurse stabil zu halten. Darauf müßte die Bank von Frankreich mit einer Zinserhöhung antworten oder die Flucht nach vorn in Richtung Abwertung des Franc antreten. Wenn eine französische Regierung 1998 vor die Wähler tritt, und die Regierungskonferenz ist gescheitert, die Zinssätze sind gestiegen, eine Abwertung droht, das Haushaltsdefizit hat sich nicht verringert, dann wird diese Regierung die Wahl verlieren. Folglich wird sie sich um einen Erfolg bei der Regierungskonferenz bemühen. Zugleich wird sie eine Verringerung des Haushaltsdefizits ankündigen, um den internationalen Finanzmärkten zu signalisieren, daß die französische Währung stabil bleiben wird und keine Abwertung droht.

Das ist die wahrscheinliche Entwicklung, ohne daß sich dies mit Sicherheit vorhersagen läßt. Politisches Geschick und äußere Umstände müssen schon zusammenkommen. Insofern stehen unsere Politiker vor keiner leichten Aufgabe.

Aus den genannten Gründen spricht vieles dafür, daß die neue französische Regierung nicht eine grundsätzlich andere Politik machen wird, zumal zu fragen ist, wie denn eine ganz andere französische Politik zustande kommen soll. Man braucht sich ja nur die Erfolge und Mißerfolge der französischen Europapolitik im 20. Jahrhundert anzusehen. Von den Rückversicherungsverträgen mit Rußland, der großen Idee Frankreichs vor 1914, ist nichts geblieben. Das gleiche gilt für die Gründung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, beides ebenfalls französische Ideen. Das französische Kolonialreich existiert nicht mehr. Algerien ist ein großer Unruheherd, der Frankreich und Europa die Einwanderung von Muslimen beschert, die uns nicht geringe Probleme bereitet.

Was bleibt Frankreich also anderes übrig, als auf sein unverbrüchliches Bündnis mit Deutschland zu setzen und den Schulterschluß mit dem größeren Volk und der stärkeren Wirtschaft zu vollziehen? Und es kann auch nur die Versicherung abgeben, daß es eine stabile Währung anstrebt, einer der großen Erfolge Frankreichs im 19. Jahrhundert.

Sicher, man kann die Ausnahmestellung Frankreichs im Bereich der Wissenschaft, der Kultur und so weiter anführen. Aber das wirkt wenig überzeugend. Es gibt nur wenige französische Nobelpreisträger; Frankreich spielt im Weltmaßstab keine entscheidende Rolle in der Wissenschaft, und im heutigen Europa sprechen mehr Menschen deutsch als französisch. In dieser Hinsicht sind die Franzosen durchaus Realisten; denn sie kennen diese Tatsachen genausogut. Deshalb bin ich ziemlich sicher, daß sich die französische Politik nicht grundlegend ändern wird. Aber genug der Selbstkritik, die ja eine Art französischer Nationalsport ist.

Die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung ist insgesamt gesehen eine lohnende Aufgabe. Die Währungsunion bedeutet feste Wechselkurse in Europa und eine starke Währung. Das heißt zugleich, auf die Inflation als Mittel zur Haushaltskonsolidierung zu verzichten und keine Abwertung vorzunehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Wenn die Mitgliedsländer es schaffen, sich auf feste Wechselkurse und eine gemeinsame Währung zu einigen, werden sie eine wichtige Rolle für das neue Gleichgewicht in der Welt spielen. Die Japaner werden dann mehr in Europa investieren als in den Vereinigten Staaten und dadurch die Amerikaner zu einer seriöseren Haushaltspolitik zwingen, mehr zu sparen und sich mehr um ihre Aktiva im Ausland zu kümmern. Das würde der Welt weitere Dollarabwertungen ersparen - warum diese zum internationalen Gleichgewicht und zum freien Kapitalverkehr beitragen sollen, hat mir noch niemand erklären können.

Wenn wir in Europa einen stabilen Pol schaffen, sehe ich keinen Grund, warum England sich dem nicht anschließen sollte; denn es würde dabei mit seiner Finanzkompetenz eine entscheidende Rolle spielen und ebenso wie die anderen Länder davon profitieren. Jede Statistik zeigt, daß Länder mit stabiler Währung eine niedrigere Arbeitslosenrate, geringere Haushaltsdefizite und so weiter haben

als Länder mit instabiler Währung. Der Beitritt Englands läge also in seinem eigenen Interesse. Herr Garton Ash hat zu Recht daraufhingewiesen, daß eine Magnetwirkung sowohl Anziehung wie Abstoßung bedeuten kann. In der Tat steht zu befürchten, daß Italien oder Spanien Risiken darstellen, England aber nicht. Man braucht sich ja nur die Berichte der Bank von England anzuschauen. Selbst für einen Außenstehenden, der sich in den englischen Verhältnissen nicht so genau auskennt, ist klar ersichtlich, daß sich die Bank von England auf eine einheitliche europäische Währung zu Anfang des nächsten Jahrhunderts einstellt. Und die verantwortlichen Bankiers kennen sich in diesen Fragen zweifellos besser aus als das Gros der Politiker, die in der Hinsicht nur Laien sind.

Sehen wir uns demgegenüber die Probleme an, mit denen Italien zu kämpfen hat: Es muß eine Verfassungsreform durchführen und sein Haushaltsdefizit verringern und wird beide Aufgaben kaum lösen können, ohne den Druck, der durch die Einheitswährung und das deutsch-französische Bündnis, vielleicht sogar das Dreieck Deutschland-Frankreich England, ausgeübt wird. Für Rousseau und Kant hieß Erziehung, eine Hürde aufzubauen, an der sich die Menschen selbst aufrichten können. Entsprechend könnte der Druck, den Frankreich, Deutschland und vielleicht England ausüben, Italien zwingen, seine Verhältnisse neu zu ordnen.

Dabei ist Italien auf dem Wege der Verfassungsreform bereits ein gutes Stück vorangekommen - als Korse, also halber Italiener, bin ich ein großer Bewunderer dieses Landes. Die Franzosen nehmen die Italiener in Sachen Politik nicht ganz ernst. Frankreich reformiert seine Verfassung erst, wenn es einen Krieg verliert - wie 1940 - oder wenn es einen Aufstand der Generale gibt - wie 1958 in Algerien. Italien dagegen ist seit drei, vier Jahren dabei, ohne verlorenen Krieg und ohne einen Aufstand der Generale die Verfassungsreform durchzuführen. Hierin zeigt sich im Vergleich doch ein recht hohes Zivilisationsniveau. Ich bin schon der Meinung, daß ein einheitliches europäisches Währungssystem Italien helfen wird, einige seiner gravierenden Probleme besser in den Griff zu bekommen.

Das gleiche gilt für Spanien, das sich in einer sehr schwierigen Lage befindet. Es hat sich politisch in das europäische System mit Erfolg integriert, was nach all den Jahrhunderten erhebliche geschichtliche Veränderungen für Spanien mit sich bringt. Leider sieht es sich schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen gegenüber, die eine stabile Regierung erfordern und eine Geldpolitik verlangen, die auf den leichten Weg von Inflation und Abwertung verzichtet.

Die Deutschen und die anderen Europäer fragen sich nun, ob es gelingt, den großen wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands auf ganz Europa auszuweiten und weltweit mehr Verantwortung zu übernehmen. Eine stabile Währung bringt einzelnen Ländern wie der Schweiz oder Deutschland Vorteile, weil deren Arbeitslosigkeit abnimmt, die Produktivität schneller ansteigt und eine größere wirtschaftliche Stabilität ohne Inflation und Abwertung erreicht wird. Mit einem Europäischen Währungssystem aber wachsen den Beteiligten Verpflichtungen zu - wie das britische Weltreich sie früher hatte;- , die eine weltweite Rücksichtnahme erfordern. Weil das System in Deutschland erfolgreich war und weil es den Europäern und der ganzen Welt nutzt und weil wir alle in unseren wettbewerbsfähigen und merkantilen Demokratien verzweifelt nach Gründen suchen, um über uns selbst hinauszuwachsen, warum sollte es uns dann nicht gelingen, das Hauptziel der europäischen Vereinigung am Ende des 20. Jahrhunderts zu erreichen und eine Währungsunion zu schaffen? Die anderen Dinge kämen dann ganz von selbst.

### **Schäuble**

Damit sich hier kein Mißverständnis verselbständigt, wie es bei Herrn Ménudier anklang, möchte ich zunächst eines klarstellen: Wir haben niemandem gedroht, sondern auf Stimmen, die 1990 im Jahr der Wiedervereinigung und danach in Frankreich laut wurden, reagiert. Dieses Deutschland ist im europäischen Maßstab eine etwas singuläre Größe: ein wenig zu groß und ein wenig zu klein, je nachdem, wie man es betrachtet. Und es ist sehr in der Mitte Europas gelegen, seit der Eisernen Vorhang den Kontinent nicht mehr teilt. Nur wer meint, dieses Deutschland könnte vielleicht nicht mehr so verlässlich bleiben, wie es in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg Gott sei Dank geworden ist, dem müßte daran gelegen sein - so lautete unsere Antwort;- , daß es in der europäischen Integration vorangeht.

Bei Margaret Thatcher habe ich in ihren Memoiren "Downing Street 10" gelesen, sie habe gewisse Vorbehalte gegen den Prozeß der deutschen Einheit gehabt, und sie gibt ein Gespräch mit Mitterrand wieder, das darauf hinauslief: Die Antwort, man müsse die europäische Integration verstärken, um die deutsche Vereinigung erträglich zu machen, zeige nur, daß das der falsche Weg sei. Nun, die deutsche Wiedervereinigung hat trotzdem stattgefunden und ist vermutlich sogar einigermaßen irreversibel. Die einzig richtige Schlußfolgerung daraus dürfte jetzt wohl sein, die Integration voranzutreiben.

Das jedenfalls ist der Tenor unseres Papiers und nicht irgendwelche Überlegungen, daß es auch andere Möglichkeiten für uns geben könnte.

Ich will allerdings auf einen weiteren Punkt hinweisen, der das wirtschaftliche, soziale und auch sicherheitsmäßige Gefälle entlang der Linie, die bis 1989/90 der Eiserner Vorhang war, betrifft. Vergessen Sie nicht, daß die Stadtgrenze von Berlin, der deutschen Hauptstadt - was nicht alle in Bonn gern hören;-, nur etwas mehr als 50 km von der polnischen Grenze entfernt ist. Wer also ein Interesse an der Stabilität in Europa hat, kann sich um die Stabilisierung Mitteleuropas nicht herumdrücken. Das ist sicher ein vorrangig deutsches Interesse; aber ich denke, es ist eben nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Interesse. Ich füge in Klammern hinzu: Auch die Mittelmeerpolitik ist keine *quantité négligeable*. Es kommt darauf an, aus welcher Richtung man schaut, Herr Stürmer, was hinter Algerien liegt. Man könnte auch sagen, hinter Algerien liegen Tunesien, Marokko, Ägypten, Israel, Palästina, Iran, Irak, Türkei, also der ganze Nahe Osten.

Nun mag es einigen ungereimt vorkommen, aber in der Priorität der Außen- und Sicherheitspolitik sehe ich die deutsche Position in mancher Hinsicht näher an der britischen, als an allen französischen Einstellungen. Deshalb werben wir so sehr darum, daß Großbritannien eine seiner Tradition entsprechende führende Rolle in der europäischen Integration spielen, daß es sich also zur Avantgarde, zum Kern dieses Europa rechnen möge. Wir wollen ja Großbritannien dabei haben - wenn es denn mitmachen will; das ist allein seine eigene Entscheidung.

Aber ich füge genauso unmißverständlich hinzu: Wir stehen voll zum Maastricht-Vertrag, so wie er vorliegt, und werden nicht zulassen, daß irgendwelche zusätzlichen Bedingungen formuliert werden. Es stimmt, wir hätten uns im Maastricht-Vertrag eine bessere Balance gewünscht. Ich glaube allerdings nicht, daß sich die deutsche Bevölkerung vornehmlich über alle möglichen bürokratischen Unzuträglichkeiten grämt. Das eigentliche Problem europäischer Politik für uns war: Wie will ich den Menschen erklären, daß sie auf die D-Mark verzichten sollen, wenn Europa nicht fähig ist, einen Krieg unmittelbar vor unserer Haustür zu verhindern? Man täusche sich nicht: Die Unfähigkeit Europas, in Jugoslawien eine gemeinsame Politik zu betreiben, geschweige denn den Krieg zu verhindern, ist das Desaster europäischer Politik in der ersten Hälfte der 90-er Jahre. Ich nehme an, darin stimmen wir überein.

Ich habe nicht gesagt, Herr Weidenfeld, die Integration sei grundsätzlich reversibel. Ich meine lediglich, der jetzige Stand der Integration ist noch nicht irreversibel. Eben dies möchte ich aber erreichen: eine irreversible Integration. Dazu bedarf es stärkerer Elemente. Das bedeutet erstens, wir dürfen keinesfalls wieder hinter Maastricht zurückfallen und zweitens, wir müssen in der Politischen Union vorankommen. Wenn wir dann in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht so weit kommen, wie ich es mir wünschen würde: *à la bonne heure*. Immerhin gibt es dazu im Memorandum der britischen Regierung eine Reihe verdienstvoller Ansätze.

Zu Herrn Picht möchte ich sagen: Ich habe alle Punkte genannt, in denen auch Frankreich und Deutschland nicht übereinstimmen, etwa in der Frage der Mehrheitsentscheidungen, das heißt, die Abkehr vom Vetorecht, oder was die Rolle des Parlaments angeht und dergleichen mehr. Darauf ist hier bisher niemand eingegangen. Ich halte jedenfalls die Aufgabe des Vetorechts für einen ganz entscheidenden Punkt. Man kann lange darüber streiten, wie Mehrheitsentscheidungen dann auszugestaltet sind, aber das Vetorecht baut für den weiteren Integrationsprozeß möglicherweise unüberwindbare Hürden auf.

Und die Frage nach der Rolle des Europäischen Parlaments ist natürlich ausschlaggebend dafür, welche Art von europäischer Integration wir eigentlich wollen. Da ich die Integration irreversibel machen will und der Meinung bin, daß die Europäische Union Elemente von staatlicher Qualität haben muß, halte ich eine zentrale Rolle des Europäischen Parlaments für notwendig. In dem Punkt stimmen wir mit vielen in Frankreich noch nicht überein, und wir sehen hier die Gefahr eines Rückfalls, wenn wir das Europäische Parlament nicht entsprechend stärken. Mit dieser Feststellung ist keine Drohung verbunden, sondern sie drückt nur eine Besorgnis aus.

Den Vorwurf von Herrn Garton Ash, ich hätte gesagt, es gäbe überhaupt keine Alternativen dazu, muß ich akzeptieren. Nun: wer einen Mercedes verkaufen will, sagt nicht, daß BMW eine gute Alternative wäre, sondern er stellt fest, daß es keine bessere Alternative gibt. Und da ich für meine Idee werbe, sage ich: Es gibt keine Alternative. Und ich füge hinzu: Sind wir wirklich ganz sicher, daß sich die Geschichte nicht doch wiederholen könnte, wenn wir die gleichen Fehler machen? Daß man über Details streiten kann und muß, steht für mich außer Frage.

Eine letzte Bemerkung: Offenbar brauchen nicht nur die Deutschen immerzu Streicheleinheiten von ihren Freunden, sondern auch die Briten wollen ständig gelobt werden. Ich habe nicht gemeint, die



Schweiz werde zur Europäischen Union kommen und irgendwann dann Großbritannien auch, sondern um die Anziehungskraft des Magneten zu demonstrieren, habe ich zwei völlig verschiedene Beispiele angeführt, eben die Schweiz und Großbritannien.

Ich erinnere gelegentlich daran, was viele in Deutschland vergessen haben: Nach dem Scheitern des EVG-Vertrags in der französischen Nationalversammlung war es ein britischer Außenminister, der die Initiative ergriffen und verhindert hat, daß daraus ein Desaster entstand, sondern es mit Europa trotzdem voranging. Deshalb sage ich: Großbritannien trägt eine Verantwortung, der es gar nicht anders gerecht werden kann als durch ein möglichst großes Engagement für die europäische Integration.

### **The Lord Dahrendorf**

Einige Anmerkungen zu den anstehenden Fragen. Manche von Ihnen möchten so wenig wie möglich über Institutionen sprechen. Wenn ich vorschlage, das Parlament zum Thema zu machen, dann vor allem deshalb, weil eines der größten Probleme des europäischen Projekts auf der jetzigen Stufe darin besteht, daß fast alles, was auf europäischer Ebene getan wird, der demokratischen Verantwortung und Kontrolle entzogen wird. Das ist auf die Dauer kein gangbarer Weg.

Einige von Ihnen haben gemeint, wir sollten mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beginnen, das heißt, wie man sie erreicht und wie man sich diese wundervolle Sache, bei der wir offenbar alle übereinstimmen, vorzustellen hat. Vielleicht beruht die Zustimmung nur darauf, daß wir uns noch nicht im Detail damit befaßt haben. Sobald wir zur Sache kommen, könnten wir feststellen, daß die Übereinstimmung nicht ganz so einhellig ist, wie es auf den ersten Blick scheint.

Zunächst sollten wir uns jedoch auf die Währungsunion konzentrieren, die insofern ein geeignetes Thema ist, als hier Politik und Institutionen auf bemerkenswerte Weise zusammenkommen. Jean-Claude Casanova hat uns eine höchst überzeugende und realistische Einschätzung gegeben, inwieweit die Währungsunion überhaupt durchsetzbar ist.

Meine eigenen Bedenken zum Thema Währungsunion kann ich in wenigen Sätzen zusammenfassen: Ich fürchte, daß sie zur zentralen europäischen Angelegenheit geworden ist und deshalb im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozeß mit Sinn und Bedeutung überladen wird, auch mit Bedeutungen, die nicht unbedingt mit dem eigentlichen und technisch ohnehin schon schwierigen Prozeß zusammenhängen. Aber solange die Außen- und Sicherheitspolitik nicht ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt wird, gibt es eben auch keine andere europäische Aufgabe von so zentraler Bedeutung. Das ist nicht ungefährlich, besonders wenn alle meinen: Gelingt dies nicht, haben wir keine andere Alternative mehr.

Ich halte das für eine schwerwiegende Fehleinschätzung, insbesondere da ich davon überzeugt bin, daß die Währungsunion ein Ziel darstellt, das von Faktoren abhängt, die weder von den Regierungen noch von der Gemeinschaft voll zu kontrollieren sind. Auch wenn man die Veränderungen in Rechnung stellt, die in den vergangenen 23 Jahren stattgefunden haben, zeugt es schon von einiger Überheblichkeit zu meinen, man könne bestimmte finanzielle und wirtschaftliche Entwicklungen in der Welt, welche gar nicht von der EU, geschweige denn von den Mitgliedsstaaten kontrolliert werden, einfach kalendarisch festlegen.

Die Währungsunion ist außerdem mit einer erheblichen politischen Bedeutung belastet, was zumindest Fragen aufwirft. Es gibt zwei Arten von Einschränkungen, die manche von der Währungsunion erwarten. Die eine ist politisch im umfassendsten Sinne und betrifft Deutschland. Es ist die Vorstellung, daß Deutschland nach Einführung der Währungsunion als Mitglied fest eingebunden ist und sich dann keine Alleingänge mehr leisten kann. Das scheint mir zumindest fragwürdig, oder, um es deutlicher zu sagen: Wenn Deutschland in eine ganz andere Richtung gehen wollte - wofür es zur Zeit nicht das leiseste Anzeichen gibt;- , wäre die Währungsunion sicher kein Hindernis, auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt.

Ich bin nicht der Ansicht, daß die Währungsunion ein für allemal irreversibel ist. Das wäre in der Tat eine merkwürdige Vorstellung, nachdem wir in den vergangenen fünf oder sechs Jahren eine ganze Reihe von Währungsunionen haben auseinanderfallen sehen. Selbst eine der ältesten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, die zwischen Belgien und Luxemburg, stand bereits zeitweise kurz vor ihrer Auflösung. Luxemburg hat erstmals ein Währungsinstitut zur Vorbereitung einer Luxemburgischen Zentralbank eingerichtet, damit sich das Land in kürzester Zeit vom belgischen Franc lösen kann. Weder die Tschechoslowakei noch die Sowjetunion konnten durch einen Währungsverbund zusammengehalten werden. Keine Währungsunion kann dramatische politische Entwicklungen verhindern.

Es gibt ein weiteres spezifisch englisches Argument, auch wenn es in letzter Zeit kaum vorgebracht wurde: Die Engländer trauen sich selbst nicht zu, die Inflation wirksam zu bekämpfen. Das geht nur durch Zwang von außen, und den kann allein die Deutsche Bundesbank ausüben. Und wenn es keine andere Möglichkeit gibt, die Bundesbank den Engländern schmackhaft zu machen, als sie "Europäische Währungsunion" zu nennen, dann sollte man davor nicht zurückschrecken. Zumindest kann auf diese Weise Druck ausgeübt werden, um die Inflation in Großbritannien einzuschränken.

Auch hier frage ich mich, ob wir die Währungsunion nicht mit Aufgaben und Intentionen belasten, die von den eigentlichen wichtigen Zielen ablenken, was einen Fehlschlag noch schmerzlicher und folgenreicher machen würde, als dies ohnehin der Fall wäre.

Es gibt ein weiteres Argument, das wir bei einer Diskussion über die Währungsunion nicht übergehen können. Wir alle wissen - darauf ist hier mehrfach hingewiesen worden;-, daß es keine Währungsunion zwischen 15 Staaten bis 1999 geben wird. Deshalb wird in der Europäischen Union etwas geschehen, was manche die Dynamik jener nennen, die der Gruppe vorangehen, was aber für die anderen, die nicht gleich an diesem Prozeß teilhaben, dennoch erstrebenswert ist. Andere könnten dies als Spaltung Europas beschreiben, weil es Europa nicht vereint, sondern trennt, und zwar für eine lange Zeit. Denn es ist eine Sache, einer Zollunion beizutreten - das kann stufenweise und mit langen Übergangsperioden geschehen. Einer Währungsunion beizutreten ist jedoch etwas ganz anderes. So etwas kann gewissermaßen nur an einem Freitagabend eingeführt werden und erfordert große Opfer sowohl im institutionellen wie im politischen Bereich.

Es ergeben sich also eine ganze Reihe von politischen Problemen zu einem Thema, das viele noch immer nur vom technischen Standpunkt aus sehen. Ich vermute jedoch, Herr Gaddum wird uns jetzt deutlich machen, daß die Währungsunion nicht nur eine technische Angelegenheit ist, sondern sehr wohl eine politische.

### **Gaddum**

Ich knüpfe an die Bemerkung von Herrn Schäuble an, Maastricht I sei ein abgeschlossener Vertrag, der in keiner Weise zur Disposition stehe. Wenn Herr Schäuble dies sagt, ist das auch die Position der deutschen Bundesregierung, und das bedeutet, daß sie ebenso für die Bundesbank verbindlich ist.

Inzwischen ist die zweite Stufe des Vertrages von Maastricht in Kraft getreten; wir stehen vor dem Übergang in die dritte Stufe, mit der die Tätigkeit der Europäischen Zentralbank beginnt, die auf die Einführung einer gemeinsamen Währung beziehungsweise, wie es im Vertrag heißt, die unwiderrufliche Verbindung der verschiedenen Währungen untereinander abzielt. Auf die damit verbundenen technischen Fragen will ich jetzt nicht eingehen.

Wenn ich sage, wir stehen hinter diesem Vertrag, dann heißt das, daß wir uns über die damit verbundenen politischen Intentionen im klaren sind, die ich voll und ganz bejahe. Insofern sind meine folgenden kritischen Bemerkungen zu einigen Punkten mehr im Sinne einer hilfreichen Beratungsfunktion zu verstehen, die Notenbanker in diesem Zusammenhang ausüben. Ob dieser Rat immer willkommen ist, ist eine andere Frage.

Die Bundesbank hat im Vorfeld des Vertrages von Maastricht und auch danach in ihren insgesamt drei Beschlüssen daraufhingewiesen, daß sie der Meinung ist, Währungsunion, Wirtschaftsunion und bestimmte Formen der politischen Kooperation - das Wort Politische Union taucht so nicht auf-gehören zusammen. Jedermann müßte klar sein, daß die Währungspolitik nicht ohne eine Abstimmung mit der staatlichen Fiskalpolitik denkbar ist angesichts der Tatsache, daß der Anteil des Staates am Sozialprodukt heute in den einzelnen Ländern zwischen 40 und 50 Prozent beträgt. Das heißt, zwischen Budgetpolitik und Währungspolitik besteht ein unlösbarer Zusammenhang. Da die Budgetpolitik nach wie vor das Herzstück des parlamentarischen Systems ist, habe ich Verständnis für die Diskussion, wie sie in England geführt wird, weil dies darauf hinausläuft, daß mit einer gemeinschaftlichen Währungspolitik die staatliche Souveränität eingeschränkt wird.

Diese Frage dürfen wir also nicht nur unter dem Gesichtspunkt diskutieren: Wer ist in der Lage, diesem System am 1.1.1999 beizutreten? So wird die Diskussion zur Zeit in den meisten europäischen Ländern überwiegend geführt. Ich halte übrigens das vorgenannte Datum, ungeachtet mancher anderen politischen Äußerungen, für das einzig realistische.

Worauf es mir ankommt, ist, zu bedenken, daß eine Währungsunion, wenn sie einmal begonnen hat, nur sehr schwer wieder aufzugeben ist, wenn man nicht tiefgehende volkswirtschaftliche Schäden in Kauf nehmen will. Das heißt, mit der Währungsunion wird ein Stück jener Irreversibilität erreicht, von der Herr Schäuble gesprochen hat und die er anstrebt. Von daher müssen wir von Anfang an dafür Sorge tragen - und das ist besonders in Deutschland, aber auch in anderen Ländern ein

entscheidender Punkt;- , daß die europäische Währung stabil ist. Mit diesem Argument läßt sie sich auch politisch verkaufen. In Deutschland heißt es: Sie soll mindestens so stark sein wie die D-Mark. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, und man muß die Bedingungen genau überlegen, unter denen das funktionieren kann.

Damit stellt sich automatisch die Frage nach der Verbindung zum Politischen. Zum einen sind hier sämtliche Querverbindungen angesprochen, die in die Budgetpolitik hineinreichen, insbesondere ob diese defizitär geführt wird oder nicht. Aber es geht darüber hinaus: Ich nehme einmal an, die Europäische Zentralbank ist der Meinung, die gegenwärtige konjunkturelle Situation erfordere eine restriktivere Politik. Nun kennen wir heute schon die Situation in einzelnen Ländern - und das wird in Europa noch mehr der Fall sein;- , daß es regional durchaus unterschiedliche Konjunkturzyklen gibt. Mit anderen Worten, die restriktiven Maßnahmen werden sich in Europa unterschiedlich auswirken. In dem Falle ist die Versuchung für einzelne nationale Regierungen groß, die Konsequenzen solcher Restriktionen durch budgetäre Maßnahmen, etwa durch Zinssubventionen, wieder zu kompensieren. Das heißt, die Wirkungen monetärer Politik können, zumindest partiell, wieder aufgehoben werden mit der Folge, daß die monetäre Politik dort, wo sie die Möglichkeit hat, noch schärfere Maßnahmen durchsetzen muß, um das gewünschte Ergebnis zu erreichen. Was das an politischen Friktionen bedeutet, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Die Budgetpolitik hat noch einen anderen interessanten Aspekt. Es gehört zu den Bedingungen der Währungsunion, daß Haushaltsdefizite und Gesamtverschuldung eines Staates ein bestimmtes Maß nicht übersteigen sollen. Die Kennziffern dafür sind 3 beziehungsweise 60 Prozent, jeweils gemessen am Bruttosozialprodukt. Dafür ist im Vertrag ein relativ kompliziertes Überwachungssystem vorgesehen. Das ist aus der Sicht eines Finanzwissenschaftlers ein hochinteressanter Katalog; wieweit er politisch effektiv sein wird, habe ich doch erhebliche Zweifel. Denn außer Ermahnungen an die, die sich nicht daran halten, gibt es kaum wirksame Sanktionsmöglichkeiten.

Der Grund ist, daß man sich nicht darauf verständigen konnte, irgendeiner Instanz - ob nun der Kommission oder der Zentralbank - eine Art Interventionsrecht in die nationalen Budgetpolitiken zuzubilligen. Allerdings gibt es den wichtigen Paragraphen 104b, der besagt, daß kein Staat und auch nicht die Gemeinschaft für einen anderen Staat letztlich finanziell haften. Damit ist ein klares finanzielles Trennsystem innerhalb der Europäischen Währungsgemeinschaft vertraglich festgeschrieben.

Das ist von erheblicher Bedeutung, was bisher zu wenig gesehen wird. Denn was da entsteht, unterscheidet sich wesentlich von dem System, das wir in Deutschland haben. Bei uns gibt es, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, eine Art staatlicher Gesamtverantwortung für alle öffentlichen Haushalte. Das heißt, in Deutschland kann praktisch keine Kommune, kein Bundesland zahlungsunfähig werden. In dem Fall ist die Gemeinschaft verpflichtet einzuspringen - allem Föderalismus zum Trotz. Eine solche Gesamthaftung wird es in Europa nicht geben.

Damit wird aber den einzelnen Mitgliedsstaaten einer Europäischen Währungsunion ein zwar bedenkliches, aber effektives Entschuldungsinstrument aus der Hand genommen, nämlich den Weg über die Inflation zu gehen. Mit anderen Worten: Die europäische Währung steht nicht zur Disposition der beteiligten Länder, die sich darauf entsprechend in ihrer Haushaltspolitik einrichten müssen.

Das kann zur Konsequenz haben, daß einzelne Staaten innerhalb der Währungsgemeinschaft zahlungsunfähig werden. Das bedeutet eine gewisse Rückkehr zum System des Goldstandards, zwar nicht in allen Punkten, aber doch im Sinne eines Souveränitätsverzichts. Die Diskussion, die dazu in England geführt wird, überzeugt mich allerdings wenig. Kein Engländer wird in Zweifel ziehen, daß das Vereinigte Königreich im Jahre 1913 ein souveräner Staat gewesen ist. Seinerzeit gab es eine Goldwährung, und man befand sich de facto in einem festen Verbund mit anderen Währungen und lebte mit entsprechenden Abhängigkeiten. Das mag für England damals nicht besonders ins Gewicht gefallen sein, weil es von allen Staaten die größten Goldvorräte besaß; aber die anderen Staaten haben diesen "Souveränitätsverzicht" ebenfalls akzeptiert.

Es kann jedoch kein Zweifel bestehen, daß die Europäische Währungsgemeinschaft mit dieser Klausel des Vertrages - wenn sie denn so praktiziert wird, wovon ich ausgehe - eine erhebliche politische Sprengkraft entwickeln kann. Ich weiß nicht, ob die Gemeinschaft es politisch überleben würde, wenn einer der größeren Staaten eines Tages seine Zahlungsunfähigkeit erklären müßte. Auf der anderen Seite kann eben dadurch eine Disziplinierung erreicht werden, von der Herr Casanova im Hinblick auf Italien gesprochen hat. Ich selbst kenne Äußerungen von italienischer Seite, die besagen: Nur auf diesem Wege ist es möglich, das zu erreichen, wozu wir national nie in der Lage wären.

Ich meine jedoch, die potentiellen Mitgliedsländer einer Europäischen Währungsunion sollten sich über die aufgezeigten Konsequenzen im klaren sein. Ich habe manchmal den Eindruck, daß einzelne Länder nicht wissen, auf was sie sich einlassen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen. Die Währungsunion soll, wie gesagt, spätestens am 1.1.1999 beginnen. Zuvor wird der Ministerrat beschließen, welche Staaten die Voraussetzungen erfüllen, und die müssen dann daran teilnehmen. Das ist ein Muß, keine Option. Zwischen dieser Entscheidung des Ministerrates und dem Beginn der Währungsunion werden aber mindestens ein halbes Jahr, wenn nicht 12 Monate liegen. Diese Zeit braucht es für die Vorbereitungen. Das heißt, es wird in dieser Zeit in der Öffentlichkeit bekannt sein, wer mitmacht. Die Kurse in die neue Währung werden jedoch -auch das steht im Vertrag - in der Stunde Null des Übergangs - also am 1. Januar 1999 - festgelegt. In der Zwischenzeit gibt es also freies Spiel für George Soros und seine Freunde. Dies kann nur ein Land aushalten, von dessen innerer Stärke seiner Währung der Markt überzeugt ist.

Wir erleben ja, daß die derzeitigen Währungsturbulenzen viel stärker als früher von dem erheblich gewachsenen Mißtrauen in die Fähigkeit der Staaten, mit ihrer Schuldenlast fertig zu werden, bestimmt worden sind. Das hat nicht zuletzt - es gibt auch andere Einflüsse - mit der Diskussion um die Konvergenzkriterien und die Bedeutung der Staatsverschuldung für die Währungsstabilität zu tun. Das öffentliche Bewußtsein ist in dieser Hinsicht außerordentlich geschärft worden.

Ich unterstelle einmal, daß der Übergang zur Europäischen Währungsunion gelingen wird und sich eine Reihe von Staaten findet, die die Kriterien erfüllen. In dem Falle wird die Währungsunion auch auf jene Staaten, mit denen sie in einem intensiven Handelsaustausch steht, eine solche Sogwirkung ausüben, daß diese Staaten zu einer ähnlichen Politik gezwungen sein werden. Dafür spricht jede historische Erfahrung. Von daher bin ich recht gelassen, was den Beitritt weiterer Mitgliedsländer zu der Währungsunion angeht, weil dies in deren eigenen Interessen liegen wird. Das gilt sicher für die heutigen 15 Mitglieder der Europäischen Union, mithin auch für die Länder, die den ersten Schritt jetzt noch nicht mitgehen können oder wollen. Der Druck auf diese Länder, sich der Währungsunion anzunähern, wird stärker werden.

Das heißt dann aber auch, wir müssen die Diskussion politisch weiterführen. Insofern stimme ich Herrn Langguth zu, daß die finanziellen Mittel innerhalb der EU im Sinne einer gezielten Strukturpolitik neu verteilt werden müssen, sonst stößt jede Erweiterung sofort an ihre finanziellen Grenzen. Das ist dann nicht nur eine politische, sondern mehr noch eine ökonomische Entscheidung.

### Hutton

Auch ich bin mir darüber im klaren, daß die deutsche Auffassung ist: Vertragliche Verpflichtungen sind einzuhalten, warum sollte man darüber noch großartig diskutieren? Ich möchte aber erhebliche Vorbehalte gegenüber der Theorie anmelden, die dahintersteht, und das in Frage stellen, was Herr Casanova gesagt hat. Wenn die Franzosen sich überlegen, was aus ihrem Versuch geworden ist, den Crédit Lyonnais nach dem Vorbild der Deutschen Bank arbeiten zu lassen - was ein sehr wichtiger Teil der Strategie war;- , sollten sie sorgfältig überdenken, was sie vorhaben.

Ich bin im übrigen ein engagierter englischer Pro-Europäer, der im Prinzip die Auffassung von Schäuble/Sommer teilt, worauf das Ganze hinauslaufen soll. So wie die Währungsunion derzeit konzipiert ist, bin ich jedoch tief besorgt, daß wir mit ihr viele Debakel nach Art des Crédit Lyonnais erleben werden und daß sie entweder in der Interimsperiode oder in zwei, drei Jahren scheitern wird. Ich glaube einfach nicht, daß die Länder Europas im institutionellen Bereich eine hinreichende Konvergenz aufweisen, damit dies funktionieren kann, auch nicht die Länder des harten Kerns. Ich bin hiervon genauso überzeugt, wie ich es hinsichtlich der britischen Mitgliedschaft im EWS war, als das Pfund noch DM 2,95 kostete. Ich war für das EWS und gegen die besondere Parität. Während unserer Mitgliedschaft erwartete ich ständig, daß das Ganze in einer Katastrophe enden und uns weit zurückwerfen würde. Genau das gleiche wird, so fürchte ich, in einem europäischen Rahmen mit einer einheitlichen Währung geschehen, wenn wir nicht sehr vorsichtig vorgehen.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu Herrn Casanova machen, der die recht verbreitete Auffassung vertrat, Abwertungen seien nicht sinnvoll, der einzige Weg zu wirtschaftlicher Stärke sei eine niedrige Inflationsrate. Ich halte die Kette von Ursache und Wirkung für falsch. Ich bin ein Bewunderer der deutschen sozialen Marktwirtschaft. Was mich zunehmend beeindruckt - sowohl durch meine Gespräche mit Direktoren der Bundesbank als auch durch die Beobachtung des deutschen Finanzsystems;- , ist der Umstand, daß der Schlüssel zum Erfolg nicht die unabhängige Zentralbank, die Kontrolle der Geldmenge M 3, geringe Inflation, hohe Investitionen und eine gute Leistungsbilanz sind. Ursachen und Wirkung sind genau umgekehrt: Es sind die hohen Investitionen,

die mit starker Wettbewerbsfähigkeit, langfristigen Zinsraten und, sehr wichtig, langfristig investierenden Institutionen verbunden sind, welche entsprechende Fonds in deutsche Investitionen vermitteln. Es ist überdies das System der Tarifautonomie, in welchem die Löhne ausgehandelt werden. Erst dann kommt die unabhängige Zentralbank, die eine großartige Rolle spielt und all das, was ich erwähnt habe, glaubwürdig absichert. Dies stellt gewissermaßen einen geschlossenen Kreislauf dar.

Wenn man die Zusammenhänge so sieht und die Deutsche Bundesbank tatsächlich als eine Art Sozialpartner erkennt, der wichtige Signale an die Tarifpartner aussendet, wie die nächste Lohnrunde ungefähr aussehen sollte, dann wird klar, wie dieser Kreislauf funktioniert. Man muß sich vor Augen halten, daß 80 Prozent des privaten Sektors durch solche kollektiven Tarifverhandlungen abgedeckt werden und daß der Arbeitsminister die Autorität besitzt, sie auch für solche Bereiche bindend zu machen, wo sie ursprünglich nicht gelten. Das heißt, wir sprechen letztlich von 90 Prozent. Wenn man ein System hat, in dem 90 Prozent der Wirtschaft durch kollektive Tarifverhandlungen abgedeckt werden und es zudem langfristig investierende Institutionen gibt, dann hat man diesen Kreislauf, in dem die Bundesbank den dritten wichtigen Partner darstellt. Nach meiner Auffassung ist das der Schlüssel zum deutschen System.

In Frankreich, Großbritannien oder Italien gibt es keine vergleichbaren Institutionen wie die Kreditbank für Wiederaufbau oder die Internationale Kreditbank. Als die Franzosen versuchten, eine allgemeine Industrie-Investitionsbank einzurichten und den Crédit Lyonnais zu dem zu machen, was er sein sollte, endete das Ganze in einer Katastrophe. Das heißt, es gelang nicht, aus dem Crédit Lyonnais eine Deutsche Bank zu machen. Es hat 125 Jahre gedauert, bis die Deutsche Bank zu dem wurde, was sie jetzt ist. Des weiteren gibt es in Frankreich, Italien oder Großbritannien keine landesweiten Industriegewerkschaften und keine flächendeckenden Tarifabschlüsse.

Worauf ich hinauswill, ist, daß wir die Länder Europas einladen, lediglich die Kriterien Zinssätze, Inflationsrate, öffentliche Schulden und Haushaltsdefizite - als Vorbedingungen zu akzeptieren, damit dann der Hebel angesetzt wird und sich 1999 fünf oder sechs Länder in Richtung einer Einheitswährung bewegen. Aber ist dieses Modell einer unabhängigen Europäischen Zentralbank, das auf das Modell der deutschen sozialen Marktwirtschaft zugeschnitten ist, in den anderen Ländern überhaupt durchführbar? Gibt es

Währungsunion zugeschnitten auf das deutsche Marktwirtschaftsmodell

dort jene Institutionen, die dafür sorgen, daß es so wie das deutsche Modell der Marktwirtschaft funktioniert? Die Antwort lautet: nur unzureichend. Gibt es eine hinreichende Legitimation, und fühlen sich diese Länder in ausreichendem Maße an Europa gebunden, um sich einer strikten fiskalischen Disziplin seitens Brüssel in bezug auf die Budgetfestsetzungen zu unterwerfen und die schmerzhaften Härten, denen man sich damit aussetzt, zu ertragen? Ich glaube es nicht. Was ich kommen sehe, ist, daß das Ganze zusammenbrechen und damit einen großen Rückschlag für die europäische Sache insgesamt bringen wird.

Ich habe heiße Diskussionen mit Franzosen über dieses Problem geführt, aber ich glaube nicht, daß die Jugendarbeitslosigkeit und die soziale Not in Frankreich in diesem Ausmaß auf Dauer ertragen werden können. In gewisser Weise betrügen sich die Franzosen selbst, und teilweise verraten sie die europäische Sache, indem sie ihrem Volk diese Härten im Namen Europas auferlegen. Das ist auch der Grund für die hauchdünne Mehrheit, mit der das Maastricht-Referendum in Frankreich angenommen wurde. Ich glaube nicht, daß die Franzosen zum jetzigen Zeitpunkt noch einmal dafür stimmen würden.

Sie können sagen: "Wenn Sie das so sehen, Will Hutton, wie wollen Sie dann den europäischen Prozeß voranbringen?" Hier würde ich die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik nennen. Ich unterschreibe auch voll die Auffassung, daß etwas getan werden muß, um dem Europäischen Parlament mehr Gewicht zu verleihen. Man muß weitergehen, indem man ein Europa der Bürger aufbaut, ein Europa der Institutionen, in denen eine gemeinsame europäische Identität spürbar ist und in dem das Konzept gemeinsam erbrachter Opfer beziehungsweise von Opfern eines Landes für die gemeinsame gute Sache wirklich von allen Politikern der einzelnen Mitgliedsstaaten vertreten werden kann. Dies ist in England derzeit gewiß nicht der Fall.

Wir haben einen Vertrag. Maastricht II findet 1996 statt. Es gibt verschiedene Wege für Verbesserungen. Die zweite Stufe des Entscheidungsprozesses wird erreicht, wenn der Ministerrat entscheidet, ob die festgelegten Kriterien erreicht worden sind. Daran schließt sich die Frage an: Sind die Bedingungen gegeben, sich in einem erweiterten wirtschaftlichen und sozialen Rahmen auf eine Einheitswährung zuzubewegen? Maastricht II könnte mit einigen Zusätzen versehen werden, in denen

die von mir erwähnten Probleme berücksichtigt werden. Das heißt nicht, den Gedanken an die von Europa dringend benötigte Einheitswährung von vornherein aufzugeben. Ich wünsche, daß die europäischen Mitgliedsstaaten Formen der deutschen sozialen Marktwirtschaft entwickeln würden, damit sie wirklich mitspielen können. Doch bis wir soweit sind, werden wir wahrscheinlich Europa im Namen Europas zerschlagen, und mich macht diese Vorstellung äußerst besorgt.

### **Casanova**

Die Arbeitslosenrate ist in Frankreich zwar höher als in Deutschland, aber niedriger als in Italien, das jedoch eine andere Politik verfolgt als wir. Die Arbeitslosenrate hängt indes nicht in erster Linie von der Stabilität der Währung ab, sondern weit mehr vom Funktionieren des französischen Arbeitsmarktes. Ob die Jugendarbeitslosigkeit bei uns unerträglich ist, weiß ich nicht; sie hängt auch von strukturellen Gegebenheiten ab. Die 20- bis 25jährigen gehen, soweit sie nicht studieren, direkt auf den Arbeitsmarkt und sehen sich dort großer Ungewißheit gegenüber, was sich psychologisch höchst nachteilig auswirkt. Wir haben kein entsprechendes Ausbildungssystem wie die Deutschen, und die Kosten für den Eintritt in den Arbeitsmarkt liegen bei uns höher. Doch all diese Schwierigkeiten werden nicht durch die jetzige Politik der Bank von Frankreich verursacht, sondern damit hatten wir auch zuvor schon zu tun.

Will Hutton stimme ich zu, daß man die Dinge in einem größeren Zusammenhang sehen muß. Eine stabile Währung hängt nicht zuletzt davon ab, daß man die Inflationsrate niedrig hält, hohe Investitionen ermöglicht und ein Tarifsystem hat, das die Löhne nicht stärker steigen läßt als die Produktivität. Aber hier gibt es keine zwangsläufige Abfolge, wonach eine bestimmte Investitionsrate zu entsprechendem Tarifabkommen führt und daraus dann eine stabile Währung resultiert. Dies ist weniger eine Kausalitätskette, sondern eher ein Dreiecksverhältnis: Investitionsrate, Lohnabschlüsse, Währungsstabilität.

Seit 1976 bemühen sich alle französischen Regierungen (mit Ausnahme der Zeit von 1981 bis 1983) und die Zentralbank um eine Stabilitätspolitik mit dem Ziel, ähnlich hohe Investitionsraten und Tarifabkommen wie in Deutschland zu erhalten. Verglichen mit deutschen Unternehmen konnten die kleinen und mittleren französischen Unternehmen in den letzten 20 oder 30 Jahren kein Eigenkapital bilden. Aus zwei Gründen: Zum einen verhinderten die Abwertungen des französischen Franc Exporterleichterungen, und zum anderen neigten viele Unternehmen aufgrund der Inflation dazu, ihre Gewinne nach außerhalb zu verlagern, statt sie im Unternehmen zu belassen. Von daher sind die mittelständischen Firmen in Frankreich sehr konjunkturabhängig, was die Arbeitslosenrate hochtreibt, sobald eine Rezession kommt.

Was die Tarifabkommen angeht, fehlt es uns seit langem an einem sozialen Konsens, den wir unbedingt brauchen; denn die Lohnerhöhungen lagen häufig über den Produktivitätssteigerungen. Das war besonders 1968 der Fall, als die französische Regierung sich zu einer der stärksten Währungsabwertungen und höchsten Inflationsraten treiben ließ, nachdem Hunderttausende von Studenten und Lohnabhängigen auf den Straßen demonstriert hatten. Regierungen, die zu wenig Härte zeigen, sind in Frankreich zum Nachgeben gezwungen.

Die heutige Politik der französischen Regierung versucht, das Dreieck zu realisieren: hohe Investitionsrate, Konsens bei den Lohnabschlüssen und ein stabiler Franc. Würden wir die italienische Politik übernehmen, wären unsere Schwierigkeiten größer, insbesondere die Arbeitslosenrate höher. Unsere Auslandsschulden würden zunehmen bei gleichzeitig steigender Inflation. Wir wären gezwungen abzuwerten, und die Zinsen würden ansteigen.

Wenn wir uns für die deutsche Politik aussprechen, so geht es dabei genausogut um die schweizerische, österreichische oder japanische Politik. Denn eine stabile Währung bietet entschiedene Vorteile. Die Frage ist nur, ob wir in Frankreich dafür politisch die Kraft aufbringen oder daran scheitern und es wieder zu Unruhen kommt, wie wir sie im Mai 1968 erlebt haben. Doch der Versuch, diese Politik zu übernehmen, scheint mir sinnvoll.

Die verfehlte Politik des Crédit Lyonnais ist aus meiner Sicht die Folge eines Zusammenspiels zwischen einer sozialistischen Regierung und einem gaullistischen Direktor. Da ich weder Sozialist noch Gaullist bin, stört dies meinen Seelenfrieden nicht. Was wir hier vor uns sehen, ist ein klassisches Problem staatlicher Unternehmen. Ähnlich wie in England haben wir begonnen, verstaatlichte Betriebe zu reprivatilisieren. So wie ich die deutsche Finanzpolitik bewundere, befürworte ich die thatcheristische Privatisierungspolitik, die heute in ganz Europa und auch in Frankreich Nachahmer findet. Ohne das englische Vorbild hätten wir dies kaum gewagt.

Natürlich können wir den Crédit Lyonnais angesichts seiner Größe und Bedeutung nicht in Konkurs gehen lassen. Seine Aktiva an eine ausländische Bank zu veräußern, ist ebenfalls unmöglich, selbst an eine niederländische nicht. Der Staat wird demzufolge einige Jahre für die Verluste aufkommen müssen - indirekt bezahlt der Steuerzahler für die verfehlte Politik;- , zumindest werden keine Gewinne anfallen, was immer die französische Regierung anderes behauptet. Eine andere Möglichkeit sehe ich aber aus den vorgenannten Gründen nicht.

Die französische Regierung wird sich bemühen, das staatliche Gesamtdefizit zu verringern und entsprechend namentlich bei der sozialen Sicherheit einzusparen, um ihr Versprechen einer stabilen Geldpolitik einzuhalten.

Natürlich gibt es keine Erfolgsgarantie für diese Politik - in der Vergangenheit gab es ebenso viele Mißerfolge wie Erfolge in dieser Hinsicht. Da es jedoch keine wirkliche politische Alternative gibt und wir mit Inflation und Abwertung bereits unsere Erfahrungen gemacht haben, erscheint mir diese Stabilitätspolitik am vernünftigsten.

### **Hutton**

Ich bin in vielem gar nicht anderer Meinung; aber was ich in bezug auf den Crédit Lyonnais sagen wollte: Mitte der 80er Jahre gab es eine Reihe von Gesetzesänderungen in Frankreich, um den großen französischen Handelsbanken zu erlauben, in etwa so zu werden wie die deutschen Industriebanken. Insbesondere der Crédit Lyonnais war dazu ausersehen, sich nach dem Modell der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank zu entwickeln und damit zu einer Art Hausbank für eine Reihe von französischen Schlüsselindustrien zu werden, Aktienpakete zu halten und so weiter. Es war das ausdrückliche Ziel der französischen Politik, die deutschen Geschäftsbanken nachzubilden und Strukturen zu schaffen, die dies erlauben würden. Der Crédit Lyonnais geriet vor allem deshalb in solche Schwierigkeiten, weil man versuchte, sich in den Institutionen zu stark an Deutschland zu orientieren. Dieser Schuß ist nach hinten losgegangen.

### **Picht**

Wenn wir uns hier Gedanken über die politischen Bedingungen der europäischen Vereinigung machen, dann sollten wir uns darüber im klaren sein, wie sehr diese nicht zuletzt von der sozialen Entwicklung in Europa abhängen. Wir alle wissen, daß Wirtschaftswachstum und die Erholung der Konjunktur keineswegs automatisch mehr Arbeitsplätze schaffen aus Gründen, die mit der Entwicklung der Technologie, der globalen Konkurrenz und anderer Dinge mehr zusammenhängen.

Mit anderen Worten: Arbeitslosigkeit ist kein marginales Thema mehr, das man mit sozialen Mitteln irgendwie in den Griff bekommen kann, sondern es ist zu einer Kernproblematik unserer Gesellschaft geworden, und zwar auf Dauer. Hinzu kommt, daß unsere sozialen Systeme zunehmenden Belastungen ausgesetzt sind, die de facto nicht mehr finanzierbar sind. Beides schafft ein Klima, das auf die Europapolitik durchschlägt.

Wenn man sich das denkbar knappe Ergebnis des französischen Maastricht-Referendums anschaut - 51 Prozent Befürworter, 49 Prozent Gegner;- , dann ist die starke Ablehnung vor allem auf die Stimmen derer zurückzuführen, die fürchten, durch Europa ins Hintertreffen zu geraten. Auch wenn dieser wirtschaftliche und soziale Abstieg nur bedingt etwas mit Europa zu tun hat, machen die Betroffenen Europa dafür verantwortlich. Dieses Gefühl beunruhigt immer breitere Gesellschaftsschichten, nicht nur die bereits im Abseits Stehenden.

Was leistet Europa eigentlich in dieser Hinsicht? Im Vertrag von Maastricht steht über die soziale Komponente nur sehr wenig - und auch das ist schon höchst umstritten. Herr Garton Ash hat zu Recht das Thema Wohlstand und Verteilung angesprochen. Welch ein Riesenabstand zwischen solchen Überlegungen und den Vorgaben im Vertrag von Maastricht, der mit den bisherigen Methoden staatlicher Finanz- und Sozialpolitik nicht mehr zu überbrücken ist. Da stellt sich dann in der Tat die Frage nach der Legitimation Europas. Wie werden sich die sozialen Bedingungen entwickeln? Wenn wir diese Frage nicht beantworten, werden wir auch nicht die notwendige Stabilitätspolitik durchführen können. Ich habe mit Interesse gehört, daß Herr Hutton meint, wir müßten die soziale Marktwirtschaft neu bedenken, um mit dieser Problematik gesellschaftlich anders umzugehen. Das kann ich nur unterstreichen, ohne die Antwort darauf zu wissen.

### **Moore**

Es hat mich sehr beeindruckt, was Herr Gaddum über die Vorbereitungen zur Währungsunion gesagt hat, insbesondere über den sechsmonatigen und sogar längeren Zeitraum, in dem die Währung auf

dem Prüfstand ist. Ich verstehe indes nicht, warum es für die Befürworter des europäischen Zusammenschlusses so wichtig ist, eine Einheitswährung zu einem festgelegten Zeitpunkt einzuführen. Ich weiß natürlich, daß dies im Vertrag von Maastricht steht und daß Sie, wenn irgend möglich, den Zeitplan einhalten wollen. Aber Zeitpläne haben immer etwas Künstliches. Nach dem, was Herr Gaddum und Will Hutton ausgeführt haben, ist es sehr gefährlich, wenn man an einem bestimmten Zeitplan festhält, koste es, was es wolle.

Das ist geradezu eine Einladung an Spekulanten, für Ärger zu sorgen. Möglicherweise diskreditiert man damit eine Idee, die sich durchaus als öffentlichkeitswirksam herausstellen mag, aber zu dem festgelegten Zeitpunkt völlig unpassend wäre. Mit anderen Worten: Ich frage mich, ob man nicht gerade durch das starre Festhalten an diesem Zeitplan das eigentliche Ziel unmöglich macht. Ich selbst hätte nichts dagegen; aber ich wüßte gern, was jemand wie Herr Schäuble darüber denkt. Warum ist es so wichtig, daran festzuhalten?

### **Schäuble**

Ich bin nicht mit allen Feinheiten einer Währungsunion so vertraut wie Herr Gaddum. Aber ich erinnere mich recht gut, daß die Bundesbank vor den Verhandlungen zum Maastricht-Vertrag gebeten war zu sagen, welches die notwendigen Voraussetzungen für eine Währungsunion sind. Und die Bundesbank hat nach Abschluß der Maastricht-Verhandlungen erklärt, wir hätten unsere Voraussetzungen erfüllt. Also haben wir ja gesagt zu Maastricht. Ich würde es nicht für gut halten, wenn jetzt im nachhinein wieder Zweifel daran hochkommen. Denn in der Politik brauchen wir Berechenbarkeit, Klarheit und Konstanz. Deshalb bin ich in diesem Punkt nicht sehr flexibel. Wir haben den Vertrag abgeschlossen und ratifiziert, und das Bundesverfassungsgericht hat ihn geprüft. Mit anderen Worten: Der Vertrag gilt.

Ich will noch etwas aus meiner politischen Alltagserfahrung als vormaliges Mitglied der Bundesregierung und als jetziger Vorsitzender einer großen Fraktion im Parlament hinzufügen: Wann immer eine wichtige politische Frage zur Entscheidung ansteht, werde ich stets nur mit Argumenten konfrontiert, warum alles nicht geht; aber selten höre ich Vorschläge, wie es denn gehen könnte. Meine Sorge ist, daß wir in Deutschland und in Europa zu viel Stillstand haben. Wenn wir immer nur Zweifel schüren, verspielen wir vielleicht die außerordentliche Chance, die uns 1989/90 eröffnet wurde. Wir brauchen statt dessen Impulse, um einige Schritte voranzukommen. Es geht um sehr viel mehr, als die Währungsunion zwei Jahre früher oder später zu verwirklichen; das halte ich nicht für so wichtig. Worauf es mir ankommt, ist, ob wir die Kraft haben, Verträge, die wir abgeschlossen haben, auch zwei Jahre später noch einzuhalten.

### **Gaddum**

Die Bundesbank hat in ihren von Herrn Schäuble zitierten Beschlüssen zum Vertrag von Maastricht die Verbindung zur Politischen Union aufgezeigt. Das habe ich versucht, hier noch einmal zu verdeutlichen. Wenn die dafür notwendigen Schritte - aus welchen Gründen auch immer - nicht erreicht werden können oder konnten, kann man das nicht der Bundesbank anlasten.

### **Stürmer**

Im Vertrag von Maastricht geht es, wie Herr Gaddum deutlich gemacht hat, um die unwiderrufliche Verbindung der Währungen untereinander. Das ist nicht von vornherein die europäische Einheitswährung. Was geschieht aber, wenn die Regierung eines Landes wegen drängender wirtschaftlicher und sozialer Probleme auf der Kippe steht? Wird ihr dann nicht der Vertrag ziemlich gleichgültig sein und sie sich doch wieder des herkömmlichen Mittels bedienen, nämlich Inflation zuzulassen?

### **Vernet**

Ich bin doch ein wenig amüsiert, daß alle unsere britischen Kollegen die gleichen Argumente gebrauchen, ob sie nun für oder eher gegen Europa sind.

Ein Punkt in der französischen Diskussion wurde bisher nicht erwähnt: Eine Einheitswährung und eine europäische Zentralbank würden den Einfluß der Deutschen Bundesbank sicher verringern. In jedem Fall wären die Partnerländer, vor allem Frankreich, an der Ausarbeitung der europäischen Währungspolitik, an der Festlegung des Zinssatzes und so weiter mitbeteiligt und nicht, wie es zur Zeit läuft, dem Diktat der Deutschen Bundesbank mehr oder weniger - ausgeliefert.



Ich frage mich auch, ob die Wirtschafts- und Währungsunion so stark an die Politische Union gekoppelt sein muß, wie es die deutsche Regierung gefordert hat, als der Vertrag von Maastricht verabschiedet wurde. Hat Jean- Claude Casanova nicht recht: Wenn wir die Einheitswährung schaffen, ergibt sich der Rest von selbst? Führt die Währungsunion nicht de facto zu Fortschritten im Hinblick auf die Politische Union? Zwingt eine gemeinsame Währung nicht zu einer gemeinsamen Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik? Sind die politischen Institutionen und damit die Frage nach der Politischen Union hier nicht direkt angesprochen?

Vielleicht würden das nicht alle Befürworter der Währungsunion so sehen, und man sollte in Frankreich auch nicht allzu offen in dieser Richtung argumentieren, da die Gegner der Integration dadurch noch mehr abgeschreckt werden und das Lager der Euro-Skeptiker verstärken könnten. Dennoch sollte man sich die Frage stellen.

Ich habe drei Fragen an Herrn Gaddum:

Erstens: Sind die in Maastricht festgelegten Kriterien für Sie absolut einzuhalten, oder gibt es einen Interpretationsspielraum?

Zweitens: Sie erwähnten, daß in dem halben oder sogar einem Jahr vor Einführung der Einheitswährung der Spekulation Tür und Tor geöffnet werde. Der französische Europaminister Lamassure meinte deshalb sogar, die Währungsunion müsse von heute auf morgen beschlossen werden, ohne Vorankündigung, um eben Spekulationen zu verhindern. Was könnte man also tun, um solche negativen Begleiterscheinungen zu vermeiden und die Spekulation auf die Wechselkurse zu unterbinden, bevor diese definitiv festgesetzt sind?

Drittens: Was geschieht, wenn ein Mitgliedsland der Währungsunion zahlungsunfähig wird? Wir kennen ähnliche Fälle heute schon beim Europäischen Währungssystem, wenn es dabei bisher auch nicht um Zahlungsunfähigkeit ging. Jedenfalls stützt in dem Falle die Zentralbank eines Partnerlandes die andere Währung, weil ein Zusammenbruch nicht hingenommen werden kann. Wäre nicht ein ähnlicher Mechanismus denkbar, wenn es die Währungsunion erst einmal gibt?

### **Hellström**

Ich bezweifle, daß wir langfristig den gemeinsamen Binnenmarkt aufrechterhalten können, wenn wir uns nicht in Richtung einer Wirtschafts- und Währungsunion bewegen. Ohne eine Währungsunion werden wir vermutlich so viele Konflikte über den Binnenmarkt, über wettbewerbsbedingte Abwertungen und so weiter bekommen, daß das der Anfang vom Ende sein könnte.

Allerdings wird hier so getan, als ob die Entscheidung darüber bereits gefallen ist. Soweit ich mich erinnere, gibt es einige wichtige Bereiche, die in Maastricht offengelassen wurden und die noch im einzelnen festzulegen sind. Das gilt zum Beispiel für die Finanzpolitik. Der Vorsitzende der Finanzminister, also der Vorsitzende von Eco-Fin, wird vermutlich an den Sitzungen der Zentralbank teilnehmen. Soweit ich verstanden habe, ist seine Rolle noch nicht definiert. Nach meiner Kenntnis hat Eco-Fin es bisher nicht gewagt, diese Probleme anzurühren, und zwar aus guten Gründen; denn ihre Finanzpolitik liegt den Mitgliedsländern sehr am Herzen. Wenn dies nicht festgelegt wird, könnte die Union Schlagseite bekommen und leicht Schiffbruch erleiden.

Ein zweiter Punkt hat ebenfalls mit der Finanzpolitik zu tun, nämlich die Frage der Konvergenzkriterien. Die Diskussion in Schweden geht davon aus, daß es eine wirkliche Konvergenz geben muß, wenn diese Kriterien dauerhaft erfüllt werden sollen. Deshalb muß man dafür sorgen, daß die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Ohne eine Finanzpolitik, die so weit zwischen den Ländern koordiniert ist, daß die Arbeitslosigkeit abnimmt, werden die Konvergenzkriterien nicht erfüllt werden. Es gibt somit eine Verbindung zwischen der Finanzpolitik und der Schaffung von Arbeitsplätzen, die man in Maastricht außer acht gelassen hat. Dies muß sicherlich vor 1997 oder 1999 festgelegt und entschieden werden.

### **Gaddum**

Das Ziel der fünf Kriterien ist in der Tat, eine Konvergenz zu erreichen, auch wenn sie nicht das gesamte wirtschaftliche Umfeld abdecken. Allerdings bezweifle ich, ob es sehr viel Sinn macht, etwa die Situation am Arbeitsmarkt als zusätzliches Kriterium zu formulieren, wie es von englischer Seite vorgeschlagen wurde.

Auch in Deutschland waren nach dem Kriege die regionalen, sozialen und wirtschaftlichen Divergenzen zunächst außerordentlich groß. Die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein zum Beispiel war höher als in anderen Bundesländern. Dennoch hat niemand die einheitliche Währung in

Deutschland in Frage gestellt. Denn da ging es nicht um Währungs-, sondern um Strukturfragen, die für die Währungs- und Finanzpolitik mit ausschlaggebend waren.

Ich messe beispielsweise, wenn es um die Lösung der Arbeitslosigkeitsproblematik, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit geht, der Ausbildungspolitik ein sehr viel größeres Gewicht bei als der gesamten Finanzpolitik. Solche Probleme lassen sich nicht mit billigem Geld lösen, sondern da geht es um die strukturelle Anpassungsfähigkeit unserer Gesellschaften.

Herr Vernet möchte ich sagen: Die Hilfen, die bisher innerhalb des Europäischen Währungssystems geleistet wurden, waren im Grunde Liquiditätshilfen von Notenbank zu Notenbank, um bestimmte Einflüsse von außen zu kompensieren. Natürlich kann in Fällen, wo zukünftig ein Staatshaushalt in Schwierigkeiten gerät, von außen geholfen werden. Aber dabei geht es dann nicht mehr um die Überbrückung von Schwierigkeiten, sondern um substantielle Probleme, die nicht von den Notenbanken gelöst werden können, sondern die aus anderen Budgets abgedeckt werden müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in dem einen oder anderen Falle wie bisher Haushaltslöcher von der Gemeinschaft gestopft werden können, wenn die Mitgliedsländer dem zustimmen. Im Vertrag steht jedoch ausdrücklich, daß es in dieser Hinsicht keine automatische Haftung gibt.

Natürlich kenne ich die Überlegungen, die Europäische Währungsunion müsse von heute auf morgen verwirklicht werden. Aber ich muß daran erinnern, daß das europäische Währungsinstitut, das jetzt tätig ist, nur die vorbereitenden Arbeiten durchführen kann. Die eigentlichen Entscheidungen über die Instrumente und die Art der Politik kann erst die Europäische Zentralbank mit ihren Gremien treffen, in denen diejenigen, die nicht mitmachen wollen, nicht mehr vertreten sind. Bevor also die Zentralbank nicht etabliert ist, dürfen keine Entscheidungen gefällt werden, an denen Partner mitwirken, die hinterher nicht betroffen sind. Das bedeutet aber, daß es nach der endgültigen Entscheidung einer gewissen Zeit bedarf, bevor die Dinge zu laufen beginnen. Unter Umständen hat man es dann auch mit anderen Mehrheitsverhältnissen zu tun als während der Vorbereitungszeit. Wir rechnen also mit mindestens einem halben Jahr für den Übergang. Wenn die Währungsunion zum 1.1.1999 in Kraft treten soll, müßte somit vor dem 30.6.1998 die Entscheidung fallen.

Nun handelt es sich bei den Kriterien nicht in allen Punkten um absolute Vorgaben. Ziel ist aber in jedem Falle - und daran sind sämtliche Kriterien zu prüfen;- , eine Stabilitätsgemeinschaft aufzubauen. Das bedeutet beispielsweise, die Höhe der langfristigen Zinsen muß sich an den Klassenbesten und nicht an den Schwächsten orientieren - auch solche Überlegungen gibt es. Insofern müssen die beteiligten Länder schon bestimmten Qualitätsmaßstäben entsprechen und nicht nur guten Willen demonstrieren.

Wenn es zu einer Europäischen Zentralbank kommt, entscheidet ein Gremium, in dem jede Stimme gleiches Gewicht hat; da kann die Deutsche Bundesbank keine Sonderrolle spielen, und insofern wird auch ihr Einfluß zurückgedrängt.

Ein Mißverständnis möchte ich noch aufklären, Herr Stürmer. Wenn ich sage, die Währungen werden fest miteinander verbunden, heißt das, die einzelnen Staaten verlieren damit die Souveränität über ihre Währung. Von diesem Zeitpunkt ab übernimmt die Europäische Zentralbank die Verantwortung auch für die einzelnen Währungen, die dann noch bestehen und die in ein festes Verhältnis gesetzt werden. Weder die Banque de France noch die Deutsche Bundesbank können von dem Moment an auf ihre Währungen Einfluß nehmen. Da gibt es also keine Zwischenphase.

Die nationalen Währungen werden zwar noch gültig sein, können aber jederzeit zu einem festen Kurs eingetauscht werden, D-Mark beispielsweise in französische Francs und umgekehrt. Welche Währungen dann stärker im Umlauf sind, wird in dem Falle von der Europäischen Zentralbank gesteuert; einen nationalen Einfluß auf die Währungspolitik gibt es nicht mehr.

### **The Lord Dahrendorf**

Dies war eine der intensivsten und aufschlußreichsten Diskussionen über die Währungsunion und die damit verbundenen Probleme, die ich erlebt habe.

Es bleibt ein Dilemma. Es gibt die sehr klare Position von Herrn Schäuble und offensichtlich der Deutschen Bundesbank: *pacta sunt servanda*. Es ist in vieler Hinsicht im Interesse der Glaubwürdigkeit, die Entscheidungen von Maastricht umzusetzen. Es besteht aber die große Sorge, die Will Hutton deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß wir uns möglicherweise auf einem Weg befinden, der uns - da dies die einzige Variante ist, die zur Auswahl steht - in Europa in eine sehr unerfreuliche Lage bringen kann, wenn dieses Spiel danebengeht. Er hat einige Möglichkeiten genannt, wie das passieren könnte. Interessanterweise hat er dabei nicht die "Politische Union" beschworen, sondern einfach auf die ich bin fast versucht zu sagen: ökonomische Kultur verwiesen,

die der Währungspolitik in den verschiedenen Ländern zugrunde liegt, und die Notwendigkeit betont, daß es einer ähnlichen ökonomischen Kultur bedarf, wenn die ganze Übung klappen soll.

Herr Picht und andere haben daran erinnert, daß die Europäische Gemeinschaft außerordentlich schwach ist, was die Instrumente betrifft, die diese ökonomische Kultur und einige Elemente der Wirtschaftspolitik beeinflussen sollen. Ich erinnere an das wenig aussagefähige Weißbuch der EU über Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, das in seiner Schwäche eines ganz deutlich machte: Europa kann im Grunde in diesen Schlüsselgebieten nationaler politischer Diskussionen nichts bewegen.

Das Dilemma besteht also darin, daß auf der einen Seite führende Politiker aus guten Gründen das umsetzen wollen, was sie versprochen haben, und es auf der anderen Seite jene gibt, die die gleichen Zielsetzungen haben, aber besorgt sind, daß wir das gesamte europäische Unternehmen in Gefahr bringen, wenn wir mit unseren ehrgeizigen, aber einseitig ausgerichteten Plänen scheitern sollten.

Ich schlage vor, daß wir jetzt mit dem Thema fortfahren, für das es in den verschiedenen Sprachen unterschiedliche Abkürzungen gibt: Im Deutschen heißt das GASP, im Französischen PESC, im Englischen CFSP. Es geht mit anderen Worten um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Das dürfte auch diejenigen interessieren, die der Währungsunion skeptisch gegenüberstehen und sich fragen, ob es daneben noch ein anderes großes Projekt der europäischen Zusammenarbeit gibt. Viele sehen dieses Projekt in dem Versuch, unsere Interessen und unser Handeln in einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zusammenzufassen. Einige Elemente kommen einem dabei sofort in den Sinn.

Alle, die sich zur Regierungskonferenz äußerten, haben die Ansicht vertreten, daß der ganze Themenkatalog um die Westeuropäische Union und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der NATO einer der Hauptpunkte der Konferenz sein wird.

Es gibt auch bereits bescheidene Ansätze einer außenpolitischen Doktrin. Ich bin Mitglied im Ausschuß des Oberhauses für die Europäische Gemeinschaft. Dort informierte uns vergangene Woche der französische Botschafter in London über die Sicht der französischen Präsidentschaft der EU zur Außenpolitik der Europäischen Union. Im wesentlichen sagte er, die Europäische Union stelle eine Region dar, der man als Mitglied bereits angehöre oder ihr über kurz oder lang beitreten werde; daher würden Nichtmitglieder nicht so behandelt, als stünden sie außerhalb der Gemeinschaft. In seiner Sicht schließt dies die Visegrad-Länder und vielleicht ein oder zwei weitere Länder ein.

Er erklärte weiter, daß es aus der Sicht der französischen Präsidentschaft zwei Hauptprobleme in den Außenbeziehungen der Europäischen Union gebe. Beide seien gleich wichtig und gleichermaßen schwierig. Das eine Problem betreffe den Bereich der GUS, das andere den Mittelmeerraum. Beide erforderten eine Kombination aus Assoziationsabkommen, finanzieller Hilfe und einer Vorstellung davon, wie die europäische Sicherheit durch die Einrichtung formaler Beziehungen mit diesen beiden Regionen geschützt werden könne. Bei dieser Darlegung der primären Interessen einer vergrößerten Europäischen Union in bezug auf die umliegende Welt wurde der Balkan übrigens nicht erwähnt.

Das sind nicht die einzigen Themen, aber es ist durchaus sinnvoll, in dieser Weise Prioritäten festzulegen. Weitere internationale Fragen bleiben dabei offen. Bewegen wir uns auf eine Welt von Blöcken zu, und sind wir in Europa darauf vorbereitet, einer von diesen Blöcken zu sein? Oder werden wir weiterhin unverbindlich multilaterale und weltweite Institutionen und Organisationen unterstützen? Unterstützen wir sie mit einer Stimme, mit 15, mit 25 oder mit wie vielen Stimmen? Wie denken wir über den Sicherheitsrat? Wie steht es mit der Frage, ob ein Europa mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nur einen Sitz im Sicherheitsrat einnehmen soll oder zwei, drei, vier? Wer handelt wie im Namen der Europäischen Union, wenn es um die Probleme der Sicherheits- und Außenpolitik geht?

Ich sehe diese Diskussion hier als Fortsetzung dessen, was wir zu Anfang besprochen haben: als eine Erkundung anderer Zielsetzungen der sich entwickelnden, dynamischen Europäischen Union.

### **von Weizsäcker**

Wenn wir über Strukturfragen und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nachdenken, müssen wir zweifellos auch über die substantiellen und konzeptionellen Probleme sprechen, um zu sehen, wie wir mit den Strukturen weiterkommen. In dem Sinne ist eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sicher das Ziel der Europäischen Union, die es als letzte Stufe zu erreichen gilt. Und vielleicht sind die gegenwärtigen Differenzen hinsichtlich der Außen- und Sicherheitspolitik hilfreich für die Frage, wie die Verfassungsdebatte in der Europäischen Union weiterzuführen ist.

So höre ich immer wieder, im britisch-deutschen Verhältnis gebe es im Felde der Außenpolitik im Grunde nur auf einem Gebiet Meinungsverschiedenheiten, und das sei Europa. Dabei gehe es im wesentlichen um Strukturfragen beziehungsweise um die Verfassung von Europa. Fragt man also nach den substantiellen Konflikten, lautet die eigentlich paradoxe Antwort: Der substantielle Konflikt zwischen Großbritannien und Deutschland in bezug auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bestehe in den Strukturfragen.

Nun hat es seit dem Ende des kalten Krieges und dem Fall der Mauer schon recht unsanfte Begegnungen zwischen britischer und deutscher Außenpolitik gegeben. Dazu gehörte etwa - obwohl das nie ganz deutlich zutage trat - die deutsche Beteiligung am Golfkrieg. 1990 hieß es, gewissermaßen als Entschuldigung auf deutscher Seite, man sei vor allem mit Wahlkämpfen und Vereinigung beschäftigt. Aber die Animositäten seitens Großbritanniens, ob sich Deutschland in angemessener Weise am Golfkrieg beteiligte, waren unüberhörbar.

Gleichzeitig entwickelte sich der Jugoslawienkonflikt, und nicht nur Großbritannien und Deutschland, sondern auch die anderen westeuropäischen Staaten versäumten es, den Serben rechtzeitig entgegenzutreten, bis es zum Ausbruch der offenen militärischen Auseinandersetzungen kam. Und Herr Schäuble hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die deutsche Bevölkerung, wenn es um Europa geht, nicht nur die Sorge um unsere geliebte D-Mark umtreibt, sondern was von einem Europa zu halten ist, das dermaßen ohnmächtig erscheint, wie es in Jugoslawien der Fall ist.

Die Außenpolitik eines Landes richtet sich ja nicht nur an konzeptionellen Vorschlägen von Planungsstäben aus, sondern wird wesentlich durch die öffentliche Meinung mitbestimmt. Die Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch Deutschland zum Beispiel, die einen wesentlichen Dissens zu Frankreich und Großbritannien hervorrief, hätte es im deutschen Alleingang sicher nicht gegeben, wenn bei uns nicht eine massive öffentliche Kampagne dafür stattgefunden hätte. Kohl hatte vorher mehrfach öffentlich in aller Deutlichkeit gesagt, die Deutschen wollten nicht zum dritten Mal in diesem Jahrhundert eine andere Balkanpolitik betreiben als die Franzosen und die Engländer. Dann jedoch hat der Druck der Öffentlichkeit bei uns eine andere Vorgehensweise gewissermaßen erzwungen. Wie immer man im einzelnen darüber denken mag, aber so entwickelt sich Außenpolitik. Daraus sollten wir in Europa im Hinblick auf die gemeinsame Gestaltung unserer Zukunft lernen.

Gegenwärtig befinden wir uns in Europa in bezug auf das, was sich auf dem Balkan abspielt, in einem Zustand, den man wohl am ehesten mit einer relativ übereinstimmenden Agonie charakterisieren kann. Da scheint es keine großen Meinungsverschiedenheiten mehr zu geben. Was die Osterweiterung, insbesondere der NATO angeht, so ist bisher nicht so recht deutlich geworden, inwieweit wir da einer Meinung sind. Oder wie steht es mit einer Reform der Vereinten Nationen, um sie in die Lage zu versetzen, den Gefahren zu begegnen, von denen die Mehrheit der Weltbevölkerung bedroht ist und die nicht in erster Linie militärischen Ursprungs sind? Aufweiche Weise können wir die Amerikaner dazu bringen, die UNO ernst zu nehmen?

Worum es mir geht, ist zu untersuchen, wie die institutionellen Rahmenbedingungen aussehen müßten, damit wir in Zukunft mit solchen Konflikten leichter fertig werden, beziehungsweise wie wir jene Räume mit einbeziehen, für die es bisher überhaupt noch keine konzeptionellen Überlegungen gibt. Nicht ganz zu Unrecht hat man der NATO in den letzten Jahren immer wieder vorgeworfen, es fehle ihr an einer klaren Konzeption, was natürlich in erster Linie auf die fehlenden Intentionen der Mitgliedsländer zurückzuführen ist. In dieser Hinsicht sind die Defizite deutlich erkennbar. Aber immerhin gibt es in der NATO - im Gegensatz zur Europäischen Union - so etwas wie eine halbe institutionalisierte Exekutive für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Herr Schäuble fordert zu Recht die Abschaffung des Vetorechtes in der EU, wenn wir uns einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nähern wollen. Nur wird diese Forderung schwer durchsetzbar sein; denn bisher läßt kein einziges der beteiligten Hauptländer erkennen, ob es, wenn es wirklich zum Schwur kommt, bereit ist, auf das Veto zu verzichten. Wir Deutschen tun uns da im Augenblick leichter, den Engländern und Franzosen unseren Wunsch, auf das Veto zu verzichten, klarzumachen; denn vorläufig sind wir ja in dieser Hinsicht selber noch nicht so recht gefordert, Farbe zu bekennen.

Ich bin also keineswegs gegen das, was Sie fordern, Herr Schäuble, im Gegenteil. Aber greifen wir damit nicht allzu sehr nach den Sternen? Wäre es nicht realistischer, zunächst bescheidenere Ziele anzuvizieren und nach Strukturreformen innerhalb der Europäischen Union Ausschau zu halten, die für eine Annäherung an die Strukturen der NATO hilfreich sein könnten, damit wir in Richtung auf eine gemeinsame Politik weiterkommen?

Ich habe dafür plädiert, daß die Europäische Union bescheidene Erfolge benötigt, und ich schließe mich hier den weisen Worten von Herrn von Weizsäcker an. Bescheidene Erfolge auf dem Gebiet der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik könnten beträchtliche Wirkung haben. Andererseits könnte ein falsches Herangehen zu dramatischem Scheitern führen.

Was haben wir in den vergangenen Jahren erreicht? Nicht so viel, wie wir uns gewünscht haben, müßte die ehrliche Antwort lauten. Das Maastricht-Vertragswerk selbst hat nicht den Fortschritt gebracht, den wir erhofft haben. Es hat einige abgestimmte Aktionen gegeben, einige gemeinsame Positionen. Aus britischer Sicht wäre es besser gewesen, schrittweise voranzugehen, um Felder ausfindig zu machen, auf denen man übereinstimmt und dort zusammenzuarbeiten, bevor man weiter vorangeht. Aber das alles regt uns gar nicht so sehr auf, sondern wir nehmen dies als Anstoß, es in Zukunft besser zu machen.

Manche Initiativen waren einfach schlecht vorbereitet, und einigen unserer Partner scheint es an ernsthaftem politischen Willen zu fehlen. Wir waren tatsächlich überrascht, daß es die Engländer sind, die die meisten Initiativen innerhalb der GASP organisiert haben, und wir sind davon überzeugt, daß durchaus substantielle Fortschritte erreicht werden können, möglicherweise beim Sekretariat, vielleicht in der Führung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Es gibt noch Spielraum in bezug auf neue Gebiete, in denen wir uns engagieren könnten. (Im Augenblick gibt es gemeinsame Aktionen in der Ukraine, im Nahen Osten, in Südafrika, in Bosnien und in einigen anderen Gebieten.) Bei der geographischen Ausdehnung der GASP ebenso wie bei einer effizienten Vorhersage und Analyse von Krisen gibt es ebenfalls noch Raum für Verbesserungen. Heißt das, daß wir uns jetzt in die von Herrn Schäuble vorgeschlagene Richtung bewegen und uns auf ein weniger wirksames Instrument wie die Mehrheitsabstimmung einlassen sollten?

Wenn wir auf die Krisenfälle der vergangenen drei oder vier Jahre zurückblicken, bei denen eine energischere Haltung der Europäischen Union vielleicht wünschenswert gewesen wäre, werden wir nicht gerade ermutigt, daß wir mit der Mehrheitsentscheidung besser gefahren wären. Ich denke, Jugoslawien ist hier ein entscheidendes Beispiel für unsere gemeinsamen europäischen Erfahrungen. Dort haben wir in vieler Hinsicht versagt, und zwar als Europäer und als Bündnis. Mit Herrn von Weizsäcker frage ich: Welche Folgerungen sollten wir daraus ziehen?

Wenn wir im Mai 1991 die Mehrheitsentscheidung gehabt hätten, wäre da eine Mehrheit zustande gekommen - möglicherweise gegen England und Frankreich;- Truppen in das Krisengebiet zu bringen? Ich denke, die Antwort muß nein lauten. Die Einschätzungen der Situation waren zu unterschiedlich.

Und wie steht es um den Herbst 1991, als es um die Frage der Anerkennung Kroatiens ging? Wenn die Deutschen dies im Rahmen der GASP versucht hätten und es zu einer Mehrheitsentscheidung gekommen wäre, hätten sie verloren und nicht handeln können. Zu sagen, daß Mehrheitsabstimmungen zu Handlungskompetenz führen, heißt das Pferd von hinten aufzäumen. Wir sollten vielmehr versuchen, über einen längeren Zeitraum einen Apparat aufzubauen, der uns eine klare Analyse des jeweiligen Problems vermitteln kann. Daraus könnte sich dann ein energischeres Handeln ergeben.

Ich nenne drei Bereiche, die zur Zeit wichtig sind. Worüber wird an diesem Wochenende in Carcassonne gesprochen? Über Rußland. Es liegt ein französisches Papier auf dem Tisch. Es gibt eine Reihe ernsthafter Gespräche darüber, ob wir zu einer einheitlichen Auffassung gelangen, wie wir mit der Doppelkrise umgehen sollen: zum einen mit der unübersichtlichen innenpolitischen Situation - wo wir nicht ohne Hoffnung auf einen Ausgleich sind. Zum anderen mit dem regionalen Problem in Tschetschenien, wo wir ganz deutlich gesagt haben: Das geht so nicht. Wir brauchen eine gemeinsame europäische Haltung. Wenn uns das nicht gelingt, wird es in den nächsten fünf Jahren um eine Erweiterung sowohl der NATO als auch der Europäischen Union außerordentlich schlecht bestellt sein.

Zweitens, die Türkei. Wie Rußland ist die Türkei ein Teil Europas, aber nicht Europas allein. Wir müssen zu einer gemeinsamen Analyse kommen, um daraus ein Verhalten abzuleiten, das den Türken das Gefühl vermittelt, Teil unserer "Familie" zu sein, von uns einbezogen zu werden, wenn auch nicht unbedingt im Mittelpunkt zu stehen.

Drittens, die Mittelmeerländer, wo die Franzosen sinnvollerweise die Führung übernehmen - und hoffentlich Vorschläge machen, die nicht zu kostspielig sind. Doch sie sollten versuchen, dort einzugreifen, bevor der Sturm losbricht. Algerien ist vielleicht ein Test, ob wir etwas aus Jugoslawien

gelernt haben. Leider ist es uns nicht gelungen, die geeigneten Instrumente rechtzeitig einzusetzen. Die Folge war, daß wir uns gemeinsam vor den Augen der Welt blamiert haben.

Die gegenwärtige britische Position, sozusagen als Momentaufnahme, ist, daß wir die GASP als ein Kleinkind sehen, dem man Mut machen muß, laufen zu lernen und erwachsen zu werden. Dann wird es hoffentlich zur Jahrhundertwende beginnen, jenseits der Grenzen Europas Flagge zu zeigen. Ich will jetzt nicht über die Verteidigungsinitiative reden, das ist ein Fall für sich. Aber wenn diese Initiative hoffentlich dazu führt, die WEU in die Lage zu versetzen, im Interesse der EU zu handeln, dann könnten wir auf diesem Wege durchaus Fortschritte erzielen.

Für die Bürger Europas ist in diesem Bereich jedenfalls am meisten zu erwarten; darin stimme ich Herrn von Weizsäcker und Herrn Schäuble zu. Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien hat unser Versagen in Jugoslawien den Glauben der Menschen an Europas Fähigkeit, gemeinsam und entschlossen zu handeln, weitgehend gelähmt. Deshalb empfehle ich Ihnen von britischer Seite erneut das schrittweise Vorgehen und rate Ihnen, nicht die Institutionen vor die Politik zu stellen.

### **Vernet**

Ich möchte drei Punkte ansprechen. Erstens: Hat Europa vitale Interessen zu verteidigen? Zweitens: Welche Strukturen sollten geschaffen werden? Drittens: Wie könnte eine europäische Verteidigungspolitik aussehen?

Die vitalen europäischen Interessen wurden bereits erwähnt, und es ließen sich ohne weiteres drei, vier Bereiche oder mögliche Konflikte nennen, bei denen es gut wäre, wenn die 15 Mitglieder sich auf eine gemeinsame Haltung verständigen würden. Im Falle Jugoslawiens will ich nicht kommentieren, was Herr von Weizsäcker gesagt hat, sondern die andere Seite der Medaille beleuchten. Als der Jugoslawienkonflikt offen ausbrach, waren die damaligen zwölf gerade dabei, den Maastrichter Vertrag auszuhandeln und warfen die Frage einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auf. Jugoslawien war im Sommer und im Herbst 1991 unter den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft strittig. Ob die unterschiedlichen Reaktionen auf den Jugoslawienkonflikt auf die Definition einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Einfluß gehabt haben, ob dabei zum Beispiel die Frage Einstimmigkeit oder Mehrheitsentscheidungen eine Rolle gespielt hat, weiß ich nicht.

Jedenfalls haben im September 1991 Deutschland und Frankreich gemeinsam vorgeschlagen - obwohl sie in der Frage der Anerkennung von Slowenien und Kroatien unterschiedlicher Meinung waren;- , daß die WEU unter Umständen sogar militärisch in Ex-Jugoslawien eingreifen sollte. Andere Mitglieder haben das damals abgelehnt, und zwar mit Argumenten, die nicht ganz von der Hand zu weisen waren. Denn die WEU wäre wahrscheinlich gar nicht in der Lage gewesen, das zu tun, was Franzosen und Deutsche sich vorstellten. Doch unabhängig von konkreten Fragen der Durchführung gab es ein politisches Motiv: Die WEU sollte in der Jugoslawienkrise keine allzu wichtige Rolle spielen. Ich erwähne dies, um zu zeigen, daß zwischen den Ansätzen zu einer gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik und den Konflikten, die zu eben diesem Zeitpunkt ausbrachen, eine Art Wechselwirkung bestand.

Ein Wort zu Rußland: Es erscheint mir ein wenig paradox, daß die westliche Welt - nicht nur die Europäer, sondern auch die Amerikaner- sich immer wieder fragt, wie sie das Vertrauen Rußlands gewinnen und die Russen nicht durch unsere Politik erschrecken könnte. Dabei müßte die Frage umgekehrt lauten: Was können die Russen tun, um das Vertrauen der westlichen Welt zu erlangen, gerade jetzt, wo sie in Tschetschenien intervenieren? Das heißt nicht, Rußland zu isolieren und die NATO ohne jede Rücksichtnahme bedenkenlos zu erweitern. Aber der westlichen Welt scheint es schwerzufallen, ihre Haltung Rußland gegenüber zu definieren. Das war schon zu Zeiten der Sowjetunion der Fall. Diese Frage muß in den kommenden Jahren vordringlich beantwortet werden.

Zweitens ein Wort zu den Strukturen und zur Außen Wirkung einer gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik. Im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996 wurde beispielsweise vorgeschlagen, einen Generalsekretär zu ernennen, der die Aufgabe hätte, Europa im außenpolitischen Bereich eindeutiger und langfristiger zu vertreten, als die Troika es heute kann. Daher auch die Idee, eine Einrichtung zu schaffen wie das Centre d'Analyses et de Prévisions in Frankreich oder den Planungsstab in Deutschland. Die 15 Mitglieder der Europäischen Union könnten ihre Analysen der internationalen Lage einbringen und Entscheidungen vorbereiten.

Drittens einige Bemerkungen zur Verteidigungspolitik, wo mir die Lage recht diffus erscheint. Die problematischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union, der Westeuropäischen Union und der NATO wurden bereits angesprochen. Wenn die Europäische Union mit ihren derzeit 15

Mitgliedern Fortschritte bei der Wirtschafts- und Währungsunion machen will, ist schwer vorstellbar, daß in puncto Sicherheit nicht alle Beteiligten gleich sind. Das heißt, jede Bedrohung eines Mitgliedes der EU wird als Bedrohung des Ganzen aufgefaßt. Das bedeutet dann aber auch, daß alle Mitglieder die gleichen Pflichten haben und ihren Beitrag zur Verteidigungspolitik und zur Sicherheit aller leisten müssen. Wie steht es dabei mit den Ländern, besonders den neuen Mitgliedern, die traditionell eine Politik der Neutralität verfolgt haben? Sollen die von der Sicherheit der Europäischen Union insgesamt profitieren, ohne im gleichen Maße dazu beizutragen?

Wie steht es um die Beziehungen zwischen der Europäischen Union, der WEU und der NATO, wenn die Sicherheit der Europäischen Union letztlich allein durch die NATO garantiert wird? Darüber ist bereits viel geschrieben und diskutiert worden. Ich kenne jedoch bislang keine befriedigende Antwort auf die Frage, ob die Mitgliedschaft in der WEU eine NATO-Mitgliedschaft de facto impliziert oder ob die Beteiligung an der NATO der an der WEU vorausgeht. Bedeutet das, daß die Amerikaner Einfluß daraufnehmen könnten, wer Mitglied der WEU wird, auf Umwegen also darüber mitbestimmen, wer Mitglied der Europäischen Union wird? Oder ist das Gegenteil der Fall, daß die Europäische Union, wenn sie neue Mitglieder aufnimmt - auch in die WEU;-, sozusagen durch die Hintertür Länder in die NATO einläßt, deren Sicherheit die Amerikaner gar nicht garantieren wollen? In diesem Zusammenhang fiel kürzlich das Stichwort Synchronisation, was nicht Übereinstimmung oder Automatismus bedeutet. Ich bin mir jedoch nicht sicher, daß durch die neue Terminologie zugleich Fortschritte in der Sache gemacht worden sind.

Eine andere mit der Verteidigungspolitik verknüpfte Frage ist das Problem des "harten Kerns". Wenn nicht alle in gleicher Weise an der gemeinsamen Verteidigung Europas beteiligt sind, und es einen harten Kern gibt, der in dieser Hinsicht mehr als das Gros der EU-Mitglieder leistet, ist dieser dann dennoch für die Europäische Union insgesamt verantwortlich? Wie sollen die Entscheidungen gefällt werden? Füllen sie nur diejenigen, die zum harten Kern gehören, oder entscheiden alle 15 Mitglieder? In welchem Maße sind die Beschlüsse für alle bindend? Ist eine Struktur vorstellbar, wie sie mit dem Europäischen Währungsinstitut vorgesehen ist? Das würde bedeuten, daß jeweils nur die Länder an einer Entscheidung beteiligt sind, die sich auf einen bestimmten Kurs geeinigt haben. Das wären in der Verteidigungspolitik dann die Länder, die zum harten Kern gehören.

Ein weiterer Punkt betrifft die Frage, wie die französischen und britischen Nuklearstreitkräfte in die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik einbezogen werden können. Die Franzosen haben das lange Zeit abgelehnt. Doch hier scheint sich eine neue Entwicklung anzubahnen, ohne daß bisher eine entsprechende Antwort gegeben wurde. Natürlich kann man sich nur schwer eine europäische Verteidigungspolitik vorstellen, in der die Nuklearstreitkräfte außen vor bleiben.

Eine letzte Bemerkung zur Struktur der verschiedenen multinationalen Einheiten in Europa. Franzosen und Deutsche haben zunächst ein deutsch-französisches Korps geschaffen, das später zu einem Eurokorps erweitert werden sollte. Indem die Belgier, die Spanier und die Luxemburger dazu stießen, ist es zu einem echt europäischen Armeekorps geworden. Ist dies nun die Keimzelle einer europäischen Armee, oder - und das scheint sich abzuzeichnen - werden verschiedene multinationale Einheiten ähnlich dem Eurokorps gebildet - bei der Luftwaffe zum Beispiel mit den Briten, einer schnellen Eingreiftruppe mit den Italienern oder den Spaniern? Dann würden wir uns nicht auf eine gemeinsame Armee zubewegen, sondern eine europäische Verteidigung mit verschiedenen harten Kernen entwickeln.

### **Gasteyger**

Um mit einer historischen Anekdote zu beginnen: Nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 reiste der französische Ministerpräsident Adolphe Thiers in die europäischen Hauptstädte, um dort vor der drohenden Gefahr einer deutschen Hegemonie zu warnen. Auf seine Forderung, Europa müsse jetzt handeln, erhielt er von dem österreichischen Außenminister Graf Beust die bezeichnende Antwort "Je ne connais pas d'Europe." "Von einem Europa ist mir nichts bekannt."

Gleiches ließe sich im Hinblick auf die Jugoslawienkrise heute sagen: Von einem Europa als politischem Akteur ist uns nicht sehr viel bekannt. Im Grunde konnte dies auch niemanden überraschen. Nach dem Ende des kalten Krieges sah man die Außenpolitik der EU weniger im Vordergrund als die Wirtschaftspolitik: die Globalisierung der Weltwirtschaft und die daraus erwachsende Konkurrenz, vor allem mit den asiatischen Ländern, schoben sich in einer politisch nun entspannten Atmosphäre sichtlich in den Vordergrund.

Die Frage, die wir uns auch hier stellen, ist also: Wie kann man die Europäische Union, die primär eine Wirtschaftsmacht ist, in einen politischen Akteur mit weltweiten Verpflichtungen umwandeln? Das ist so selbstverständlich ja nicht. Sehen Sie sich die asiatischen Staaten an. Weder China oder Japan

noch andere Länder dieser Region betreiben eine Außenpolitik, die von irgendeinem Gedanken der Solidarität mit anderen Staaten geleitet wäre. Da herrschen weitgehend rein wirtschaftliche Interessen vor. Das Motiv, anderen Staaten zu helfen, scheint ein atlantisches, jedenfalls ein spezifisch europäisches Element in der Außenpolitik zu sein. Von daher die schwierige Aufgabe, der Wirtschaftsmacht Europäische Union die Mittel und den Auftrag zu geben, ihr enormes Potential auch in Form einer gemeinsamen Außenpolitik fruchtbar zu machen.

Ich las heute morgen im "Sunday Telegraph", daß der Vertreter der Europäischen Union in Ottawa gesagt haben soll - ich zitiere: "We representatives of the European Union, we are trade diplomats, negotiating diplomats, but I think, that is what today's world is all about." Aus dieser Formulierung wird deutlich, daß sich die Europäische Union immer noch in erster Linie, wenn nicht sogar fast ausschließlich, als Wirtschaftsmacht und nicht als politisch handelnder Akteur mit konkretem politischem Auftrag versteht.

Nun könnte man aus dieser "Not" eine Tugend machen, und zwar mit Hilfe der von der Union ja schon lange und in den letzten Jahren zunehmend mit Nachdruck geübten "Politik der Konditionalität". Sie hat bereits gegenüber den AKP-Ländern ihre Hilfe von der Erfüllung bestimmter Bedingungen für deren Wirtschaftspolitik abhängig gemacht. Ähnliches gilt auch gegenüber den Mittelmeerländern und neuerdings in noch umfassenderer Weise gegenüber den ostmitteleuropäischen Reformländern. Hier gibt es einen ganzen Katalog von Desiderata. Er geht weit über den wirtschaftlichen Bereich hinaus mit seinen Forderungen nach demokratischen Institutionen und einer westeuropäischen Standards entsprechenden Beachtung der Menschenrechte. Das ist schon fast mehr als Außenpolitik. Es zeigt jedenfalls, daß die Union dank ihrer Wirtschaftskraft sehr wohl auch Politik im eigentlichen Sinne betreiben kann.

Wenn die Europäische Union ein weltpolitischer Akteur werden will, stellt sich allerdings die Frage der Überforderung angesichts dessen, was die EU aufgrund ihrer derzeitigen Verfassung politisch tatsächlich bewirken kann. Möglicherweise hätte sie die Mittel dazu; aber es fehlt ihr der politische Wille. Und erst recht verfügt sie nicht über die geeigneten politischen Institutionen, um außenpolitisch wirklich handlungsfähig zu sein.

Herr Hobsbawm hat zu Recht gefordert, die eigentliche Zielsetzung der europäischen Einigung wieder stärker zu betonen, nämlich die ordnungspolitische Aufgabe der Europäischen Union als stabilisierenden Faktor in Europa wahrzunehmen. Das betrifft jene Bereiche, die ich als Europas drei Peripherien bezeichnen würde: die "Reformierung" und Demokratisierung des europäischen Ostens; die "Pazifizierung" Südosteuropas und die Stabilisierung des Südens, also des Mittelmeerraumes.

Wie kann man eine solche Politik tatsächlich umsetzen? Zweifellos am ehesten dadurch, daß auf das Veto verzichtet wird, wie Herr Schäuble zu Recht fordert. Aber ich stimme Herrn von Weizsäcker zu: Wie realistisch ist diese Annahme, insbesondere wenn es um politisch heikle Themen geht? Wie erreichen wir also eine größere Flexibilität in der außenpolitischen Gestaltung der Europäischen Union? Dabei geht es, Herr Vernet, nicht nur um institutionelle Reformen. Ich glaube nicht, daß diese die Effizienz einer europäischen Außenpolitik wesentlich erhöhen würden. Worauf es vielmehr ankommt, ist, in der Substanz flexibler zu werden. Ich habe bereits auf die Überlegung hingewiesen, für bestimmte außenpolitische Ziele einige Mitglieder der EU zu qualifizieren, während die anderen ihr stillschweigendes Einverständnis erklären. Das kommt auch nahe dem, was auf Englisch als "coalitions for action" bezeichnet wird, also je nach Fall und Interessenslage der Mitgliedsstaaten gebildete Aktionsgruppen, die im Rahmen der Union bestimmte, im Interesse aller liegende außenpolitische Aufgaben übernehmen würden. Auf diese Weise würden auch solche Aktionen möglich, die ein weiter bestehendes Veto sonst verhindert.

## **Mertes**

Ich denke, Herr Gasteyger, es läßt sich relativ einfach ein Interesse formulieren, das über das Ökonomische hinausgeht. Timothy Garton Ash hat zu Recht gesagt, oberste Priorität habe die Aufrechterhaltung eines stabilen Friedens in Europa.

Ich stimme Ihnen zu, daß sich die Europäische Union nicht durch ein zu ehrgeiziges Erweiterungsprogramm überfordern darf, sondern Schritt um Schritt vorgehen sollte. Aus deutscher Sicht richtet sich dabei der Blick vor allem auf unsere unmittelbaren östlichen Nachbarn. Nun wurde hier bereits argumentiert - und dem stimme ich sehr zu;- , die Frage der Osterweiterung sei im Grunde schon ein Stück gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik. Das sollte noch deutlicher herausgearbeitet werden. Dazu gehört auch - das wurde ebenfalls angesprochen;- , daß die Regierungskonferenz 1996 insbesondere auch unter dem Aspekt zu sehen ist: Wie setzen wir die



Europäische Union institutionell in die Lage, die bevorstehenden Erweiterungen positiv anzugehen und zu bewältigen?

Angesichts dieser beiden Überlegungen sollten wir uns Gedanken darüber machen, wie wir in Maastricht II Möglichkeiten entwickeln, um die Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft - ich denke dabei besonders an die ostmitteleuropäischen Staaten - frühzeitig in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit einbeziehen zu können. Wir haben das ja schon im Ansatz auf dem Gipfel in Essen vorexerziert. Dafür sollten wir gewisse institutionelle Formen finden. Ich denke etwa an die kürzlich vereinbarte assoziierte Partnerschaft einiger dieser Länder bei der WEU. Hier wurde eine Annäherung vollzogen, die in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet geblieben ist.

### **Schäuble**

Ich habe bei der Vertiefung der Europäischen Union drei Bereiche unterschieden: erstens die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, zweitens eine verbesserte Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik und drittens die institutionellen Reformen. Bei den institutionellen Reformen halte ich die Beseitigung des Vetorechts für am vordringlichsten. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird meiner Ansicht nach noch einige Zeit brauchen. Zumindest werden wir uns um die Verbesserung der intergouvernementalen Zusammenarbeit bemühen. Das würde zwar das Vetorecht nicht beseitigen, aber ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Wir sollten uns aber nicht zu sehr auf die Frage des Vetorechts und die Wahrscheinlichkeit, kurzfristig zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu gelangen, konzentrieren, was kaum Aussicht auf Erfolg hätte. Ich füge jedoch hinzu, einer Osterweiterung mit Vetorecht räume ich kaum Erfolgchancen ein. Ich bin sehr entschieden dafür, daß wir die Osterweiterung so schnell wie möglich vollziehen, zwar nicht wirtschaftlich, aber politisch. Das betrifft auch das Selbstbewußsein dieser Länder. Der polnische Botschafter in Bonn hat mir dieser Tage erzählt, seine Tochter frage ihn, warum es auf dem Flughafen jetzt einen Terminal für Mitglieder der Europäischen Union gäbe und einen für andere, zu denen sie gehört. Das verstehe sie einfach nicht; sie habe gedacht, sie gehöre zu Europa.

Herr Gasteyger betonte unser Interesse an Frieden und Stabilität in Europa, vor allem in Richtung Ost-, Südost- und Südeuropa. Besonders für die Sicherung des Friedens in Osteuropa brauchen wir unter allen Umständen nach wie vor das Engagement der Amerikaner in Europa. Deswegen sollten wir die Außen- und Sicherheitspolitik und auch die institutionellen Reformen in der Europäischen Union daran ausrichten, die Europäische Union als Pfeiler der atlantischen Allianz zu verstehen. Insofern müßte der Mitgliedschaft in der Europäischen Union à la longue die in der atlantischen Allianz folgen. Des weiteren wiederhole ich die Bedeutung des Mittelmeerraumes. Hinter Algerien liegt, wie gesagt, nicht nur die Sahara. Hier können möglicherweise kurzfristig erhebliche Bedrohungspotentiale eskalieren, die schwer kalkulierbar sind. Wie verhalten wir uns beispielsweise, wenn fundamentalistische Regime in die Verfügung über Nuklearwaffen gelangen?

Ich füge einen weiteren Punkt hinzu, auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen, die Herr Casanova geschildert hat. Die Europäische Union sollte versuchen, dort gemeinsam aufzutreten, wo wir von weltweiten Entwicklungen direkt oder indirekt betroffen werden. In dieser Hinsicht befürworte ich - ebenso im Rahmen der Vereinten Nationen - eine abgestimmte europäische Politik, damit wir mit einer europäischen Stimme sprechen und nicht mit fünfzehn oder später mit zwanzig oder dreißig Stimmen. Warum sollte Europa nicht auch Ende dieses Monats in Berlin auf der Klima-Folgekonferenz von Rio eine stärkere gemeinsame Position im Hinblick auf die globalen Umweltfragen entwickeln? Ein geschlosseneres Auftreten der Europäer wäre jedenfalls effizienter als das, was wir in Rio geschafft haben.

### **Sommer**

Herr Gasteyger hat das Wort des Grafen Beust zitiert: "Je ne connais pas l'Europe." Dem ließe sich ein ähnliches Wort von Bismarck hinzugesellen: "Qui parle l'Europe a tort." Heute müßte man wohl umgekehrt sagen: Qui parle l'Europe a raison. Das gilt in besonderem Maße für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die wir brauchen, wie Herr Schäuble zu Recht sagt, um in der NATO einen europäischen Pfeiler zu etablieren 35 Jahre, nachdem Kennedy die Zweipfeilertheorie in die Welt gesetzt hat. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Wir brauchen diese gemeinsame Politik auch für den Fall, den ich heute nicht mehr so kategorisch ausschließen würde wie vor fünf Jahren, daß die Amerikaner sich weitgehend aus Europa zurückziehen und die NATO sich damit grundlegend verändert.

Der Zweck dieser gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wurde hier gesagt, sei es, den Frieden zu bewahren, und zwar durch Verteidigungsbereitschaft, wo diese gefordert ist, durch Abschreckung,

wo diese nötig ist, und durch Diplomatie, wo immer eine Lunte glimmt. Ich würde jedoch betonen: Es geht darum, unseren Frieden zu bewahren, nicht den Frieden überall in der Welt oder auch nur überall in unserem "nahen Ausland". Die Europäische Union ist kein Weltpolizist, und sie kann auch kein Europa-Gendarm sein. Sie wird nur in Fällen eingreifen können, wo unsere Interessen bedroht sind, nicht unbedingt schon dann, wenn unsere Prinzipien erschüttert werden. Deshalb ist es die vordringliche Aufgabe der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, zuvörderst diese Interessen zu definieren, die möglichen Bedrohungen auszumachen und die Reaktionen darauf vorzubereiten, also contingency planning zu betreiben, wie das die NATO seit 1949 getan hat.

Die möglichen Fronten sind klar ersichtlich: Osteuropa, Südosteuropa und Südeuropa. Ich füge hinzu: Es wird nicht einfach sein, diese Interessen auf einer europäischen Ebene zu definieren. Es gibt in diesem Europa zwei Nuklearmächte; Daniel Vernet hat darauf verwiesen. Es gibt Exkolonialmächte, denen der Sternenstaub ihrer Imperien noch heute an den Schuhen hängt. Es gibt Mächte, die währungspolitische oder kulturelle Einfluß oder Abhängigkeitszonen besitzen. Und es gibt eine Mittelmacht, die Bundesrepublik Deutschland, die sich als Zivilmacht versteht. Das heißt, wir haben es mit vielfältigen Vermächtnissen aus der Geschichte zu tun, die unsere heutigen Verhaltensweisen konditionieren, und es wird nicht leicht sein, den gemeinsamen Zukunftsnehmer zu finden.

Douglas Hurd hatte sicher recht, als er vor etwa einem Jahr meinte: "We will have to say 'no more' often than not." Anders kann es nicht sein: Wir werden öfter nein sagen müssen, fernab in der Welt, aber auch an unserer Peripherie. Wir sollten uns nicht einreden, power projection könnte generell unsere Aufgabe sein. In gewissen klar definierten Fällen ja, aber nicht für alle möglichen Fälle rund um den Globus. Das würde ein Großmachtpotential voraussetzen.

Wäre es in Jugoslawien anders gelaufen, wenn es schon eine funktionierende gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gegeben hätte? Ich habe da meine Zweifel. In gewissem Sinne haben wir ja eine gemeinsame Außenpolitik gehabt, nämlich eine des Nichthandelns. Dies wurde nirgendwo offiziell beschlossen; aber das gemeinsame außenpolitische Denken der Westeuropäer lief darauf hinaus, nichts zu tun. Vielleicht hätte man zu einem sehr frühen Zeitpunkt durch relativ geringfügige Eingriffe vieles von dem verhindern können, was dann geschah. Beispielsweise die beiden Zerstörer versenken, die Dubrovnik beschossen haben.

### **Stürmer**

Hätte Ted Sommer dem zugestimmt?

### **Sommer**

Das hat er damals gefordert. Danach war die Frage dann nicht mehr, zwei Zerstörer aus dem Wasser zu pusten, sondern ob man bereit war, eine halbe Million Mann unter Umständen in einen langjährigen Guerillakrieg zu entsenden.

Es mag paradox klingen: Am Ende haben die Europäer gemeinsame Entscheidungsfindung und gemeinsames Handeln ausgeschlossen, nachdem sie anfangs den richtigen Zeitpunkt zum Eingreifen verschlafen hatten. Das wird auch in Zukunft nicht viel anders laufen. Wir alle kennen das Wort Bismarcks, daß die Vorgänge auf dem Balkan nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert sind. Ich denke, sie werden heute auch nicht die Knochen eines französischen oder walisischen Soldaten wert sein. Interventionsgründe müssen ja auch dann noch stichhaltig sein, wenn die ersten Zinksärge oder Body bags zurückkommen.

Vielleicht ist das eine sehr deutsche Haltung. Ich glaube, bezogen auf Deutschland, an den Begriff Zivilmacht. Und ich bin auch davon überzeugt, daß Europa, selbst wenn es sich zusammenrauft, kein bedenkenlos in jede Bresche springender Draufgänger sein kann oder will.

Noch ein Wort zum Thema Osterweiterung. Wir sind hier mit der "Partnerschaft für den Frieden" auf dem richtigen Weg. Die NATO ist kein Kulturverein, kein Liederkranz, dem man beitrifft, um sich Geborgenheit zu verschaffen. Der Artikel 5 des NATO-Vertrages verpflichtet im Grunde zu nichts. Die dort formulierte Beistandsverpflichtung kann vom Abwurf einer Atombombe bis zum Abschicken eines Beileidsbriefes reichen. Was die NATO über die Jahrzehnte intakt gehalten hat, war die vorhandene Infrastruktur: die gemeinsame Planung, der gemeinsame Nachschub, die militärische Integration, die Stationierung nicht-nationaler Verbände nahe der potentiellen Front. Die Frage ist also: Welcher NATO wollen die Osteuropäer eigentlich beitreten? Wie hoch schätzen sie die reale Bedrohung von außen ein? Wenn sie sie nicht hoch einschätzen, reicht im Grunde die "Partnerschaft für den Frieden". Wenn sie sie sehr hoch einschätzen, müßten sie logischerweise die Verlegung der alten NATO-Infrastruktur auf ihren Boden wünschen, also die Präsenz fremder Truppen in ihrem Lande,

möglicherweise die Stationierung von Atomwaffen. Das alles sind Fragen, die bisher noch kaum angedacht worden sind.

Die "Partnerschaft für den Frieden" gibt allen Beteiligten die Möglichkeit, sich langsam an das Thema heranzutasten. Möglicherweise müssen wir rasch reagieren, wenn die Russen wieder auftrumpfen. Solange sie dies nicht tun, können wir uns Zeit lassen.

Ein letzter Gedanke in diesem Zusammenhang. Wenn der Beitritt osteuropäischer Staaten zur NATO sinnvoll sein soll, ist unbedingt eine Standardisierung der Rüstung erforderlich. Das heißt, die militärische Ausrüstung des ehemaligen Ostblocks müsste durch westliche Waffen und westliches Gerät ersetzt werden. Ich habe manchmal den Verdacht, daß vor allem in Amerika die Rüstungsindustrie hier riesige Möglichkeiten wittert und daß dies einer der Gründe ist, warum der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur NATO von einigen Leuten so energisch betrieben wird. Aber wer soll eigentlich diese Umrüstung bezahlen? Die Staaten des Ostens können das nicht. Ich habe mich als Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung seinerzeit mit Beschaffungsetats herumschlagen müssen; ich weiß, um welche Summen es dabei geht. Wir sollten uns darüber im klaren sein: Wir können nicht den Eintritt der ost- und mitteleuropäischen Staaten in die Europäische Union und gleichzeitig deren Umrüstung finanzieren.

### **Weidenfeld**

Zur sicherheitspolitischen Lage möchte ich einen Tatbestand in Erinnerung rufen: Als die Krise in Jugoslawien begann, sich zu einem Krieg auszuwachsen, haben die Europäer die Amerikaner zu einer gemeinsamen Politik gedrängt. Darauf hat die amerikanische Regierung sich zurückgelehnt und erklärt: Dies ist eine rein europäische Angelegenheit. Das heißt, erstmals seit 1945 wollten die Amerikaner einen europäischen Schauplatz den Europäern überlassen und sich nicht einmischen. Das hatte nicht zuletzt auch mit einer sehr unterschiedlichen öffentlichen Wahrnehmung des Geschehens in Jugoslawien diesseits und jenseits des Atlantiks zu tun. In den amerikanischen Medien spielte Jugoslawien zu dem Zeitpunkt so gut wie überhaupt keine Rolle - im Gegensatz zu der Berichterstattung in Europa, wo dieses Thema ständig die Nummer eins in den Nachrichten war.

Der große Fehler lag in der frühen Phase, als sich die Krise allmählich mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zum Krieg entwickelte, was alle Beobachter sehen konnten. Dabei ist die Haltung der Amerikaner ausschlaggebend gewesen. Damit müssen wir auch in Zukunft bei denkbaren ähnlichen Fällen immer wieder rechnen, ohne daß es zu einem Rückzug der Amerikaner aus Europa oder zu einem Bruch der atlantischen Allianz kommen wird. Aber die USA werden sich vermutlich mehr und mehr zurückhalten, wenn in Europa etwas passiert. Insofern wird der Druck auf die Europäer stärker werden, sich in der Sicherheitspolitik zwar nicht unabhängig von den Amerikanern, aber doch eigenständiger zu organisieren, damit sie in Fällen, in denen die USA das Feld den Europäern überlassen wollen, handlungsfähig sind.

Im Blick auf die Sicherheitslage in Osteuropa fällt in den letzten Jahren auf, daß es in dieser Hinsicht bei uns ziemlich hektische Diskussionskonjunkturen gibt. Für einige Wochen sieht man das Heil in der NATO-Erweiterung, dann wieder steht die Erweiterung der Europäischen Union im Vordergrund. Mal erregt uns die Schuldenfrage, dann ist es wieder ein anderes Thema. Da verbindet sich die Nervosität der Osteuropäer in gewisser Weise mit dem Single-issue-Denken der Amerikaner, die sich in ihrem politischen Denken immer nur auf ein Thema, eine Herausforderung und eine Lösung konzentrieren und sich danach wieder einem anderen Thema zuwenden. Die Erfolgsgeschichte der Europäer ist jedoch nicht zuletzt darin begründet, daß wir seit Ende der 40er Jahre auf unterschiedliche Herausforderungen unterschiedliche Antworten gegeben haben. Mal stand die eine, mal die andere Organisation im Vordergrund. Als der Fouchet-Plan scheiterte, war eben nicht die ganze europäische Integration am Ende, sondern man versuchte, einen anderen Weg zu gehen.

Ich plädiere also dafür, die sicherheitspolitische Diskussion stärker auf die differenzierten Strukturfragen abzustellen und nicht alle 14 Tage das Thema zu wechseln. Als die Debatte um die Neuorientierung der NATO begann, hat man von deutscher Seite die amerikanische Regierung immer wieder gedrängt, die WEU in die Überlegungen mit einzubeziehen, was den Amerikanern völlig fremd war, weil derartige Strukturfragen in ihrem politischen Denken so gut wie keinen Platz haben.

Als dritten Gesichtspunkt erwähne ich: Die westliche Ostpolitik hat in den vergangenen Jahren den gravierenden Fehler gemacht, daß sie Rußland faktisch eine Art Vetorecht in ihrer Sicherheitspolitik eingeräumt hat. Dabei ging man von der irrigen Vorstellung aus, man könne auf diese Weise die innenpolitische Atmosphäre in Rußland nachhaltig mit beeinflussen. Natürlich spielen die Russen das Spiel sehr clever, indem sie eben diesen Eindruck vermitteln. Das hat aber mit der Realität der russischen Innenpolitik nicht das geringste zu tun. Den Russen geht es in ihrem politischen Alltag

derart ums Überleben, daß sie all diese weltpolitischen Zusammenhänge eher exotisch anmuten. Die Annahme, wir könnten auf die russische Innenpolitik einwirken, wenn wir uns so oder so verhalten, ist doch recht naiv, zumal wenn wir dabei Schirinowski und die Altkommunisten im Auge haben. Ich halte das ganz und gar für falsch und meine, wir sollten uns auf unsere eigenen sicherheitspolitischen Überlegungen konzentrieren und uns nicht ständig selbst blockieren, indem wir darauf schielen, was denn wohl die Russen dazu sagen.

Ich gehe davon aus, daß sich die Europäische Union in jedem Falle erweitern wird. In ihrer Gründungsidee sind alle Demokratien in Europa einbeschlossen, die bereit sind, den Gemeinschaftsstandard anzunehmen. Wenn die Osteuropäer diesen Standard akzeptieren wollen, gehören sie dazu. Da gibt es keine Alternative. Dann sind wir in der Tat sehr schnell bei einem Europa der 30. Wenn wir in dieser Gemeinschaft der Demokratien die sicherheitspolitische Komponente stärken wollen, dann gilt das auch für entsprechende verteidigungspolitische Überlegungen in Richtung Osteuropa. In dieser Hinsicht ist der Gedanke von Schutz- und Beistandsverpflichtungen, den Herr Ischinger geäußert hat, durchaus zu erwägen und inhaltlich auszugestalten.

Unsere bisherigen Überlegungen, die Osteuropäer sicherheitspolitisch mit einzubeziehen, erscheinen mir doch recht phantasielos. Dafür reicht es eben nicht aus, sie zum Europagipfel im Dezember 1994 nach Essen einzuladen und sie ansonsten fühlen zu lassen, daß sie nicht wirklich dazugehören. Warum denken wir nicht intensiver über Teilmitgliedschaften für die Osteuropäer nach? Die Erweiterung der NATO ist doch keiner abstrakten Theorie verpflichtet, sondern sie hängt entscheidend davon ab, inwieweit insbesondere die Amerikaner bereit sind, ihre Beistandsverpflichtung auf Osteuropa auszudehnen.

Schließlich noch ein Wort zur Frage des Vetorechts. Ich darf daran erinnern, daß der Vertrag von Maastricht Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik vorsieht unter der Bedingung, daß die Felder gemeinsamer Aktionen vorher definiert sind. Das hat die Europäische Union mit Maastricht I weitgehend getan. Darunter fällt sowohl die Osteuropapolitik als auch die Nahostpolitik. Nach dem Vertrag von Maastricht sind Mehrheitsentscheidungen auf diesen Gebieten bereits kodifiziert. Um das Vetorecht abzuschaffen, brauchen wir also nicht auf Maastricht II zu warten. Das ist im Prinzip geregelt und muß nur in der Praxis eingelöst werden.

Wer soll den Anstoß geben, in der Praxis der Außenpolitik so zu verfahren? Da wir nicht davon ausgehen können, daß sich Großbritannien auf absehbare Zeit wirklich auf Europa einläßt, besteht zum deutsch-französischen Tandem gegenwärtig keine Alternative. Wie tragfähig die deutsch-französischen Beziehungen derzeit sind, da gebe ich gewisse Fragezeichen zu Protokoll. Festzustellen ist jedenfalls, daß mit Ausnahme in Sachen Währungsunion die Initiative nie von Frankreich, sondern immer von Deutschland ausgegangen ist. Da die deutsche Seite nicht allein vorangehen will, sieht sie sich nach einem Partner um, und das sind nach Lage der Dinge die Franzosen. Dennoch muß man sagen, daß politisch zwischen Deutschland und Frankreich im Augenblick nicht allzuviel läuft.

### **Ischinger**

Als vor einigen Tagen der "Fischkrieg" mit Kanada ausbrach, stellte sich die Frage, ob man darauf qua Europäische Union reagieren und den politischen Dialog abbrechen oder einfrieren sollte. Ich habe die Diskussion darüber in Brüssel sehr hautnah miterlebt. Es war schon desillusionierend, daß wir uns, statt uns in der Sache auseinanderzusetzen, im Kreis der fünfzehn nur mehr darüber gestritten haben, wer wem in dieser Frage eigentlich welche Weisungen geben darf: die ständigen Vertreter in Brüssel oder der Ministerrat? Ist es das Politische Komitee, oder sind es Mischformen? So sieht es heute in der Praxis leider aus; es wird viel Energie dadurch gebunden, daß zwischen intergouvernementalem Handeln einerseits und den bestehenden Integrationsvorschriften der Europäischen Union andererseits Friktionen entstehen.

Was Herr Weidenfeld im Hinblick auf Jugoslawien über die Schwierigkeiten einer kohärenten transatlantischen Politik gesagt hat, gilt genauso für die europäische Außenpolitik. Eine gemeinsame europäische Außenpolitik wird so lange nicht zustande kommen, wie die Schwerpunkte in den nationalen Parlamenten und in den Medien der beteiligten Länder, vor allem in der Fernsehberichterstattung, so unterschiedlich gesetzt werden. Wenn ich daran denke, wie in den ersten Jahren des Jugoslawienkonflikts Antenne 2 und ARD oder Le Monde und Frankfurter Allgemeine - um nur zwei extreme Beispiele herauszugreifen - berichtet haben, dann ist ganz klar, wie sehr es bisher an einer größeren europäischen Öffentlichkeit fehlt.

Wenn wir über eine gemeinsame Außenpolitik mit Mehrheitsentscheidungen nachdenken, dann geht es - ähnlich wie in der Währungspolitik - letztlich um die Frage, ob wir bereit sind, auf die nationale

Außenpolitik zu verzichten. Denn eine gemeinsame Außenpolitik kann doch nicht heißen, daß fünfzehn Außenminister nacheinander nach Moskau fahren, um dort fünfzehnmal dasselbe zu sagen, sondern daß die Europäische Union mit einer Stimme spricht. Die Frage ist: Mit welcher Stimme kann die Europäische Union sprechen - Mehrheitsentscheidungen hin oder her? Ein wesentliches Defizit sehe ich darin, daß es bisher an einer Position fehlt, die die europäische Außenpolitik legitim nach außen verkörpert. Deshalb habe ich viel Sympathie für den Vorschlag, das Amt eines politischen Generalsekretärs zu schaffen, der die Europäische Union politisch glaubwürdig nach außen vertreten könnte, und zwar mit größerer Kontinuität, als das gegenwärtig mit den alle sechs Monate wechselnden Präsidentschaften der Fall ist.

Herr Schäuble hat zu Recht die Identität zwischen NATO- und EU-Mitgliedschaft gefordert. Allerdings müssen wir sehen, daß die Entwicklung mit der letzten Erweiterung der Europäischen Union nicht in diese Richtung gegangen ist. Früher gehörte nur Irland nicht der NATO an, heute sind es mehrere Länder. Das fällt nur deshalb nicht sonderlich ins Gewicht, weil es heute an einer äußeren Bedrohung fehlt. Wenn wir jedoch die Vision einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik haben, dann frage ich mich, ob es Sinn macht, Partner in die Europäische Union aufzunehmen, mit denen überhaupt noch keine sicherheitsmäßigen Verknüpfungen bestehen - so wie es umgekehrt wenig sinnvoll ist, die NATO um Mitglieder zu erweitern, die nicht mit der Europäischen Union verbunden sind. Ich meine, NATO- und EU-Erweiterungen müßten auf das engste gekoppelt sein.

Schließlich: Wer die Europäische Union als handlungsfähigen Akteur fordert, der muß sich auch über die Konsequenzen im klaren sein, die das für das transatlantische Verhältnis hat. Die Europäische Union hat sich in Jugoslawien als nicht handlungsfähig erwiesen, und dann hat man sich - uneinig wie man war - mit den Amerikanern um eine gemeinsame Lösung bemüht. Jetzt erleben wir, daß die Amerikaner politisch intensiv engagiert sind, während auf europäischer Seite ein heillooses Durcheinander herrscht. Das muß in Zukunft unbedingt vermieden werden. Ich glaube nicht, daß wir es in Europa zukünftig mit Konflikten zu tun haben werden, deren Bedeutung so gering ist, daß die Amerikaner darauf verzichten werden, sich politisch zu engagieren. In den Fällen können die Europäer kaum militärisch allein aktiv werden. Insofern besteht auch zwischen NATO und WEU aus inhärenten Erfordernissen ein enger Zusammenhang.

### **The Lord Dahrendorf**

Wenn wir mit der Diskussion über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fortfahren, sollten wir uns an die Empfehlung von Herrn von Weizsäcker erinnern, daß wir diese Probleme aus der Sicht eines institutionellen Lernprozesses behandeln, der aus den Erfahrungen und Überlegungen der vergangenen Jahre entstanden ist. Es wäre vielleicht sinnvoll, wenn wir uns auch Gedanken machen über die Institutionen, die Europa zu einer gemeinsamen Politik verhelfen könnten, zumindest auf Gebieten, auf denen es sich bislang nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat.

### **Stürmer**

Ich meine, Herr Weidenfeld, wenn wir mit Rußland umgehen, sollte es uns darum zu tun sein, einen Verlierer nicht zu demütigen, sondern auf lange Sicht zum Freund zu gewinnen. Das klassische Modell dafür bietet der Wiener Kongreß: Ohne die Russen wäre es kaum möglich gewesen, Napoleon zu besiegen; aber anschließend war es dringend nötig, die Russen wieder hinter die Weichsel zurückzubitten. Dies hat man ihnen einerseits mit der "polnischen Gans" schmackhaft gemacht, andererseits ein wenig mit Krieg gedroht. Beides taugt natürlich nicht für die jetzige Situation. Aber das Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, in der Politik auf verschiedenen Ebenen zu agieren. Wir müssen alles vermeiden, um einen "Versailles-Komplex" der Russen noch zu vertiefen.

Die Frage ist also: Wie kann die Sicherheit der Ost-Mitteleuropäer erhöht werden, was wir ja alle wollen?

Wo stehen wir heute im Hinblick auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik? Wie Sie wissen, hatte der zuständige EU-Kommissar für diese Fragen, Hans van den Broek, enttäuscht darüber, wie wenig Substanz sein Ressort hat, eine Expertenkommission aus mehreren westeuropäischen Ländern berufen, die Empfehlungen erarbeiten sollte. Zunächst ging es dabei um eine Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes, und es wurde sehr schnell klar, daß die Westeuropäer in den vergangenen Jahrzehnten im Grunde nur Konsumenten von Sicherheit gewesen waren. Jetzt sind sie gefordert, Produzenten von Sicherheit zu werden; denn wer weiß, ob wir in Zukunft ein Amerika nach unseren Wünschen haben.

Artikel 5 des NATO-Vertrags besagt, wie Theo Sommer zu Recht betont hat, im Grunde nicht allzuviel. Im konkreten Fall kann das heißen - wie auf der letzten Wehrkundetagung in München gesagt wurde;-

, man schickt dem angegriffenen Land eine Postkarte "with regrets". Deshalb brauchen wir unbedingt die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Und dafür fehlt es - was erschwerend hinzukommt - in ganz Europa an entsprechender Analysekapazität. Wir haben für alles Mögliche Expertengruppen und think tanks, doch in bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik Europas ist wenig vorhanden.

In diesem Zusammenhang ist von der Broek-Kommission vorgeschlagen worden, einen europäischen Sicherheitsberater zu ernennen - ähnlich dem National Security Adviser in den USA-, der einen direkten Zugang zum EU-Präsidenten hat, aber dem Ministerrat verantwortlich ist.

### **Langguth**

Warum kann das nicht der für die Außenpolitik zuständige Kommissar der Europäischen Kommission sein?

### **Stürmer**

Gegenwärtig sind für verschiedene regionale Aspekte der Außenpolitik vier Kommissare tätig - eine Ressortenteilung wie im 18. Jahrhundert.

### **Langguth**

Man könnte ja festlegen, daß ein Kommissar dafür verantwortlich ist und nicht vier.

### **Stürmer**

Ich meine, es reicht nicht, dieses Amt bei der Kommission einzurichten, sondern es empfiehlt sich, eine Stelle zu schaffen, die zwischen Kommission und Ministerrat angesiedelt ist. Dann wäre die alte Kissinger-Frage zu beantworten, welche Telefonnummer, bitte, der europäische Außenminister hat.

Hinzu kommt ein weiterer Gesichtspunkt: Die Europäische Union hat sich bisher bewußt auf eine zivile Außenpolitik konzentriert. Alles, was darüber hinausging, fiel in einzelstaatliche nationale Zuständigkeiten, während die große Strategie der NATO beziehungsweise den USA überlassen blieb. Diese zivile Außenpolitik, im Grunde beschränkt auf Außenwirtschaftspolitik, hat ihre Grenzen erreicht, wie sich seit mehr als fünf Jahren in der Jugoslawienkrise zeigt. Da hatte man es zunächst auch mit Überredung und wirtschaftlichen Hilfsangeboten versucht, was sich leider als untauglich erwies.

Der Versuch, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik über die WEU eine Struktur zu geben, wie von britischer Seite offenbar favorisiert, verhindert letztlich, daß Europa als Europa zu eigenständiger außenpolitischer Gestalt findet. Wenn Maastricht II ein Erfolg werden soll, dann muß man zu diesem Punkt ernsthaft nachdenken und alles tun, um handlungsfähig zu werden.

### **Menudier**

Wie sollen Entscheidungen über außenpolitische und Sicherheitsfragen gefällt werden? Darum wird es in den kommenden Jahren gehen. Während wir über die Währungsunion ausführlich gesprochen haben, wurden die Probleme des europäischen Parlaments und seiner Kompetenzen nur gestreift. Nicht weniger wichtig sind die Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Dafür müssen die Modalitäten der Entscheidungsfindung festgelegt werden. Darüber muß vor der Regierungskonferenz 1996 gesprochen werden, und dabei darf es kein Tabu geben.

Was sich derzeit in Ex-Jugoslawien abspielt, begreifen wir alle als ein Desaster für Europa, aus dem wir Konsequenzen für weitere Schritte in der Außen- und Sicherheitspolitik ziehen sollten. Wie kann Europa seine Interessen insgesamt definieren? Von deutscher Seite wird in dieser Hinsicht jetzt ein wenig Druck gemacht. Zumindest fand ich die Stellungnahme, die Außenminister Kinkel in einem "Figaro"-Interview abgegeben hat, erfreulich klar und mutig. Die französische Seite hat darauf nicht reagiert; die britische Position kenne ich zwar nicht so genau, doch scheint dort keine große Begeisterung vorhanden zu sein. Wir sollten also auf das Wie zurückkommen.

Für Frankreich gehören die Probleme des Mittelmeerraumes zu den vordringlichen Fragen, wie Herr von Weizsäcker angedeutet hat. In den letzten Jahren standen Ost- und Mitteleuropa im Vordergrund, was uns auch weiterhin beschäftigen wird. Aber sowohl aus wirtschaftlichen Gründen, als auch wegen des religiösen Fundamentalismus ist der Mittelmeerraum eine Gefahrenzone, von der Europa eine starke Ansteckung droht. Da müssen wir Kooperationsformen finden. Andererseits besteht kein Anlaß, allzu schwarz zu sehen: Soeben wurde mit der Türkei ein Abkommen geschlossen. Auch für Zypern und Malta ergeben sich positive Perspektiven; warum sollte die EU solche kleinen Staaten nicht aufnehmen - was hier in Frage gestellt wurde.

Außerdem gib es Abkommen mit nordafrikanischen Staaten. Es wird nicht leicht sein, in Algerien eine Katastrophe zu verhindern; denn was können wir tun, außer zu reden? Finanzielle Hilfe bringt nichts mehr, und ein militärisches Eingreifen ist ausgeschlossen. Bleibt der Vorschlag von Präsident Mitterrand, eine Konferenz zwischen Europäern und Algeriern zu organisieren. Die Algerier haben das als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten abgelehnt. Hier sind uns also die Hände weitgehend gebunden.

In den Sicherheitsfragen sind wichtige Veränderungen festzustellen. Daniel Vernet hat die französischen Nuklearstreitkräfte angesprochen, eine Frage, die äußerst dringlich wird, je nachdem wie die Präsidentenwahl ausgeht. So hat Jacques Chirac angekündigt, daß er als Präsident die Nukleartests wieder aufnehmen wird. Natürlich wird das zu diplomatischen Verwicklungen führen. Doch eine Expertengruppe ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Force de frappe noch fünf Jahre lang auf solche Versuche angewiesen ist, um glaubwürdig zu bleiben. Im Bereich der konventionellen Streitkräfte müssen wir uns ebenfalls fragen, was wir tun wollen. Chirac hat kürzlich erklärt, wir müßten in Frankreich stärker eine Berufsarmee entwickeln. Er hat auch Balladurs Idee aufgegriffen, europäische Streitkräfte für humanitäre Einsätze aufzustellen.

Eine Grundsatzfrage betrifft das Eurokorps in seiner Beziehung zur WEU. Sollte es völlig außen vor bleiben oder sich zu einer Art Armee der Europäischen Union weiterentwickeln, wie Daniel Vernet vorgeschlagen hat? Soll eine echte Verbindung zwischen der Europäischen Union und der WEU geschaffen werden? Diese Fragen müssen in den kommenden Jahren beantwortet werden, wobei zwischen Franzosen, Engländern und wohl auch den Deutschen noch grundlegende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Solange jede Stärkung der WEU als eine Schwächung der NATO angesehen wird, führt das sowohl in Bonn als auch in London zu Spannungen bis hin zur Ablehnung. Das heißt, man ist sich zwar einig, daß es grundsätzliche Reformen geben muß, aber nicht, wie wir dahin gelangen.

Schließlich: Wie schätzen wir das Engagement der Amerikaner in Europa ein? Werden die Amerikaner so präsent bleiben, wie sie es derzeit sind, oder werden sie ihre Präsenz verringern, und sollte dies die Europäer nicht ermuntern, ihre gemeinsame Verteidigungspolitik weiterzuentwickeln? Ein weiterer wichtiger Aspekt betrifft die Zukunft der europäischen Rüstungsagentur. Ist in diesem Bereich eine gemeinsame Politik möglich?

Der Terminkalender für die nächsten Jahre ist also dicht gefüllt, was die Inhalte, aber auch, was die Strukturen angeht. Man sollte jedoch nicht die Augen davor verschließen, daß zwischen den hauptbeteiligten Ländern noch erhebliche Divergenzen bestehen.

### **Casanova**

Bei dieser Diskussion über die künftige Außenpolitik Europas wird der Akzent auf Institutionen, Mehrheitsentscheidungen, Vetorecht und Organisationsformen gelegt. Wir sollten jedoch nicht die Eigenheiten unserer Gesellschaften aus den Augen verlieren. Denn demokratische Gesellschaften tun sich schwer mit Außenpolitik, insbesondere wenn es um Gewalt und Krieg geht. Hinzu kommt die geringe Zahl von Kindern in unseren Gesellschaften, mit deren Blut wir sparsam umgehen. Und wir sollten nicht übersehen, daß unsere Staaten von alten Männern regiert werden. Zwischen 1792 und 1815 führte Frankreich gegen ganz Europa Krieg, und an der Spitze standen damals sehr junge Männer, was das Krieg führen erleichterte.

Worin besteht unser Problem? Da die Welt nicht friedlich geworden ist, muß sich ein Gebilde wie Europa der Gewalt stellen. Dafür gibt es drei unterschiedliche Lösungsansätze:

Erstens könnten wir Krieg ohne Menschen führen, also nur mit Hilfe der Technik. Diesen Weg beschreiten die Vereinigten Staaten bereits seit langem; denn sie sind eine alte Demokratie. Europa sollte all seine militärischen Talente für eben diese Art des begrenzten Krieges nutzen. Ein genau gezielter Schlag hätte etwa in Bosnien eine enorme Wirkung haben können, ohne direkt Bodentruppen einzusetzen.

Zweitens: Da unsere britischen Freunde nun einmal nicht so gute Europäer sind wie jene Franzosen, die sich am meisten europäisch geben, könnten wir jene englische Tradition weiterführen, die darin besteht, Krieg mit Hufe anderer zu führen, also mit Kolonial- oder ausländischen Truppen beziehungsweise durch indirekte Strategien. Dies wird Europa wohl nicht vermeiden können, so wie Frankreich es in Afrika versucht. Aber auch das erweist sich bereits als zu kostenträchtig für uns. Im gesamten islamischen Krisenbogen von Marokko bis Indonesien mit zwei Milliarden Menschen können wir nur indirekte Strategien anwenden und bestimmten Armeen gegen andere helfen. Wenn sich die Außenpolitik gegenüber Algerien auf Moralpredigten und die Drohung beschränkt, die

Finanzhilfe einzustellen, wird das keine große Wirkung zeitigen. Statt dessen müßte unsere Algerienpolitik Marokko als Gegenpol benutzen und die marokkanische Armee stärken, demokratische Parteien fördern, die Kabylen heimlich gegen die Araber unterstützen und so weiter.

Das heißt, es geht darum, sich des Erbes der Kolonialpolitik zu bedienen, die heute kein Nationalstaat mehr für sich nutzen kann. Großbritannien und in gewisser Weise auch Deutschland haben so im Nahen Osten Politik gemacht, ohne daß ich dafür plädiere, in die Irrtümer der früheren Politik der Nationalstaaten zurückzufallen. Aber wenn man es mit Unruheherden zu tun hat und selbst keine Menschenopfer bringen will, muß man halt seine Mittel indirekt einsetzen, in den Ländern politisch präsent sein und die militärischen Eliten beeinflussen.

Unsere Nationalstaaten sind nicht imstande, im afrikanischen und islamischen Raum eine solche Politik allein zu betreiben, beziehungsweise den Raum geographisch unter sich aufzuteilen. Deshalb müssen sie sich zusammentun, um Geheimdienste zu schaffen, Militärhilfe zu leisten, militärische Ausbildung zu unterstützen, Verbündete zu gewinnen und sich ausländische Kampfverbände zuzulegen. Es mag zynisch klingen, aber die amerikanische Armee ist heute teils eine technische Armee, während sie zu 50 Prozent aus amerikanischen Afrikanern besteht. Jedenfalls entspricht der Anteil der WASP in der amerikanischen Armee nicht dem Establishment an den Universitäten oder in der Politik. Die Vereinigten Staaten nutzen hier ihre nationalen Besonderheiten. Auch in Frankreich besteht ja ein Großteil der Kampftruppen aus Fremdenlegionären. Entsprechend könnte die Europäische Union Einheiten unterhalten, die aus Ausländern bestehen und die entweder im Inland oder im Ausland stationiert sind.

Die dritte Möglichkeit wäre, daß die Europäer selbst Krieg führen. Das ist insofern sehr schwierig, als unsere modernen Gesellschaften eine Auffassung von Bürgerpflicht haben, die damit kaum vereinbar ist.

Ich befürworte ausdrücklich die Idee einer europäischen Bürgerschaft, die sich jedoch nicht damit zufrieden geben kann, daß man sich mit einem europäischen Paß überall frei bewegen oder an Kommunalwahlen beteiligen kann. In erster Linie würde dies bedeuten, Steuern zu zahlen, und die modernen Gesellschaften verstehen es, an der Steuerschraube zu drehen. Aber die höchste Bürgerpflicht zeigt sich, wenn die Regierung das Recht hat zu befehlen, Menschen zu töten, und die Bürger zum Gehorsam verpflichtet sind, wenn man von ihnen verlangt zu kämpfen. Davon sind wir in Europa weit entfernt.

Eine solche Verpflichtung gibt es bisher nur im nationalen Rahmen, und die Franzosen würden vermutlich allenfalls aus nationalen Gründen bereit sein zu sterben. Vielleicht gelingt es, allmählich eine Art von europäischer militärischer Bürgerpflicht zu schaffen, wie dies in Ansätzen beim Eurokorps der Fall ist. Dem müßten Symbole und Organisationsformen entsprechen, um den nationalen Truppen in Europa das Gefühl zu vermitteln, einem größeren Ganzen anzugehören, so daß sie auch von anderen Befehlshabern eingesetzt werden können. Auch die großen europäischen Kriege im 20. Jahrhundert waren ja keine rein nationalen Kriege. Auf beiden Seiten waren die Armeen bunt gemischt. Deutschland setzte Regimenter aus ganz verschiedenen Nationalitäten ein, und die Alliierten akzeptierten eine gemeinsame Militärführung. Insofern besteht hier eine gewisse historische Kontinuität, wenn Europa gemeinsame Militäreinheiten und eine hierarchische Militärführung schafft und die Opferbereitschaft als höhere Form der Bürgerpflicht anerkennt.

### **Makarczyk**

Folgt man der Argumentation von Herrn Casanova, so stellt sich die Frage, warum Polen nicht sofort in die NATO aufgenommen wird. Wir haben schließlich die viertgrößte Armee in Europa, ein Machtfaktor, den man nutzen sollte. Aber wenn man Herrn Sommer und Herrn Stürmer zuhört, gewinnt man den Eindruck, daß unsere Sicherheit immer weiter abnimmt. Während Herr Sommer den Polen immerhin noch in einem Einschreibbrief mitteilen läßt, daß wir im Falle eines Angriffs keine Hilfe zu erwarten haben, begnügt sich Herr Stürmer mit einer Postkarte. Vielleicht beschränken sich die nachfolgenden Redner auf ein Telex oder einen Telefonanruf.

Um ernsthaft zu argumentieren: Warum will Polen in die NATO? Natürlich wissen wir, daß der Westen keinen Atomkrieg riskiert, um die Sicherheit eines Neulings zu garantieren. Dies haben uns die Amerikaner unmißverständlich und ehrlich zu verstehen gegeben. Die NATO ist jedoch nicht nur ein Militärbündnis, das lediglich auf dem Artikel fünf basiert. Sie weist auch eine Sicherheitsphilosophie und eine politische Struktur auf, zu der wir gehören möchten. Damit würde man den Russen ein deutliches Signal geben, daß sie ihre Einflußsphäre nicht auf unser Territorium ausweiten dürfen. Einmal haben wir den russischen Ansturm abgewehrt, und der Krieg von 1920 wird nicht ohne Grund als einer der wichtigsten in der Geschichte der Menschheit angesehen. Hätten wir diesen Krieg



damals verloren - zu einer Zeit, als in Deutschland die bolschewistische Revolution stattfand;- , wäre die Geschichte insgesamt anders verlaufen. Eine solche Erfahrung wollen wir nicht noch einmal machen.

Es wäre zweifellos völlig aus der Luft gegriffen zu meinen, um die Sicherheit Polens, Tschechiens, Ungarns oder anderer Staaten, die dann der NATO angehören, würde Krieg geführt. Uns geht es hier um eine politische Option, so wie wir diese auch in einer EU-Mitgliedschaft sehen. Jacques Delors hat uns wiederholt erklärt: "Sie sollten die Europäische Union (damals war es noch die EG) nicht nur als eine Wirtschaftsorganisation, sondern als ein politisches Ziel sehen." Genau das tun wir und verstehen dies im Zusammenhang mit der Philosophie der Menschenrechte, des Völkerrechts und so weiter.

Herr Vernet stimme ich zu, daß man die Russen danach fragen muß, was sie tun wollen, um die Sicherheit unserer Länder zu garantieren. Deshalb bin ich auch dafür, Rußland in den Europarat aufzunehmen, obwohl es das eigene Parlament mit Panzern kontrolliert, was nicht ganz der Europäischen Konvention entspricht. Die Entscheidung darüber ist jetzt wegen Tschetschenien verschoben worden, ohne daß man damit das Verhalten der Russen wirklich beeinflussen kann. Daß nach wie vor Furcht vor der russischen Nuklearmacht besteht, ist mir durchaus verständlich.

### **Hellström**

Ich möchte auf die Außenbeziehungen der Europäischen Union von einem anderen Blickwinkel aus eingehen. Zur gleichen Zeit, wenn 1996 der Regierungsgipfel in Dublin zur Vorbereitung der Regierungskonferenz stattfindet, wird auch das erste Ministertreffen der neuen Welthandelsorganisation (WTO), der Nachfolgerin des GATT, in Singapur abgehalten. Meine Sorge ist, daß die Europäische Union bei den Gesprächen, die der Vorbereitung der WTO gelten, keine starke und offensive Rolle spielen wird.

Die Vereinigten Staaten ergreifen derzeit neue Freihandelsinitiativen, die sich auf Mittelund Südamerika und auch auf ASEAN und andere asiatische Länder richten. Die Europäische Union tut in dieser Hinsicht kaum etwas. Vorstellungen, den Freihandel von Europa auf Lateinamerika oder Asien auszuweiten, stoßen hier mehr oder weniger unverhohlen auf Ablehnung. In der Welt nach GATT werden Freihandelsinitiativen alle Bereiche umfassen, auch die Landwirtschaft, und die Europäische Union fürchtet offensichtlich, sich auf Gebiete vorzuwagen, die neue agrarpolitische Opfer verlangen. Entsprechend fehlt es an Initiativen der EU, während die anderen Handelsakteure intensiv über Freihandel diskutieren. Mein Vorschlag ist, daß die Europäische Union mit Asien und Lateinamerika über Freihandelsabkommen verhandelt. Wir sollten auch mit den Vereinigten Staaten über eine Vertiefung der wirtschaftlichen Integration sprechen. Dies könnte etwa in der gleichen Weise erfolgen, wie wir das in Europa beim Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) getan haben, indem wir Zollbarrieren abbauen, in High-Tech-Bereiche hineingehen und so weiter. Wenn wir nicht selbst die Initiative ergreifen, wird Europa in den Augen anderer Weltregionen als Partner an Attraktivität und Bedeutung verlieren.

Wir haben über die Mittelmeerländer und über Nordafrika gesprochen. Doch die Handelsverhandlungen mit Nordafrika, mit Tunesien und Marokko, aber auch mit Israel, stagnieren allesamt, wiederum aus Gründen, die mit der Landwirtschaft zu tun haben, weil wir nicht bereit sind, auf diesem Gebiet Opfer zu bringen. Wenn man in den Hauptstädten im asiatisch-pazifischen Raum heutzutage umherreist und über politische Zusammenarbeit spricht, spielt Europa keine bedeutende Rolle - im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten. Der Handel zwischen den USA und dem asiatisch-pazifischen Raum wächst sehr viel stärker, insbesondere in den High-Tech-Bereichen, als der Handel mit Europa. Wenn wir jetzt nicht die Initiative ergreifen, könnten wir in fünf oder zehn Jahren in eine Situation geraten, in der unser Kontinent nur noch von geringer Bedeutung für andere ist.

Europa ist immer noch die größte Freihandelszone der Welt. Wir haben nach wie vor eine starke Position im High-Tech-Bereich. Ich fürchte jedoch, daß unsere Interessen stärker auf Protektionismus als auf Freihandel ausgerichtet sind. Das könnte uns ebenso schaden wie eine fehlende gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Deshalb bin ich der Auffassung, daß eine Freihandelsinitiative ebenso wichtig ist wie die GASP, wenn es um die künftige Rolle Europas geht.

### **de Margerie**

Wie hier verschiedentlich zu Recht gesagt wurde, ist das, was sich im Hinblick auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik getan hat, seit diese im Vertrag von Maastricht postuliert wurde, eher enttäuschend; nicht zuletzt wohl deshalb, weil an diese neue Dimension europäischen Handelns übersteigerte Erwartungen geknüpft wurden. Das gilt sicher auch für die Verfahrensweisen; denn auf

den ersten Blick ist nicht ganz einsichtig, wodurch sich die neue gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eigentlich von der Politischen Zusammenarbeit unterscheidet, die wir seit etwa 20 Jahren kennen. Auch die bisherigen Ergebnisse sind enttäuschend angesichts der Tatsache, daß die Europäische Union die Krise in Jugoslawien weder verhindern noch lösen konnte. Der Konflikt hat sich lediglich nicht ausgeweitet; ob dafür die Europäische Union gesorgt hat, ist jedoch eine offene Frage.

Jugoslawien war also der erste Testfall für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, der zwar mißlungen ist, ohne daß man deshalb gleich von einem endgültigen Scheitern sprechen sollte. Denn die Mitgliedsländer der Europäischen Union haben in dieser Hinsicht durchaus gemeinsame Interessen, die auch von den beitragswilligen Ländern geteilt werden. Es dürfte überhaupt ein wichtiges Kriterium für die Beitrittsfähigkeit dieser Länder sein, daß sie in dem Punkt die gleiche Sicht der Dinge haben wie die Staaten, die bisher zur Europäischen Gemeinschaft gehören. Dieses Kriterium erscheint mir zumindest genauso angemessen, wie die gotischen Kathedralen, die hier als Maßstab genannt wurden. Hinzu kommt ein weiterer Gesichtspunkt: Wenn wir die politische Integration Europas befürworten, geht es nicht ohne eine gemeinsam geführte Außenpolitik.

Bei der Verteidigungspolitik ist der Zusammenhang nicht ganz so einsichtig. Herr Casanova erkennt Europa nicht zuletzt die Legitimität zu, Krieg zu führen. Das ist indes so evident nicht. Allenfalls dürfte allgemein akzeptiert werden, daß Europa das Recht habe, sich zu verteidigen. Aber zu behaupten, es habe das Recht oder sogar die Pflicht, Krieg zu führen, ist in einigen Staaten und in bestimmten Gesellschaftskreisen durchaus strittig, zumal damit beträchtliche Kosten verbunden sind. Die Legitimität, Krieg zu führen, läßt sich nur im Hinblick auf humanitäre Interventionen leicht verteidigen. Doch darauf läßt sich militärisches Handeln nicht beschränken.

Auf der Regierungskonferenz 1996 wird es vor allem um institutionelle Fragen gehen. Maastricht hat hier zwar einige Wege aufgezeigt, aber nicht alle Fragen beantwortet. So könnte zum Beispiel die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik institutionell in die Gemeinschaft übernommen werden, indem man in etwa die gleichen Verfahrensweisen anwendet wie auf den bisherigen gemeinsamen Politikfeldern. Eine solche Handhabung könnte bei einigen Kommissionsmitgliedern und auch im Europäischen Parlament Unterstützung finden.

Die entscheidende Frage ist in der Tat, ob bei Abstimmungen das Prinzip der Einstimmigkeit aufgegeben wird, das ein Hindernis für jede schnelle Entscheidungsfindung darstellt. Dagegen wird es zweifellos erhebliche Widerstände geben, nicht nur auf britischer, sondern wohl auch auf französischer Seite. Man kann sich auch eine andere Vorgehensweise vorstellen. Denn Außenpolitik besteht zum einen aus bestimmten Vorgaben, zum anderen aus deren Umsetzung. In diesem Bereich hat die Arbeit gerade begonnen, und wir müssen uns, wie Herr von Weizsäcker gesagt hat, erst noch geeignete Prozeduren oder Institutionen ausdenken. Die wichtigste Aufgabe sehe ich darin, die Vertretung der Europäischen Union nach außen sicherzustellen. Dafür bedarf es nicht um jeden Preis einer bestimmten Institution und eines persönlich Verantwortlichen, weil es angeblich anders nicht funktioniert. Außenpolitik hat jedoch mit Erklärungen und mit Diplomatie zu tun, sie wird in Sitzungen gemeinsam erarbeitet und dann auch außen vertreten. Es geht also gleichermaßen um Effizienz im Inneren und Transparenz nach außen.

Es müßte somit zunächst eine Reihe von Fragen geklärt werden: Soll die Präsidentschaft im Ministerrat verlängert oder das Rotationsverfahren überhaupt verändert werden? Sollen Präsidentschaft und Vize-Präsidentschaft so aufeinander abgestimmt werden, daß die federführenden Länder sich optimal abstimmen können? Ebenso stellt sich beim Europarat die Frage, ob die Präsidentschaft von einer für einen längeren Zeitraum gewählten Person ausgeübt werden soll, die dann auch für die Außenpolitik verantwortlich ist. Dies alles sind institutionelle Fragen, mit denen sich die Regierungskonferenz 1996 auseinandersetzen muß.

## Duff

Frau de Margerie hat ein Thema angesprochen, auf das ich kurz eingehen will. Die Verträge enthalten mehrere Zeitbomben, und der Vertrag von Maastricht, der eine gemeinsame Verteidigung vorsieht, hat uns gerade eine solche Zeitbombe geliefert. Man muß sich darüber im klaren sein, daß eine gemeinsame Verteidigungspolitik der EU qualitativ etwas völlig anderes ist als die gemeinsame Verteidigungspolitik unter der Schirmherrschaft der NATO.

Beim Nordatlantikpakt ist ganz klar, wer für unsere Verteidigungspolitik zuständig ist, und das ist kein Europäer. Wir haben das Glück gehabt, über lange Zeit für unsere eigene Verteidigung nicht die volle politische Verantwortung tragen zu müssen. Eine gemeinsame Verteidigungspolitik gemäß dem Vertrag von Maastricht setzt etwas voraus, über das im Vertrag kein Wort steht, nämlich eine europäische Regierung. Daß eine starke politische Kommandoebene und die entsprechende

Kontrolle einer gemeinsamen Verteidigungspolitik erforderlich ist, daran besteht kein Zweifel. Unsere Diskussion hat aber deutlich gezeigt, wie weit wir davon leider noch entfernt sind. Hier ist auch demokratische Glaubwürdigkeit vonnöten, die der jetzige Vertrag in den Herzen unserer Wählerschaft und der Öffentlichkeit nicht wecken konnte. Wenn wir also einer technokratisch-institutionellen Reorganisation im Hinblick auf eine überzeugende Verteidigungspolitik das Wort reden, sollten wir auch über demokratische und parlamentarische Reformen nachdenken, damit eine solche Politik öffentliche Akzeptanz findet.

Da wir uns in einer Übergangsperiode befinden, scheint es mir vernünftig, daß die Regierungskonferenz 1996 Vorschläge für die parlamentarische Überprüfung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ausarbeitet. Einige Kollegen und ich arbeiten zur Zeit an dem Vorschlag, einen gemeinsamen ständigen Ausschuß von Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern der jeweiligen nationalen Parlamente zu bilden, der ausschließlich für die zweite Säule verantwortlich wäre. Wenn die dritte Säule nicht in den EU-Vertrag einbezogen wird, sollten wir ein interparlamentarisches Komitee für die dritte Säule schaffen. Denn die innere Sicherheit ist für die Gemeinschaft von ebenso großer Bedeutung und sieht sich den gleichen Schwierigkeiten gegenüber wie die äußere Sicherheit.

Das demokratische Defizit, von dem Lord Dahrendorf zu Beginn gesprochen hat, ist im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit am größten. Da der zivile Charakter der EU durch die Übernahme von Sicherheits- und Verteidigungsaufgaben stark berührt und möglicherweise gefährdet wird, scheint mir die Einsetzung eines parlamentarischen Kontrollverfahrens - vielleicht sogar noch vor Beginn der Regierungskonferenz - für eine demokratische Legitimierung unerlässlich zu sein, die wir brauchen, wenn wir die gemeinsame Politik derart intensivieren wollen.

### **Maclay**

In Anknüpfung an Andrew Duff könnte man mit Michael Mertes fragen: Kann es eine europäische Demokratie ohne demos geben? Kann es eine gemeinsame europäische Zielsetzung ohne telos geben? In unserer Diskussion ist das nicht deutlich geworden. Die Antwort lautet: ja.

Vor uns liegen immense Aufgaben in drei Bereichen. Den einen hat Herr Hellström angesprochen: Handel und Wettbewerb. Das reicht bis zu den Arbeitsplätzen im Europa nach der Regierungskonferenz, das sich den Bürgern empfiehlt. Zweitens die Frage der Erweiterung, vor allem deren politische Implikationen etwa bei der gemeinsamen Agrarpolitik und bei den Strukturfonds. Drittens gibt es den Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Für Großbritannien, Herr Weidenfeld, ist dies kein opt-out-Bereich. Wir wollen bei diesen Überlegungen, sowohl was die strategische Verteidigung als auch was die Sicherheit angeht, intensiv beteiligt sein. Das gilt auch für die auf dem Petersberg diskutierten friedenserhaltenden und humanitären Maßnahmen, über die wir durch die Bosnienkrise zumindest wichtige Erfahrungen machen konnten. Wir haben jetzt einen Grad an Zusammenarbeit und gegenseitigem Vertrauen erreicht, der uns schon weitergebracht hat.

Was bedeutet das für 1996? Ich meine, wir würden einen folgenschweren Fehler begehen, wenn wir die Konferenz - so wie wir das jetzt tun - allein nach dem Schema "Integration gut, nationalstaatliche Kooperation schlecht" bewerten würden. Ich will jetzt nicht wieder auf Überprüfbarkeit, Verantwortlichkeit und all das zurückkommen. Aber, um auf Herrn Casanova zu antworten, es besteht keine Notwendigkeit für 15 verschiedene außenpolitische Positionen der Europäischen Union gegenüber der Ukraine, Tunesien oder Südostasien. Wo immer es möglich ist, sollten wir uns auf eine Linie einigen und daran festhalten. Andererseits bringt es auch nicht zwangsläufig einen großen Gewinn für die europäische Einheit, wenn wir in allen Fragen mit einer Stimme sprechen.

Zur Idee von Söldnerarmeen möchte ich anmerken, daß Großbritannien mehr und mehr auf militärische Zusammenarbeit, insbesondere mit einigen afrikanischen Staaten, setzt: mit Mosambik, Simbabwe, Südafrika. Die Kooperation wächst in dem Maße, wie wir unsere Streitkräfte reduzieren, vor allem aufgrund der Entwicklung in Nordirland. Wir wollen unsere Soldaten nicht in Pension schicken, sondern sie für sinnvolle Aufgaben neu einsetzen. "Partnerschaft für den Frieden" schafft dafür gute Möglichkeiten, und das baltische Bataillon ist ein Beispiel dafür, wo wir mit unseren Partnern zusammenarbeiten können. Das müssen nicht reine Unternehmungen der Europäischen Union sein, aber sie sollten in die Richtung gehen, die Sie empfehlen.

Noch ein Wort zu den institutionellen Fragen, zur GASP. Ja, lassen Sie uns die politischen Ausschüsse aufwerten, das Sekretariat, möglicherweise sogar Lord Owen fest einsetzen so weit würde ich gehen, als Antwort auf die sehr direkte Frage von Herrn Schäuble. Unsere Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen, wir stehen erst am Beginn der Diskussion. Die Frage ist, ob dies nicht auf Vertragsänderungen hinausläuft. Wird die Regierungskonferenz derart ins Detail gehen? Aus

britischer Sicht würden wir das alles gern entdramatisieren, um größere Klarheit zu erlangen oder besser voranzukommen.

Manche Deutsche mögen sagen, dies liege nur an der Konservativen Partei; das innenpolitische Klima in Großbritannien könne nicht der Maßstab für die europäische Integration sein. Wir könnten darauf antworten: Vielleicht neigen Sie dazu, das, was auf der Regierungskonferenz geschieht, zu dramatisieren. Wenn sich die Europäische Währungsunion so weiterentwickelt, so scheinen Sie anzunehmen, wird es die Pille der Währungsunion ein wenig versüßen, wenn es wenigstens politisch einigermaßen vorangeht. Vielleicht haben Sie recht mit Ihrer innenpolitischen These, vielleicht auch nicht. Doch letztlich kommen auch Sie wieder auf ein innenpolitisches Kriterium zurück. Ich denke, wir können uns alle darauf einigen, daß wir von den Klischees wegkommen müssen.

So wie Integration im Vergleich zur Kooperation von Nationalstaaten nicht immer von vornherein besser ist, sollten wir Engländer weniger von gewissenloser Brüsseler Zentralisierung und vom deutschen Streben nach Hegemonie reden. In den Medien ist diese Sprache leider sehr verbreitet und wirkungsvoll; aber dafür dürfen Sie uns nicht verantwortlich machen. Sie sollten jedoch erkennen, daß es uns darum geht, Politik auf die breite Zustimmung der Bevölkerung zu gründen. Das bedeutet keine Rückkehr zu imperialem Isolationismus und hat nichts mit nationalstaatlicher Nostalgie zu tun. Es geht eher darum, einen Mittelweg zu finden zwischen dem, was wir unseren Bürgern zumuten können, und dem, was in Verhandlungen mit Ihnen und unseren anderen Partnern erreichbar ist.

### **Picht**

Wir suchen hier nach dem, was die Engländer "common ground" nennen, und davon ist sehr viel deutlich geworden. Dennoch verspüre ich ein gewisses Unbehagen. Tatsache ist, daß wir es in allen unseren Ländern nach wie vor mit nationalen Interessen, Traditionen, Aktionsfeldern zu tun haben.

Herr Casanova hat uns eindringlich an die unregelmäßigen, wilden, nichtfriedlichen Formen internationaler Aktionen erinnert in einer Welt, die zunehmend nicht durch Frieden, Recht und Ordnung gekennzeichnet ist, sondern in der mehr und mehr Unordnung, Chaos, Aggressivität aufbrechen. Für diese wilderen Formen internationaler Beziehungen brauchen wir möglicherweise sehr viel rascher neue Formen der Abschreckung, als wir uns bisher eingestehen wollen. Von daher stellt sich die Frage: Was besagt dieser Tatbestand zukünftig für die nationalen Aktionsfähigkeiten? Frankreich hat in dieser Richtung eine große Tradition, die auch heute noch wirksam ist. Das gleiche gilt für Großbritannien im Hinblick auf direkte und indirekte Interventionen weltweit. Ich meine also, wir sollten sehr viel offener und ehrlicher auch über nationale Interessen und Einflußfelder sprechen, die weiterhin bestehen.

Wie verhält es sich eigentlich mit Deutschland in diesem Zusammenhang? Herr Ischinger hat gestern in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die deutschen außenpolitischen Interessen so dargestellt, daß man sie mit "guter Nachbarschaft" umschreiben könnte, um eine Formel von Willy Brandt zu gebrauchen. Herr Sommer spricht von der Zivilmacht Deutschland, und in der Tat will die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung aus guten historischen Gründen nichts anderes als das. Dennoch sollten wir die delikate Frage nach den deutschen nationalen Interessen und nach den Gruppen, die für diese Interessen eintreten, nicht ausklammern. Mit anderen Worten: Mir wäre wohlher, wenn wir nicht immer nur nach dem Gemeinsamen suchen, sondern auch das Nationale offen legen würden.

### **Garton Ash**

Ich stimme voll und ganz mit dem überein, was Herr Picht sagt. Ich halte es jedenfalls für sehr wichtig, daß wir zunächst unsere eigenen nationalen Interessen definieren. Auf vielen Feldern kann das europäische Interesse nur ein Kompromiß zwischen unterschiedlichen nationalen Interessen sein. Das soll nicht heißen, daß es keine Gebiete echten gemeinsamen Interesses gibt.

Dazu eine Anmerkung: Die Tragödie im ehemaligen Jugoslawien lag zum Teil gewiß darin, daß zumindest in den ersten drei Jahren der Krise die größeren westeuropäischen Mächte eine unterschiedliche nationale Politik betrieben haben, ohne daß sie wirklich unterschiedliche Interessen gehabt hätten. Wo lagen denn die Unterschiede im nationalen Interesse zwischen Deutschland, Frankreich oder Großbritannien im früheren Jugoslawien? Wir haben die Lage nur unterschiedlich eingeschätzt und haben politisch unterschiedlich darauf reagiert. Das war die Tragödie.

Unsere Diskussion hier halte ich in verschiedener Hinsicht für außerordentlich interessant. Sie hat uns daran erinnert, daß wir uns mitten in einem ungewöhnlichen Jahrzehnt befinden. In der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts haben wir das Ende des kalten Krieges, das Ende der Teilung Deutschlands, das

Ende der Sowjetunion, das Ende Jugoslawiens und das Ende des 20. Jahrhunderts erlebt. In der zweiten Hälfte lassen wir westeuropäischen Staaten uns jetzt unter der Führung Deutschlands und Frankreichs auf das unerhörte Abenteuer der Währungsunion ein.

Die Diskussion hat drei Dinge deutlich gemacht. Erstens, wenn die Währungsunion Erfolg hat, wird das unvermeidlich eine neue Qualität der politischen Integration mit sich bringen. Das heißt nicht, dies sei irreversibel; nichts ist unumkehrbar. Aber es wäre doch sehr schwierig, das Rad wieder zurückzudrehen. Zweitens ist es ein gewagtes Spiel, ein Salto mortale, bei dem alles auf eine Karte gesetzt wird, was ein ordentlicher Geschäftsmann oder Bankier wahrscheinlich nicht tun würde, wenn dahinter nicht ein machtvoller politischer Wille stünde. Doch eben dies wird uns - drittens - von Herrn Schäuble mit Nachdruck versichert, daß zumindest er diesen politischen Willen hat. Eine überzeugende Aussage. Wenn ich einen deutschen Philosophen zitieren darf: "Europa als Wille und Vorstellung."

Doch die Europäische Währungsunion birgt ein gewaltiges Risiko, und selbst wenn sie Erfolg hat, bringt sie dem anderen Europa keine Vorteile. Sie gibt keine Antworten auf die Probleme, die das Ende des kalten Krieges oder das äußere Umfeld der Europäischen Union aufgeworfen haben. Herr Schäuble hat zu Recht daraufhingewiesen, daß äußere Sicherheit, Verteidigungspolitik und Erweiterung ebenso wichtig sind. Aber hier geht es um einen ganz anderen Prozeß. Herr Gaddum hat dankenswerterweise betont, daß eine Europäische Währungsunion sich grundlegend von dem unterscheidet, was wir in der Vergangenheit bei der Entwicklung von der EWG zur EG und zur EU erlebt haben. Da war trial and error möglich, und manches konnte danebengehen. Jetzt muß man es gleich beim ersten Mal richtig machen, und da kommt es auf eine Reihe von Dingen an.

Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und auch die Frage der Erweiterung dagegen gleicht eher der früheren Art von Integration. Das heißt, sie ist komplex, stückwerkartig, unordentlich. Es gibt unvermeidlich sich überschneidende Kompetenzen. Das gilt nicht nur national und EU-weit, sondern auch für WEU, NATO, OSZE. Das liegt in der Natur des Ganzen. Das ist ein ganz anderer Prozeß.

Obwohl ich die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik begrüßen würde, ist doch festzuhalten: Je größer die Gemeinschaft wird, desto schwieriger ist eine wirklich gemeinsame Politik vorstellbar. Deshalb ist die entscheidende Frage: Können wir eine Struktur und Mechanismen entwickeln, um jene Staaten, die von einer besonderen äußeren Herausforderung oder von äußeren Problemen unmittelbar berührt werden und die die Möglichkeit zum Handeln haben, in die Lage zu versetzen, aktiv zu werden?

Das letzte, was man nach einer langen Diskussion um die EU tun sollte, ist ein neues Kürzel einzuführen. Ich will es trotzdem tun. Wir brauchen keine QMV (Qualified Majority Voting), also keine qualifizierte Mehrheitsabstimmung auf diesem Gebiet, sondern eine QMA (Qualified Minority Acting), ein qualifiziertes Minderheitshandeln. Damit erhielte man sowohl ein funktionales wie auch ein institutionelles Übereinkommen, welches die jeweils relevante Staatengruppe in die Lage versetzen würde, in einer bestimmten Sache aktiv zu werden. Das müssen im übrigen nicht immer die gleichen Staaten sein, aber sehr häufig werden Frankreich, Deutschland und Großbritannien dabei sein. Deshalb schlage ich QMA vor.

Diese beiden Vorhaben, also das eindeutig westeuropäische Projekt der Währungsunion als Kern eines qualitativen Sprungs in die politische Integration und das gesamte riesige Gebiet der Außenpolitik, sind gleichermaßen wichtig. Ich fürchte jedoch, daß wir in den kommenden fünf Jahren all unsere Zeit darauf verwenden werden, das Thema Währungsunion und alles, was damit zusammenhängt, zu diskutieren, weil es unsere Bürger direkt angeht und weil es klar definiert und vertraglich inklusive Zeitplan festgelegt ist. Demgegenüber dürfte das ebenso wichtige andere Vorhaben eher vernachlässigt werden. Mit anderen Worten, es bedarf eines außerordentlichen politischen Willens, um sicherzustellen, daß der Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik den gleichen Stellenwert für die europäische Politik erhält wie die Währungsunion. Ich hoffe in der Tat, daß Großbritannien zusammen mit Frankreich und Deutschland daran tatkräftig mitwirken wird.

### **The Lord Dahrendorf**

Ich möchte in aller Kürze meine eigenen Schlußfolgerungen aus der Diskussion um die Außen- und Sicherheitspolitik darlegen, sicher ein umfassendes Thema und auch nicht bis ins einzelne festgelegt.

Ich will noch einmal die wichtige Unterscheidung festhalten zwischen dem, was beispielsweise Herr Mettes sagte, und dem, was ich in meiner Einführung erwähnt habe. Es macht einen Unterschied, ob man die Erweiterung der EU um die Visegrád-Länder und einige andere Länder als den Kern der

europäischen Außenpolitik betrachtet oder ob man dies, wie es die französische Präsidentschaft der EU offenbar sieht, als ein mehr oder weniger internes Problem auffaßt. Mit anderen Worten: Die Grundentscheidung ist getroffen, und man geht davon aus - wie immer der Zeitrahmen aussehen mag;-, daß es sich nur mehr um ein technisches Problem handelt, diese Staaten zu integrieren. Dementsprechend beginnt die Außenpolitik der Europäischen Union dann jenseits der Grenzen eines Europas von vielleicht 25 Mitgliedsstaaten. Dies ist eine sehr wichtige Definitionsfrage.

Um ein Beispiel zu nennen: Ein Kommissar, der nicht eben für behutsame Formulierungen bekannt ist, hat kürzlich gesagt, daß wir den Maghreb-Ländern nur helfen können, wenn wir dafür Gelder verwenden, die für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn vorgesehen sind. Dies zeigt, daß es sich um zwei völlig verschiedene Betrachtungsweisen handelt. Die entgegengesetzte Meinung sieht Rußland, die GUS und die Mittelmeerländer auf der einen Seite, die mitteleuropäischen Staaten aber bereits als Teil des europäischen Unternehmens an. Das heißt, die Art und Weise, wie wir Außenpolitik definieren und wo wir sie beginnen lassen, ist von Bedeutung für das, was wir tun. Darüber besteht zur Zeit aber keineswegs Klarheit.

Zweitens: Was können wir aus Jugoslawien lernen? Sehr vereinfacht gesagt, gibt es zwei Lektionen. Die eine wurde hier mehrfach erwähnt: Wir dürfen nicht mehr versprechen, als wir einlösen können, und zwar weder gegenüber unseren eigenen Bevölkerungen noch gegenüber jenen, bei denen unsere Versprechungen hohe Erwartungen wecken. Es ist zweifellos eine der problematischsten Neigungen innerhalb der Europäischen Union, eine überschwengliche Sprache zu gebrauchen, die Europa fast als Supermacht erscheinen läßt und aus der andere Versprechungen heraushören, die wir gar nicht einhalten können. Wir müssen sorgsam auf die Sprache achten, wenn wir über Europa reden und darüber, was es in der Welt zu tun gedenkt. Auf der anderen Seite reicht es jedoch nicht, auf Gebieten, die uns unmittelbar betreffen, untätig zu bleiben. Das ist die andere Lektion: Wir brauchen Handlungsinstrumente.

Ich fürchte, daß das nächste Jugoslawien, das nächste große Problem für Europa, bei dem die beiden vorerwähnten Prinzipien zum Tragen kommen, Algerien sein dürfte. Algerien ist eines der komplexesten, beunruhigendsten und ernstesten Probleme, das uns alle in Europa betrifft. Auch da ist die Analyse nicht einfach, und eine übereinstimmende Analyse ist vermutlich die Voraussetzung für vernünftiges Handeln.

Als jemand, der sich intensiv mit dem Thema Demokratie und Freiheit auseinandergesetzt hat, beunruhigt mich die Situation in Algerien zutiefst. Wie reagiert man auf die Alternative zwischen einer gewählten Mehrheit, die die demokratischen Institutionen abschaffen will, und einer selbsternannten Regierung, die alle rechtsstaatlichen Prinzipien ignoriert? Wie werden wir mit diesem Dilemma fertig, ohne in weitere daraus resultierende Schwierigkeiten zu geraten, deren Folgen uns überall in der Europäischen Gemeinschaft - nicht nur in Spanien und Frankreich, in geringerem Maße auch in Italien - vor große Herausforderungen stellen werden? Auch da sollten wir bescheidener sein und die Lektion berücksichtigen, die ich aus Jugoslawien gezogen habe, nämlich keine falschen Versprechungen zu machen.

Wir alle wissen, daß der Versuch, die Konfliktparteien in Algerien zusammenzubringen, zum Scheitern verurteilt ist. Ich bedaure es, daß der Generalsekretär der NATO im Hinblick auf diese Region Erklärungen abgegeben hat, die den Anschein erwecken, als könne die NATO da etwas anbieten, was mir vollkommen unrealistisch erscheint.

Drittens: Es ist keineswegs klar, über welches außenpolitische Instrumentarium die Europäische Union eigentlich verfügt beziehungsweise welches Instrumentarium in der intergouvernementalen Zusammenarbeit im Rahmen der EU vorhanden ist. Was die Union betrifft, so hat Herr Hellström an die Widersprüche erinnert zwischen Glaubensbekenntnissen zu Freihandel und Internationalismus auf der einen und dem, was die Europäische Gemeinschaft tatsächlich tut, um die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, auf der anderen Seite.

Es fällt uns leicht, eine wundervolle Präambel zu formulieren; aber dann schließen wir Vereinbarungen mit Ländern ab, die diese daran hindern, uns ihre Produkte zu verkaufen, und zwingen sie zugleich, von uns Dinge zu importieren, die wir gerne anderswo absetzen wollen. Es gibt viel zu viele solcher Abkommen. Wir müssen in der ganzen Europadebatte dafür sorgen, daß Europa auf eine Weise handelt, die denjenigen, die auf Europa setzen, das Gefühl nimmt, sich dauernd bei ihren Freunden zu Hause und im Ausland entschuldigen zu müssen. Es geschieht zuviel im Namen Europas, für das man sich als überzeugter Europäer zu entschuldigen hat. Ob es um die Maniokpflanze in Thailand oder die Pilzanbauer in Polen oder wen auch immer geht, sie werden von der Europäischen Gemeinschaft benachteiligt, weil durch sie die Interessen irgendeines Mitgliedslandes berührt werden. Zugleich spricht man von der wunderbaren Strategie, diese Länder mit einzubeziehen, wovon jedoch

herzlich wenig zu sehen ist. Unabhängig davon gibt es jedoch viele andere Instrumente, über die ebenfalls gesprochen werden muß.

Viertens. Herr von Weizsäcker hat uns ermahnt, darüber nachzudenken, was wir institutionell tun müssen, um aus den Fehlern der Vergangenheit beziehungsweise den Intentionen für die Zukunft zu lernen. Ich fand es in diesem Zusammenhang interessant, wie viele Teilnehmer die Idee eines europäischen Sicherheitsberaters oder Generalsekretärs erwähnt haben.

Lassen Sie mich dazu eine kleine Fußnote anfügen. Vielleicht sollte man einmal eingehend über die Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft sprechen, Leute von Format für solche Posten zu ernennen. Das ist weniger amüsant, als Sie vielleicht meinen. Ob es sich um den Präsidenten der Kommission oder den neuen Leiter der Welthandelsorganisation, den Generalsekretär der OECD, der NATO oder der Vereinten Nationen handelt, die internationale Gemeinschaft tut sich schwer, sich auf Persönlichkeiten zu einigen, die der Charakterisierung entsprechen, die hier als wünschenswert bezeichnet wurde. Ist das reiner Zufall, oder gibt es dafür prinzipielle und strukturelle Gründe?

Im übrigen haben mich die Ausführungen von Herrn Stürmer und anderer Teilnehmer über die Notwendigkeit, die Analysekapazitäten zu verbessern, beeindruckt. Ich bin überzeugt, daß unsere Reaktion auf Jugoslawien auch damit zu tun hat, daß es für das, was dort vorging, keine angemessene Analyse gab. Deshalb wurden auch die Fakten nicht übereinstimmend beurteilt. Statt genau zu analysieren, was sich insbesondere in Bosnien ereignete, dominierten Meinungen, Einstellungen, Traditionen und historische Vorurteile. Solcher analytischer Kapazität bedarf es in der Tat dringend. Aber wie wir uns dann verhalten sollten, ist mir auch nicht klar.

Ich nehme an, daß wir über die gemeinsamen Institutionen im Sinne der Römischen Verträge auf absehbare Zeit nicht sprechen werden. Es gibt dafür mehrere Gründe, nicht zuletzt nationale Interessen im Hinblick auf die Ausgestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir werden also über andere institutionelle Arrangements nachdenken müssen. Es bleibt zu hoffen, daß die Regierungskonferenz dazu Ideen entwickeln wird. Mich würden die Koalitionen interessieren, die Timothy Garton Ash mit dem Begriff der QMAs umschrieben hat, also die Bildung von qualifizierten Minderheiten für Aktionen. Es mag andere Wege geben, um voranzukommen.

Dies alles kommt noch zu den Problemen hinzu, über die wir im ersten Teil unseres Gesprächs debattiert haben. Dafür müssen Lösungen gerunden werden. In einer Hinsicht bin ich nicht ganz der Auffassung von Timothy Garton Ash: Ich denke nicht, daß die Diskussion über eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wegen der Debatte um die Währungsunion in den Hintergrund tritt. Die Währungsunion wird wohl für die nächsten zwei oder drei Jahre in den Händen der Experten verbleiben. Deshalb bleibt uns Zeit und Gelegenheit, alternative Schritte auf dem Weg nach Europa einzuleiten. Ich teile seine Hoffnung, daß die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik dabei ein Thema sein wird, und mein Eindruck ist, daß durch unser Gespräch einige wichtige Ideen in dieser Hinsicht angesprochen worden sind.

### **von Weizsäcker**

Ich kann Ihre Frage nicht beantworten, Herr Dahrendorf, ob wir in dieser Diskussion weitergekommen sind. Ich finde indes, das, was Timothy Garton Ash über die laufende Dekade gesagt hat, zeigt die Perspektiven für unseren weiteren Weg recht gut auf.

Zu Beginn der neunziger Jahre herrschten hochgespannte Erwartungen, ja geradezu Euphorien vor. Die vergangenen Jahre waren dann mit Schwächen und Enttäuschungen verbunden, aus denen wir, wie Sie mit Recht sagen, auch etwas gelernt haben und nicht nur erkennen mußten, daß wir versagt haben. Selbst bei dem unglückseligen Kapitel Jugoslawien sind wir einander inzwischen auf europäischer Ebene näher gekommen.

Was die nächsten Jahre angeht, kann ich Herrn Garton Ash nicht ganz zustimmen. Auch die weitergehende Diskussion um die Währungsunion beinhaltet durchaus die Chance, aus Fehlern und Irrtümern zu lernen. Das muß nicht alles gleich vom ersten Tag an perfekt geregelt sein, sondern es wird sich allmählich entwickeln. Außerdem sollten wir nicht aus dem Auge verlieren, daß die Währungsunion kein Selbstzweck ist, sondern einen allerdings sehr wichtigen - Schritt auf dem Weg zu einem geeinten Europa darstellt. Daß wir in bezug auf eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik noch nicht sehr weit gekommen sind, verkenne ich nicht.

Natürlich ist Ihre Skepsis berechtigt, Herr Dahrendorf, was die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten für Europa angeht. Dabei sollten wir, wie Herr Picht gesagt hat, die bestehenden nationalen Interessenlagen nicht übersehen. Unsere Regierungen werden nun einmal nach wie vor im nationalen Rahmen demokratisch gewählt. Und es ist kein Zweifel, daß die jeweiligen Regierungen nicht primär

an der Lösung von Problemen, sondern an der Erhaltung ihrer Macht interessiert sind. Entsprechend merkwürdig mutet dann mitunter die Auswahl des Personals an, das für die internationalen Aufgaben abgestellt wird.

Dennoch sollten wir nicht vergessen, daß Peter Carrington und Manfred Wörner hervorragende Personalentscheidungen für die NATO gewesen sind. Damit sind zwar unsere Probleme nicht zu lösen. Aber so wie wir in diesem Kreise unter den wichtigsten europäischen Mächten miteinander diskutiert haben, ist für die weitere Arbeit recht ermutigend.